

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Jerusalem

Susanne Knaul

JERUSALEMER
BEGEGNUNGEN: EINE
STRAßENBAHNFAHRT

Simone Paganini

JERUSALEM, DIE HEILIGE

Gil Yaron

IRDISCHE GESCHICHTE
EINER HEILIGEN STADT

Jan Busse · Stephan Stetter

DIE JERUSALEMFRAGE
IM ISRAELISCH-
PALÄSTINENSISCHEN
KONFLIKT

Gad Lior

HAUPTSTADT JERUSALEM.
EINE ISRAELISCHE PERSPEKTIVE

Rami Nasrallah

HAUPTSTADT JERUSALEM.
EINE PALÄSTINENSISCHE
PERSPEKTIVE

Inge Günther

MUNIZIPALE REALITÄTEN:
WER HAT DAS SAGEN IN
JERUSALEM?

Joseph Croitoru

AUSGRABUNGEN
ALS POLITIKUM

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Jerusalem

APuZ 15–16/2018

SUSANNE KNAUL

**JERUSALEMER BEGEGNUNGEN:
EINE STRAßENBAHNFAHRT**

Die Straßenbahnlinie 1 trennt und verbindet die verschiedenen Jerusalemer Stadtviertel und die Menschen, die dort leben, gleichermaßen. Begegnungen mit jüdischen und palästinensischen Bewohnern der Stadt zeigen die Vielfalt der Ansichten und Meinungen.

Seite 04–08

SIMONE PAGANINI

JERUSALEM, DIE HEILIGE

Jerusalem ist Juden, Christen und Muslimen gleichermaßen heilig. Worauf gründet die immense religiöse Bedeutung der Stadt – und wie hat sie sich im Laufe der Geschichte ausgewirkt? Sehr häufig ging religiöser Eifer Hand in Hand mit politischem Kalkül.

Seite 09–15

GIL YARON

IRDISCHE GESCHICHTE EINER HEILIGEN STADT

Jerusalem gilt als eine der ältesten Städte der Welt. Von der Steinzeit bis heute hat die Stadt zahlreiche unterschiedliche Herrscher und wechselnde demografische Konstellationen erlebt. Die Kenntnis ihrer Geschichte ist für das Verständnis ihrer Gegenwart unerlässlich.

Seite 16–22

JAN BUSSE · STEPHAN STETTER

**DIE JERUSALEMFRAGE IM ISRAELISCH-
PALÄSTINENSISCHEN KONFLIKT**

Jerusalem ist ein zentraler Streitpunkt in dem seit gut hundert Jahren andauernden israelisch-palästinensischen Konflikt. Obgleich es in der Vergangenheit erhebliche Annäherungen gab, scheiterten alle Bemühungen. Die heutige Situation bietet kaum Anlass für Hoffnung.

Seite 23–31

GAD LIOR

**HAUPTSTADT JERUSALEM.
EINE ISRAELISCHE PERSPEKTIVE**

Jerusalem wird auf immer die Hauptstadt des jüdischen Volkes und des Staates Israel sein. All jene Staaten, die sich seit Jahrzehnten weigern, dies anzuerkennen, existierten noch nicht einmal, als die Stadt vor mehr als 3300 Jahren bereits das Zentrum des jüdischen Landes war.

Seite 32–37

RAMI NASRALLAH

**HAUPTSTADT JERUSALEM.
EINE PALÄSTINENSISCHE PERSPEKTIVE**

Die israelische Stadtplanung ist ein wichtiges Instrument, um die politische Agenda der territorialen Vorherrschaft in Jerusalem voranzutreiben. Dabei könnte Jerusalem als offene, doppelte Hauptstadt zu einem globalen Zentrum der Menschlichkeit werden.

Seite 38–42

INGE GÜNTHER

**MUNIZIPALE REALITÄTEN:
WER HAT DAS SAGEN IN JERUSALEM?**

Politische Ansprüche und Alltagswirklichkeit klaffen in Jerusalem weit auseinander. Israelis in West- und Palästinenser in Ost-Jerusalem leben in Parallelwelten; weder politisch noch rechtlich sind sie gleichgestellt. Der Tempelberg ist die letzte Trumpfkarte der Palästinenser.

Seite 43–48

JOSEPH CROITORU

**AUSGRABUNGEN ALS POLITIKUM.
BIBLISCHE ARCHÄOLOGIE UND DAS
DAVIDSSTADT-PROJEKT**

Seit jeher ist Biblische Archäologie in Jerusalem mit politischen Zielen verknüpft. Insbesondere in der Davidsstadt südlich der Altstadt wird mit Nachdruck und großem Aufwand versucht, eine ganz bestimmte Lesart der Geschichte Jerusalems zu etablieren.

Seite 49–54

EDITORIAL

Yerushalayim, al-Quds, Jerusalem. Es gibt wohl kaum jemanden, bei dem der Klang des Namens dieser Stadt nichts auslöst, sei es intellektuell oder emotional. Jerusalem ist drei Weltreligionen heilig, die Stadt gilt als eine der ältesten überhaupt. Darüber hinaus liegt sie im Zentrum des seit Jahrzehnten andauernden Konfliktes zwischen Israelis und Palästinensern, die sie beide als ihre Hauptstadt beanspruchen. Auch zum 70. Jahrestag der Staatsgründung Israels – nach hiesigem Kalender am 14. Mai – wird besonders auf Jerusalem geschaut, wollen die USA an diesem Tag doch ihre Botschaft von Tel Aviv in die heilige Stadt verlegen.

Dort, wo heute in der Jerusalemer Altstadt der Tempelberg liegt, auf dem seit etwa 1300 Jahren die al-Aqsa-Moschee und der Felsendom stehen, soll Gott den Staub gesammelt haben, um Adam zu schaffen. Am selben Ort, so heißt es, habe Abraham seinen Sohn Isaak zum Opferstein geführt. Es ist der Platz, wo die Klagemauer vom zerstörten jüdischen Tempel zeugt und an dem der Prophet Mohammed seine nächtliche Himmelsreise angetreten haben soll. Der enorme Symbolwert dieses Ortes macht jede politische Regelung über die Stadt und den Tempelberg zu einer extrem heiklen Angelegenheit.

Nachdem der Ostteil Jerusalems ab 1949 unter jordanischer Oberhoheit stand, übt Israel seit 1967 die Kontrolle über die gesamte Stadt aus; 1980 erklärte es Jerusalem zu seiner „ewigen und unteilbaren Hauptstadt“. Die Lebensrealität ist in vielen Bereichen aber nach wie vor die einer geteilten Stadt. Dass die „Jerusalemfrage“ durch den Alleingang des US-Präsidenten, die Stadt als Hauptstadt Israels anzuerkennen, tatsächlich „vom Tisch“ ist, darf bezweifelt werden.

Johannes Piepenbrink

ESSAY

JERUSALEMER BEGEGNUNGEN: EINE STRAßENBAHNFAHRT

Susanne Knaul

Um kurz nach 10 Uhr steht Avihu Lugassi an der Haltestelle Herzlberg und wartet auf die Linie 1 der Jerusalemer Straßenbahn. Es gibt nur diese eine Linie, und die beginnt in dem bürgerlichen jüdischen Viertel Kiryat HaYovel mit seinen gepflegten kleinen Straßen, Ein- und Mehrfamilienhäusern, aber auch modernen mehrstöckigen Mietshäusern, die begehrt sind, vor allem bei frommen Familien. Schräg gegenüber der Haltestelle ist ein Hostel, in dem ältere Bürgerinnen und Bürger leben, die zumeist in den 1990er Jahren aus den früheren Sowjetstaaten nach Israel eingewandert sind. Wer das Grab von Theodor Herzl, Visionär des Judenstaates, besuchen möchte, der steigt am Herzlberg aus, und auch die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem ist von hier aus nur einen kurzen Fußweg entfernt.

Für den 17-jährigen Lugassi hat an diesem Freitag gerade das Wochenende begonnen. Er will zum Mahane Yehuda Markt, bummeln, vielleicht ein paar Nüsse kaufen oder etwas zum Naschen, bevor er zu seiner Familie fährt, die in Netanya lebt, an der Mittelmeerküste. Der junge Mann ist Schüler einer Yeshiva, einer Thoraschule, in der orthodoxe jüdische Männer die heiligen Texte studieren. Er trägt schwarze Hosen und ein ordentlich gebügelt weißes Hemd, die schwarze Kippa sitzt auf den dunklen Locken mit einer Haarnadel fest. Seine nackten Füße stecken in Crocs und lassen den Jungen in dem werdenden Mann hervorlugen, so wie Reste von Babyspeck im Gesicht eines Pubertierenden.

„Immer in Jerusalem bleiben“, will Lugassi und setzt hinzu: „Mit Gottes Hilfe.“ Das ganze jüdische Volk sollte in der Heiligen Stadt leben, „um bereit zu sein, wenn der Messias kommt“, was, wie der junge Mann glaubt, schon bald geschehen werde. Der Messias werde durch das Goldene Tor am Tempelberg schreiten, den Weltfrieden bringen und vor allem die Toten wieder auferstehen lassen. Wie das genau funktionieren könne,

„weiß ich auch nicht“, gibt Lugassi zu. Es gebe dazu unterschiedliche Vermutungen. Auch seine Lehrer seien sich nicht immer einig. Nur dass Jerusalem Hauptstadt Israels ist, darüber gebe es unter den orthodoxen Juden und Jüdinnen keinen Streit. Lugassi spricht leise und schnell, aber sehr bestimmt. Dass US-Präsident Donald Trump Jerusalem vor ein paar Monaten auch offiziell als Hauptstadt anerkannt hat, findet er „ganz nett“.

Auch 70 Jahre nach Gründung des Staates Israel ist noch immer völlig offen, wem Jerusalem gehört und welche Teile der Stadt Israel und welche den Palästinensern zugesprochen werden sollen, wenn es eines Tages doch noch zur Zweistaatenlösung kommen sollte. In Jerusalem leben die beiden Völker zusammen und praktizieren damit in Ansätzen schon das Alternativmodell der Einstaatenlösung, was mal besser, oft aber weniger gut funktioniert. Theoretisch haben die palästinensischen Bürgerinnen und Bürger der Stadt Anspruch auf die israelische Staatsbürgerschaft. Nur ein Bruchteil von ihnen lässt sich jedoch auf den mühsamen bürokratischen Prozess ein, der zudem von vielen als Verrat an der palästinensischen Sache empfunden wird und als politisch fatal bei denen gilt, die sich Jerusalem als Hauptstadt Palästinas wünschen.

Die Stadtbahn verbindet den jüdischen Westen mit dem arabischen Osten, sie schafft den Anschluss zwischen reichen und armen Vierteln und überquert dabei eine Grenze, von der höchst strittig ist, ob es überhaupt eine Grenze ist, so wie hier fast alles ziemlich strittig ist.

VOM HERZLBERG ZUM MARKT

An der Haltestelle Herzlberg warnt ein Signalton die Fahrgäste. Die Türen schließen, und der Zug rückt an. Die Stadtbahn fährt mit flottem Tempo über den Herzl-Boulevard, bis der Zug die „Weiße Harfe“ erreicht, eine kaum zehn Jahre alte

Hängebrücke an der Stadteinfahrt über der Autobahn Richtung Tel Aviv. Nächster Halt ist der zentrale Busbahnhof West-Jerusalems. Hier fahren unter anderem die Busse nach Tel Aviv, Netanya, Haifa und Eilat ab. Das Publikum wird gemischerter, die ersten Touristinnen und Touristen steigen zu sowie Araberinnen und Araber, die in West-Jerusalem arbeiten oder dort Besorgungen machen. Unter die ganz in Schwarz und Weiß gekleideten jüdischen Männer mischen sich vermehrt Jeansträger und Frauen mit bunten knielangen Röcken, die nackten Füße in Sandalen.

Yeshiva-Schüler Lugassi steigt an der Jaffastrasse, Ecke Mahane Yehuda aus, wo sich am späten Vormittag schon viele Menschen, die für das Wochenende einkaufen, durch die Marktgasen drängeln. Ein junger Musiker mit der für nationalreligiöse Juden typischen, buntgehäkelten Kippa auf dem Kopf und den Zizit, den Schaufäden traditionell jüdischer Kleidung, unter seinem Kapuzenpullover, lässt mit gekonntem Trommeln auf Plastikeimern und Metallschalen ein paar Leute innehalten. Am Straßenrand sitzen zwei ältere Israelinnen und halten die Hand auf.

Auf dem Markt geht es bunt durcheinander zu, mal auf Hebräisch, mal auf Arabisch, und ab und an mischt sich Englisch oder Russisch dazwischen. Jüdische Israelis und Palästinenser arbeiten Hand in Hand hinter den mit frischen Mangos, Orangen, Äpfeln vom Golan, Blumenkohl und dicken Kräuterbündeln beladenen Tischen, und auch bei der Kundschaft vermischen sich die Völker. „Den besten Käse der Welt gibt es hier!“, ruft eine junge Händlerin und bietet ein dünnes Scheibchen Gouda zum Probieren. Handverzierte Marzipan-Pralinen, Boutique-Weine und seit ein paar Jahren auch Biokost – es gibt nichts, was es auf dem Shuk Mahane Yehuda nicht gibt. Die Straßencafés sind schon am Vormittag gut besucht. Immer exklusiver wird das Angebot mit vielen verschiedenen Sorten gerösteter Bohnen. Die Israelis sind in den vergangenen Jahren wählerischer und anspruchsvoller geworden. Nur Falafel, Humus und zum Nachtisch ein Nescafé reicht heute nicht mehr.

Wesentlich ruhiger geht es gegenüber des Marktes an der verkehrsberuhigten Jaffastrasse zu, dort, wo außer der Straßenbahn allenfalls mal eine Radfaherin oder einige Jugendliche auf Skateboards vorbeikommen. „Anise“ heißt der in grellem rot gestrichene Naturkostladen, in dem Schimchon Cohen seine Rente aufbessert. Das Leben ist teuer in Israel, aber die Arbeit macht dem 72-Jähri-

gen noch immer erkennbar Spaß. Cohen hat volles graues Haar, trägt eine schwarze Kippa, und unter dem Pullover schaut ein roter Hemdkragen hervor.

„Was darf es denn sein?“, fragt er ein junges Paar, das in den Laden kommt. „Natürlich haben wir Mandelmilch“, sagt er freundlich und bleibt es auch, als die beiden wieder gehen, ohne etwas gekauft zu haben. Die Preise sind gesalzen. „Das hier ist eben ein Boutique-Geschäft.“ Als Kleinkind kam Cohen mit seiner Familie aus Bratislava nach Jerusalem. „Wir können auch deutsch reden“, wechselt er akzentfrei in die Sprache seiner Mutter, die in Österreich aufgewachsen ist. „Jerusalem ist für mich mein Lebensmittelpunkt und außerdem von religiöser Bedeutung“, erklärt er. Dreimal am Tag betet der traditionell fromme Jude, der versucht, sich an die *mitzvot*, die religiösen jüdischen Regeln, zu halten, auch wenn er es nicht ganz so streng damit nimmt wie die Orthodoxen. „Natürlich hoffe ich, dass der Messias bald kommt“, lächelt er verschmitzt. „Dann würde sich der Konflikt mit den Arabern von selbst lösen.“ Sehr überzeugt scheint er jedoch nicht zu sein. „Wir dürfen die Hoffnung nicht aufgeben.“

Seit einer Weile wohnt Cohen mit seiner Familie in Ost-Jerusalem, in der israelischen Siedlung Pisgat Ze'ev. Als Siedler im besetzten Land würde er sich deshalb nicht bezeichnen, er empfindet sich als „Jerusalemmer“. Dass die USA Jerusalem nun auch offiziell als Hauptstadt Israels betrachten, habe für ihn allenfalls eine „symbolische Bedeutung“. Als junger Soldat habe er „um die Stadt“ gekämpft; am Nachmittag wird ihn die Straßenbahn nach Pisgat Ze'ev zurückbringen.

VOM SHUK ZUM RATHAUS

Von Cohens Naturkostladen ist es noch eine Station bis Jaffa – Center. Von dort sind es nur wenige Schritte bis zum Kikar Zion, dem Zionsplatz, um den ein Kaufhaus, eine große Bank, ein Hostel für Rucksacktouristen und ein Straßencafé einen Ring bilden, und von dem die Fußgängerzonen der Ben-Yehuda-Straße und der Yoel-Moshe-Salomon-Straße abzweigen. Vor ein paar Monaten hat das Rathaus vor den Treppen zur Bank ein metallenes Klavier aufstellen lassen. Es wird unablässig darauf musiziert. Eine ältere Frau improvisiert die Melodie von „Jerusalem aus Gold“. Der Klassiker des israelischen Liederbuchs stammt aus der Feder der Komponistin Naomi Schemer, die sich vom Sechs-

tagekrieg 1967 und der Eroberung Ost-Jerusalems dazu inspirieren ließ. Das Lied gehört zu jeder offiziellen Veranstaltung der Stadt.

„Die israelischen Lieder spiele ich nach Gehör“, sagt die Mitte 70-jährige Frau, die sich als Natalia Gerjienewski vorstellt und einen hellen wollenen Hut und einen braunen Mantel trägt, der ihr fast bis zu den Füßen reicht. Ihre Füße stecken in den gleichen Plastiksandalen, wie sie der junge Lugassi trägt. Sie spricht fehlerhaftes Hebräisch mit breitem russischen Akzent. „Natürlich“, so betont sie, habe sie auch „Chopin, Mozart und Schumann im Repertoire“. In Taschkent sei sie Musiklehrerin am Konservatorium gewesen, wie ihre Mutter. „Vor 20 Jahren ungefähr“ sei sie nach Israel gekommen, als es „Probleme gab in Usbekistan“ nach dem Zerfall der Sowjetunion. Ihre berufliche Laufbahn als Klavierlehrerin endete mit der Emigration. „Hier gibt es keine Arbeit, gar nichts.“ Sie schüttelt die Münzen aus der Plastikschaale auf dem Klavier in ihren Beutel und zieht den Mantel enger um den dünnen Körper. Früher habe sie noch Wohnungen geputzt, bis sie zu alt dafür wurde. Dann „saß ich vier Jahre auf der Ben-Yehuda-Straße“, um dort zu betteln. „Spenden sammeln“ nennt sie es.

Seit das Klavier auf dem Zionsplatz steht, kommt die Musikerin regelmäßig her, mit der Stadtbahn direkt vom Herzlberg, wo vis-à-vis der Haltestelle das Hostel steht, in dem sie seit ein paar Jahren lebt, zusammen mit 200 anderen älteren Immigranten, jeder im eigenen Zimmer, die Küche teilen sich die Bewohner. „Wir haben einen Chor, den begleite ich auf dem Klavier.“ Für einen Moment leuchten ihre Augen. Geld bekomme sie dafür nicht, darum ginge es auch nicht. „Die Leute hier behandeln uns nicht gut“, sagt sie und meint damit den Staat, der sich um die Armen so wenig kümmert. „Das Leben ist schwer.“ Eigentlich hätte sie gern noch länger auf dem metallenen Klavier gespielt, aber sie ist nicht die einzige. Sie rümpft die Nase. „Das ist Musik, das?“, sagt sie, als jemand ein paar einfache Akkorde anstimmt. „Das ist keine Musik.“ Sie greift ihre Einkaufstasche auf Rädern und verabschiedet sich höflich.

Die Yoel-Moshe-Salomonstraße lädt zum Bummeln ein, vorbei an Restaurants und kleinen Läden, die handgefertigte Töpferwaren oder hölzerne Denkspiele zum Verkauf bieten. Die schmale Straße ist mit 1000 bunten Schirmen überdacht. Ein Hinweisschild deutet den Weg zum Literaturcafé „Tmol Shilshom“, das den Namen eines Romans von Samuel Joseph Agnon

trägt und in einer parallelen Gasse liegt. Weltliche und religiöse Juden aller Altersgruppen kommen hier zusammen, plaudern oder sitzen in Lehnstühlen vor ihrem Laptop, bis das Café am frühen Nachmittag schließt, rechtzeitig zum Shabbat, sonst würde es sein Koscher-Zertifikat riskieren.

Die Linie 1 fährt weiter Richtung Altstadt, vorbei am Rathaus, vor dem rund zwei Dutzend hochgewachsene Dattelpalmen stehen. Der schlanke Baum gehört typischerweise eher zur Mittelmeerstadt Tel Aviv, während Jerusalem überwiegend mit Olivenbäumen, Sträuchern und Rasenflächen begrünt ist. Tagelang hatte Bürgermeister Nir Barakat nach Trumps Jerusalem-Erklärung Ende 2017 vor seinem Amtssitz mehrere US-Flaggen hissen lassen. Die Stars and Stripes waren das Dankeschön des Bürgermeisters an den US-Präsidenten, der nun bald mit der Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem umziehen will.

Die berühmte alte Weltkarte in Form eines Kleeblatts mit Jerusalem als Mittelpunkt der Erde schmückt den Aufgang zum Platz vor dem Rathaus, der humorvoll dekoriert ist: Ein übergroßes, blaues Transistorradio steht dort und mehrere von Pedalen angetriebene Spielzeuge, die seltsame Geräusche oder Wind machen, wenn man sie in Gang setzt. In einer Ecke des Platzes laden Parkbänke mit dicken bunten Kissen dazu ein, für eine Pause zu verweilen. Dass die Kissen aus Beton sind, merkt man erst, wenn man sie berührt. Ein mannshohes Plakat auf Hebräisch macht darauf aufmerksam, dass die Anmeldung für die ultraorthodoxen Kindergärten „in vollem Gange“ ist. Ein Schild auf Arabisch wendet sich mit vergleichbarer Botschaft an die palästinensischen Bürger.

VOM RATHAUS ZUM DAMASKUSTOR

Am Rathaus biegt die Bahn Richtung Osten ab und hält nicht weit entfernt vom Damaskustor, dem Eingang zum muslimischen Teil der Altstadt. Freitags steht dort oft ein Sonderaufgebot berittener Grenzpolizisten bereit, sollte es zu Demonstrationen kommen, was nach Trumps Jerusalem-Erklärung immer wieder der Fall war. Gegen Mittag strömen Tausende Muslime vom Freitagsgebet in der al-Aqsa-Moschee durch die engen Gassen zurück in Richtung Damaskustor und zum palästinensischen Busbahnhof direkt vor der Altstadt.

Der 26-jährige Maslim Barakan aus dem arabischen Stadtviertel Beit Safafa kehrt auf dem Heim-

weg bei Abu Shukri ein, „dem besten Falafelbäcker in der Altstadt“, wie sich Juden und Muslime ausnahmsweise einmal einig sind. Barakan bestellt Falafel, Humus, einen Teller mit sauren Gurken und je einer geviertelten Zwiebel und Tomate. Das essen hier alle. Zweimal wöchentlich geht der fromme Muslim in die al-Aqsa-Moschee. „Jerusalem war immer arabisch und wird es immer bleiben“, sagt Barakan und meint beide Stadthälften, Ost und West. Ein Zusammenleben von Juden und Arabern schließt er aus. Die beiden Völker seien zu unterschiedlich. „Es wird immer wieder Probleme geben.“

Am Freitag ist im Restaurant von Abu Shukri nicht viel los. Die meisten Muslime essen zusammen mit ihren Familien. Barakan wischt mit einem Stück Pita über den Humusteller. „Allahu akbar“, rufen draußen vor dem Laden zornige Frauen und Männer und drängeln die mit Helmen und kugelsicheren Westen ausgestatteten israelischen Grenzpolizisten zur Seite. Beide Gruppen scheinen jedoch darauf bedacht zu sein, es nicht zu Gewalt kommen zu lassen.

„Al-Quds“, Barakan benutzt den arabischen Namen für Jerusalem, „gehört uns“. Über die al-Aqsa-Moschee möchte er reden und über die Probleme, „die die Juden machen“, wenn sie dorthin kämen. „Das dürfen sie nicht, das verbietet der Koran.“ Schließlich gingen die Muslime ja auch nicht in „ihre Synagogen“. Barakan schimpft – nicht wütend, eher entmutigt – darüber, dass „sie uns unser Land wegnehmen“ und darüber, dass die Israelis „überall neue Wohnungen bauen“, die Palästinenser hingegen gar nicht erst einen Antrag zu stellen bräuchten, denn eine Baugenehmigung zu bekommen, sei ohnehin aussichtslos. „Das ist Rassismus. Das hier ist doch mein Zuhause.“

Ob er sich wehrt und ob er schon einmal im Gefängnis war? Er nickt. „Hier wird man schon verhaftet, wenn man nur in die falsche Richtung atmet“, ruft ein Mann vom Nebentisch. Sie sitzen zu dritt und haben das Gespräch verfolgt. „Wir waren alle schon einmal im Gefängnis, und wir sind alle schon verprügelt worden.“ Die drei Männer berichten der Reihe nach, wie lange und wie oft sie hinter Gittern gegessen haben.

Ahmad, der seinen Nachnamen nicht nennen möchte, ist 30 Jahre alt, er trägt moderne Stoffhosen und einen dunkelblauen Strickpullover mit Reißverschluss am Kragen. Er ist verheiratet und hat eine Tochter. Die Familie wohnt in Beit Hanina, einem eher bürgerlichen palästinensischen Viertel in Ost-Jerusalem, das die jüdische Stadt-

verwaltung nach dem Sechstagekrieg vor rund 50 Jahren eingemeindet hat. Viele Menschen aus der Jerusalemer Altstadt und aus Hebron im Westjordanland sind nach 1967 dort hingezogen. Er berichtet von dem Tag, an dem er seine Frau aus der Entbindungsklinik abholen wollte, von der Sperre und den Polizisten, „die vier Autos vor mir durchließen, mich aber nicht“. Am Ende habe er noch ein Bußgeld zahlen müssen und Strafpunkte bekommen. „Ich war gerade Vater geworden“, schimpft er. „Sie hätten mir gratulieren müssen, stattdessen machen sie solche Probleme.“

Die drei Palästinenser sind sich einig, dass sie vom israelischen Staat keine Gerechtigkeit erwarten können und dass sie der Willkür der Sicherheitsbeamten ausgesetzt sind. Ahmad ist wütend über die Israelis und über den US-Präsidenten. „Wer ist dieser Trump überhaupt?“ Und: „Was bildet der sich ein, darüber zu entscheiden, dass Jerusalem Hauptstadt Israels ist?“ So etwas solle er lieber lassen, warnt er. „Denn es kann sein, dass hier was passiert, was du, Trump, dir gar nicht vorstellen kannst.“ Ahmads Freunde drängen zum Gehen. „Nun komm schon“, sagt einer der beiden.

Vor Abu Shukris Fast-Food-Laden hat sich die Menge der vom Gebet heimkehrenden Muslime aufgelöst, und die Grenzpolizisten stehen wieder an ihrem Posten, der dritten Station der Via Dolorosa, gleich neben dem legendären Österreichischen Hospiz mit dem Wiener Kaffeehaus im ersten Stock, wo es Apfelstrudel und Melange gibt. Nur am Damaskustor rufen noch ein paar palästinensische Demonstranten im Chor, dass sie mit „Blut und Seele für Jerusalem kämpfen“ werden.

VOM DAMASKUSTOR NACH PISGAT ZE'EV

In der Straßenbahn ist es leerer geworden. Ein junges Paar in Jeans sitzt im Zug, eine ältere Dame mit dunkler Sonnenbrille und Hut und ein Palästinenser, der drei Plastiktüten mit frischem Brot auf dem Schoß hat. Mamduh Mohammad ist 36 Jahre alt, hat sechs Kinder und sieht müde aus. Er kommt von der Frühschicht in der israelischen Backfabrik Angel im Westen Jerusalems. „Pita backen“, sagt er, sei seine Aufgabe.

Vom Damaskustor aus führen die Bahngleise eine Weile entlang der alten Schnittstelle zwischen Ost- und West-Jerusalem. Von der Mauer und dem Zaun, die hier bis 1967 Jordanien und Israel voneinander trennten, ist nichts mehr üb-

rig. Gefühlt ist die Stadt aber noch immer geteilt. Links liegt Me'a She'arim mit seinen frommen Juden, rechts das palästinensisch-muslimische Sheikh Jarrah. Beide Viertel eint ihre Armut und ihre Frömmigkeit. Unterschiedlich sind die Menschen: links die kinderreichen Familien der ganz in schwarz gekleideten frommen Juden, die Männer mit Hüten und die Frauen mit Perücken oder Kopftüchern, rechts die muslimischen Frauen, die auch mit Tüchern die Haare bedecken, anstelle von Röcken aber Kaftane tragen, die ihre Körper vom Hals bis zu den Füßen bedecken. Auch viele der jungen palästinensischen Mädchen in Schuluniform tragen schon früh Kopftücher.

Kaum merklich erreicht die Straßenbahn schließlich Ost-Jerusalem. Es gibt keine Kontrollen an dieser unsichtbaren Grenze, schon deshalb nicht, weil von israelischer Seite der Eindruck bewahrt werden soll, dass die ganze Stadt eins ist. Jerusalem ist die „ewige, unteilbare Hauptstadt Israels“, wie Regierungschef Benjamin Netanyahu gerne betont.

Mamduh Mohammad, der mit der Linie 1 nach Hause fährt, hätte nichts gegen ein ungeteiltes Jerusalem, nur sollten die Palästinenser dort das Sagen haben. Am liebsten ist er in der Altstadt von Jerusalem, trinkt Kaffee, isst Knafeh, einen sehr gehaltvollen arabischen Käsekuchen, und trifft Freunde. Auch mit seinen jüdischen Kollegen käme er gut aus, sagt er. „Wir arbeiten und essen zusammen, früher haben sie mich sogar manchmal besucht.“ Inzwischen kämen sie nicht mehr. „Ich weiß nicht, warum das so ist“, sagt er. Da seien immer wieder Leute, „die Probleme machen“, aber es helfe ja nichts, „wir müssen hier zusammenleben“. Er zuckt mit den Schultern, sagt: „Ich weiß nicht“, aber am Konflikt trügen die Muslime keine Schuld. An der Haltestelle in Shu'afat schnappt er sich seine drei Plastiktüten und steigt aus. Mit schweren langsamen Schritten schlurft er nach Hause. Das Viertel ist wie Beit Hanina 1967 der Stadt Jerusalem zugeschlagen worden. Die Gegend wirkt am Freitagmittag fast wie ausgestorben.

Dass die Bahn bis nach Shu'afat und Beit Hanina fährt, ist nicht unbedingt ein Geschenk des Rathauses an die palästinensische Bevölkerung. Beide Stadtteile liegen einfach auf dem Weg zur israelischen Siedlung Pisgat Ze'ev. Beit Hanina und Pisgat Ze'ev sind so nah benachbart, dass sich schwer sagen lässt, wo das eine Viertel aufhört und das andere beginnt. Am frühen Freitagnachmittag ist rund um das Einkaufszentrum, das ungefähr in der Mitte der beiden Ortschaften liegt, lebhafter

Betrieb. Ohne großes Sicherheitsaufgebot scheint hier die friedliche Koexistenz der beiden Völker gut zu funktionieren. Für die Palästinenser ist das Einkaufszentrum vor allem ein Arbeitsplatz. Küchen- und Putzpersonal ist oft arabisch. An den Haltestellen und vor dem Geldautomaten stehen die Menschen Schlange. Noch fahren Busse und die Straßenbahn, bis der öffentliche Verkehr vor Einbruch der Dunkelheit zum jüdischen Shabbat den Betrieb einstellt.

Rachlam Matwabi ist Palästinenserin, trotzdem wohnt sie in Pisgat Ze'ev. Das allein macht sie schon zur Exotin. Die 23-Jährige spricht akzentfrei Hebräisch, trägt die langen dunklen Haare offen und ist dezent geschminkt. Ihre Eltern, so erklärt sie, hätten sie in einen jüdischen Kindergarten geschickt und auf jüdische Schulen, damit sie später bessere Berufschancen habe. „Meine Freunde gehen zur Armee“, lacht sie, als sei das eine Selbstverständlichkeit. Sie meint ihre jüdischen Freunde. Ob sie sich auch vorstellen könnte, einen Juden zu heiraten? „Bestimmt nicht. Ich bin Muslimin und das werde ich immer bleiben.“

Matwabi fährt mit der Straßenbahn von Pisgat Ze'ev stadteinwärts zu ihrer Großmutter in Shu'afat. „Du solltest hier nicht aussteigen“, rät sie, als ihre Haltestelle kommt. Der Stadtteil ist einer der Brennpunkte, wenn politische Entwicklungen die Palästinenser zu Protesten auf die Straße rufen. Manchmal habe sie sogar selbst Angst vor politischer Gewalt und Terror, wenn sie von der Uni kommt oder aus dem israelischen Justizministerium, wo sie als studentische Hilfskraft arbeitet. Sie ist für Management, Politologie und Internationale Beziehungen eingeschrieben, und man will ihr glauben, dass sie die drei Fächer parallel meistert. „Ich liebe Jerusalem“, sagt sie, nur „die Spannungen zwischen den Völkern sind nervig“. Die Stadt sollte einfach allen gehören. „Wir sind doch Cousins, und alles, was Euch heilig ist, ist auch uns heilig.“ Es könnte so einfach sein, findet sie. „Wenn nur die Politiker nicht wären, dann kämen wir schon lange gut miteinander aus.“

Eine kürzere Fassung dieses Textes erschien im Dezember 2017 in der „taz“.

SUSANNE KNAUL

ist Journalistin und berichtet seit knapp 30 Jahren aus Israel und den Palästinensergebieten, unter anderem für die „taz“ in Berlin, „Die Presse“ in Wien sowie die „Luzerner Zeitung“.

JERUSALEM, DIE HEILIGE

Simone Paganini

„Why should the Arabs make peace? If I was an Arab leader I would never make terms with Israel. That is natural: we have taken their country. Sure God promised it to us, but what does that matter to them? Our God is not theirs. We come from Israel, but two thousand years ago, and what is that to them?“⁰¹ In diesen Worten, die dem ersten Ministerpräsidenten des modernen Staates Israel, David Ben-Gurion, zugeschrieben werden, mischen sich unterschiedliche Überlegungen, die auch für Jerusalem bis heute relevant sind. Es geht dabei um Land, um verschiedene Ansprüche, um Geschichte und schlussendlich auch um Gott.

Bereits der selbst gewählte Name Ben-Gurion war Ausdruck eines idealistischen politischen Programms. Auf Aramäisch bedeutet er „Sohn des Sternes“ und spielt auf den Namen des Simon bar Kochba an, den Anführer der zweiten jüdischen Revolte in Judäa gegen die Römer von 132 bis 135 n. Chr., der ebenfalls „Sohn des Sternes“ bedeutet. Doch während bar Kochba scheiterte, war Ben-Gurion erfolgreich. Die „Causa Jerusalem“ umfasst damit eine Reihe von Herausforderungen, die sich jedoch auf zwei wesentliche Aspekte reduzieren lassen: die Hoheitsgewalt über die Stadt und die Rolle der heiligen Stätten. Um Erstere streiten sich derzeit hauptsächlich zwei nationale Gruppen. Bei den heiligen Stätten sind drei Religionen und unzählige Konfessionen im Spiel. Beide Aspekte – wie Ben-Gurion korrekterweise sah – sind aber untrennbar miteinander verbunden.

Im Folgenden soll dennoch versucht werden, die Rolle Jerusalems nicht als politische Größe, sondern als heiligen Ort dreier Religionen zu analysieren. Diese Fragestellung auf die Auseinandersetzungen zwischen Juden, Muslimen und Christen zu beschränken, würde allerdings die realen Gegebenheiten verkennen, diese auf eine gefährliche Art simplifizieren und unweigerlich zu einer ideologischen – mehr oder weniger radikalen – Positionierung führen. Es geht nämlich nicht nur um die Auseinandersetzung zwischen Judentum, Islam und Christentum, sondern um

eine viel subtilere und differenziertere Problematik.

Der „Kampf“ um die Kontrolle der Grabeskirche spielt sich zum Beispiel zwischen dem armenisch-apostolischen Priester und dem griechisch-orthodoxen Mönch ab, während der ebenfalls christliche Franziskaner-Pater zuschaut. Im jüdischen Viertel greift der aschkenasische Oberrabbiner die Vertreter des sephardischen Judentums an, und am *Haram al-Sharif* („bedeutendes Heiligtum“, so der arabische Name des Tempelberges) wird der von Palästinensern berufene Mufti gegen den aus Jordanien stammenden Imam handgreiflich. Diese Zerwürfnisse sind nicht neu, und es lohnt sich, einen Streifzug durch die religiöse Geschichte dieser Stadt zu machen, um sich von ihrer Vielfalt, aber auch von ihrer Widersprüchlichkeit und pluralistischen Dimension überraschen zu lassen.

DORF IM BERGLAND KANAANS

Südlich der Mauern der Jerusalemer Altstadt, unterhalb der al-Aqsa-Moschee, wo sich heute der Nationalpark der „Davidsstadt“ befindet, liegt eine Quelle – die Gihon-Quelle.⁰² Von dem nahegelegenen, von drei tiefen Tälern umgebenen Hügel war sie schon immer gut erreichbar. Auf diesem Hügel entstand vor rund 5000 Jahren – so alt sind die ältesten dort ausgegrabenen Tonscherben und Feuersteine – eine kleine Siedlung, deren Bewohner, die man heute Jebusiter nennt, auch bei Belagerungen uneingeschränkt Zugang zu dieser Quelle hatten. Wer genau damals auf diesem Hügel wohnte, was diese Menschen taten, ob sie eine staatliche Organisation hatten und woran sie glaubten, wissen wir nicht.

Wie diese kleine Stadt damals hieß, ist ebenfalls nicht bekannt. Ein Name tauchte erst sehr viel später auf: auf einer Verwünschungsstatuette aus der Zeit des Pharaos Sesostri III. (um 1850 v. Chr.), zusammen mit 18 weiteren eroberten Städten. Die Statuette wurde von ägyptischen

Priestern angefertigt. Sie schrieben darauf die Namen ihrer Feinde, verfluchten die Tonfigur und zerbrachen sie als Zeichen der Verachtung. In der Sprache der Ägypter hieß die Siedlung „Ruschalimum“. Die Bezeichnung ist äußerst interessant, enthält sie doch den Namen des kanaanäischen Gottes Schalimu. Ruschalimum bedeutet übersetzt etwa „Haus des Schalimu“ und besagt somit, dass die Gründung der Stadt als das Werk einer Gottheit angesehen wurde. Dies ist auch die Bedeutung des Namens Jerusalem.⁰³ Natürlich waren die strategisch günstige Position und der unerschöpfliche Wasservorrat Grund genug, sich an dieser Stelle anzusiedeln, dennoch sahen die Bewohner in der Gründung dieser Stadt eine religiöse Handlung. Nach Erkenntnis der modernen Religionssoziologie bildet die Verehrung eines heiligen Ortes den Anfang eines religiösen Glaubens und ist mit keiner rationalen Überlegung verbunden. Man glaubte also, der Ort sei durch die Gegenwart eines Gottes geschützt, und das reichte für die Gründung.

Neben der Quelle wies Ruschalimum eine weitere wichtige Besonderheit auf: Im Norden erhob sich ein Hügel, und erhobene Plätze sind schon immer Orte gewesen, an denen eine Form von göttlicher Gegenwart angenommen wurde. Heute ist von diesem Hügel nichts mehr zu sehen, weil die gewaltige Plattform des Tempelberges, die König Herodes im ersten Jahrhundert v. Chr. bauen ließ, ihn komplett einnimmt. Nur der Gipfel, der jahrhundertlang als Opferstelle von jüdischen Priestern gebraucht wurde, ist auch heute noch sichtbar, zumindest für diejenigen, die die mächtige Konstruktion des Felsendoms mit der riesigen vergoldeten Kuppel betreten dürfen.

01 Zit. nach Nahum Goldmann, *The Jewish Paradox: A Personal Memoir of Historic Encounters That Shaped the Drama of Modern Jewry*, New York 1978, S. 99.

02 Unter www.cityof david.org.il/de/virtual_tools finden sich zahlreiche informative Texte und Videos dazu.

03 Die rabbinische, auch vom Christentum übernommene Interpretation des Namens als „Stadt des Friedens“ ist etymologisch unhaltbar. Dass in Jerusalem das hebräische Wort für „Friede“ beziehungsweise „Heil“ (*shalom*) nachklingt, ist reiner Zufall. Der übliche hebräische Name der Stadt ist eigentlich *Jeruschalajim*. In der hebräischen Bibel wurden sogar alle Vorkommen des Namens ab dem 7./8. Jahrhundert in diese Richtung korrigiert. *Jeruschalajim* ist aber grammatikalisch gesehen eine Dualform. Auf Hebräisch wird eine solche grammatikalische Form verwendet, wenn man ein Paar bezeichnen will: zwei Hände, zwei Augen, zwei Füße, zwei Himmel (nach der altorientalischen Kosmologie). Die Dualform kann auch als feierliche Form des Namens angesehen werden.

Sobald ein Ort als „heilig“ erklärt wurde, bekam er eine gesonderte Stellung, die nichts mehr mit der erfahrbaren Realität zu tun hatte. So wurde dieser Hügel zum Beispiel als „Berg Zion“ als der Höchste aller Berge besungen – unbeirrt davon, dass er kein richtiger Berg war und dass die Hügel westlich und östlich davon deutlich höher sind.⁰⁴ Die Bestimmung der Heiligkeit eines Ortes hat also nicht mit Wissenschaft, sondern mit Gefühlen, Emotionen und Glauben zu tun.

Man kann davon ausgehen, dass es in Ruschalimum ein Heiligtum gab,⁰⁵ in dem kultische Handlungen abgehalten wurden: Blut- und Rauchopfer, Trankopfer (Libationen) und vielleicht sogar Menschenopfer. Es gibt in der Tat Texte in der hebräischen Bibel, die gegen Menschenopfer polemisieren und sie für ungültig erklären. Solche Texte entstanden natürlich als Reaktion auf reale Gegebenheiten. Die Erzählung von Abraham, der seinen Sohn Isaak nicht töten soll, ist eine Erinnerung daran. Diese Geschichte ist zwar nicht historisch zu verstehen, dennoch besitzt sie ein identitätsstiftendes Moment und spielt sich – der Tradition nach – auf eben jenem Hügel nördlich der Keimzelle Jerusalems ab, den die hebräische Bibel als Berg Moria beziehungsweise später als Berg Zion identifiziert.

Archäologische Spuren menschlicher Besiedlung auf dem Gott Schalimu geweihten Hügel gibt es erst wieder für das 14. Jahrhundert v. Chr., als Ägypten die Obermacht über die Gegend hatte. Das Durchgangsland Kanaan wurde erobert und zum Vasallenstaat gemacht. Der Einfluss Ägyptens war nicht nur politisch und militärisch, sondern auch kulturell und religiös erkennbar, wie die Funde aus dieser Zeit belegen. Es existieren sogar sechs Briefe vom jebusitischen Gouverneur der Hauptstadt Ruschalimum, Abdi-Chepa, an den Pharao Echnaton. Um 1350 v. Chr. bat Abdi-Chepa im Kampf gegen Nachbarvölker um Hilfe für seine Stadt, die noch immer als „Haus des Schalimu“ bezeichnet wurde.⁰⁶

04 Der Name ist inzwischen „gewandert“: Mit Zionsberg ist heute nicht mehr der Tempelberg, sondern ein südwestlich davon gelegener Hügel gemeint.

05 Zur Geschichte des Tempels in Jerusalem siehe ausführlicher und mit zahlreicher weiterführender Literatur Max Küchler, *Jerusalem. Ein Handbuch und Studienreiseführer zur Heiligen Stadt*, Göttingen 2014, S. 125–277.

06 Vgl. Trevor Bryce, *Letters of the Great Kings of the Ancient Near East. The Royal Correspondence of the Late Bronze Age*, London 2003; Matthias Müller, *Amarnabriefe*, Oktober 2008, www.bibelwissenschaft.de/stichwort/13097.

ZENTRUM DES ERSTEN MONOTHEISMUS

Drei Jahrhunderte später sah die religiöse Landschaft um den Berg Zion anders aus. Es tauchen vermehrt Amulette und Statuetten von anderen Gottheiten auf: von El, dem Gott der Götter; von Baal, dem Sturmgott; von Aschera, der Fruchtbarkeitsgöttin. Ein geschlossener Stammesverbund mit einer ausgeprägten religiösen Identität aus der gebirgigen Gegend von Kanaan fühlte sich der Hauptgottheit El so stark verpflichtet, dass der Gott sogar Teil des Namens des Stammesverbundes wurde: *Isra-El* war geboren.⁰⁷ Der Name bedeutet „der Gott El wird (für uns) kämpfen“ und lässt vermuten, dass sich die Gruppe formierte, um gegen andere Stämme besseren Widerstand leisten zu können. Irgendwann im 11. Jahrhundert v. Chr. siedelten sich die Israeliten in Ruschalimum, der Stadt der Jebusiter, an und machten sie zu ihrer Hauptstadt. Ob es wirklich eine Eroberung war, lässt sich aufgrund der spärlichen und wenig eindeutigen Quellenlage⁰⁸ nicht definitiv klären. Auch ob es in dieser Zeit wirklich ein Königreich Israel gab oder die Geschichte des Königs David und seines Sohnes Salomo lediglich ein identitätsstiftender nationaler und religiöser Mythos ist, wird bis heute in der Wissenschaft heftig diskutiert.⁰⁹ Archäologisch belegt ist eine Inschrift aus dem 8. Jahrhundert v. Chr. (Fundort: Tel Dan im Norden Israels), mit dem Hinweis, dass es ein „Haus David“ gab, sowie eine Tonscherbe aus dem 10. Jahrhundert v. Chr. mit dem Verweis auf einen nicht näher identifizierten König (Fundort: Khirbet Qeiyafa, etwa 35 Kilometer westlich von Jerusalem). Aus Khirbet Qeiyafa gibt es möglicherweise so-

gar eine Miniatur-Nachbildung des Jerusalemer Tempels.¹⁰

Spuren von kultischen Gebäuden aus der Zeit der Jebusiter gibt es allerdings nicht. Wenn ein Tempel des Gottes Schalimu auf dem Berg Zion stand, befinden sich seine Reste irgendwo unter der Erde zwischen der al-Aqsa-Moschee und dem Felsendom. Auf dem Haram al-Sharif ist eine Grabung nicht möglich, und so sind mutmaßliche Ruinen dieses Tempels für die wissenschaftliche Welt unzugänglich. Das ist auch der Grund, warum bisher noch keine archäologischen Funde des salomonischen Tempels freigelegt wurden. Nach der biblischen Erzählung ließ König Salomo ihn um 960 v. Chr. fertigstellen. Sollte es auf diesem Hügel bereits einen jebusitischen Tempel gegeben haben – die Grenzen der Stadt im zweiten vorchristlichen Jahrtausend sind nicht deutlich auszumachen –, wäre der salomonische am selben Ort zu vermuten. Die Beschreibung in der Bibel deutet klar darauf hin, dass dieses Gebäude anderen archäologisch belegten Vorbildern aus dem kanaänischen Raum stark ähnelte.¹¹

Dass die biblische Erzählung historisch gänzlich belegbar ist, darf zwar bezweifelt werden, jedoch erweist sie sich als glaubwürdig: Um seine Dynastie zu legitimieren, lässt nämlich ein König einen prächtigen Tempel errichten – ein klassisches Beispiel von Herrschaftsarchitektur. In diesem Tempel wurde der Tradition nach die Bundeslade aufbewahrt, das Zeichen des Bundes zwischen Gott und dem Volk Israel. Die offiziellen religiösen Praktiken in Jerusalem waren nunmehr dem Stammesgott Davids und Salomos gewidmet, der JHWH (hebräisch יהוה)¹² hieß. Innerhalb der Familien und verschiedenen Clans blieb man aber auch anderen Gottheiten treu, wie zahlreiche Funde von Statuetten, Rauchgefäßen und Abbildungen zweifelsfrei belegen.

Als dieser erste Tempel 586 v. Chr. von den Babyloniern zerstört wurde, ging die Bundeslade

07 Detaillierter und mit der Darstellung der verschiedenen Positionen zur Entstehung des Volkes Israel: Christian Frevel, *Geschichte Israels*, Stuttgart 2015, S. 66–170.

08 Es gibt dazu nur wenige unklare Verse im Buch Samuel. Dazu wirkungsgeschichtlich extrem wichtig: Johannes Floß, *David und Jerusalem. Ziele und Folgen des Stadteroberungsberichts 2 Sam 5,6–9* literaturwissenschaftlich betrachtet, St. Ottilien 1987.

09 Dank des Werkes der beiden israelischen Archäologen Israel Finkelstein/Neil Asher Silberman, *David und Salomo. Archäologen entschlüsseln einen Mythos*, München 2006, ist die Diskussion auch der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Siehe dazu auch Jane M. Cahill, *Jerusalem at the Time of the United Monarchy. The Archaeological Evidence*, in: Andrew G. Vaughn/Ann E. Killebrew (Hrsg.), *Jerusalem in Bible and Archaeology. The First Temple Period*, Atlanta 2003, S. 13–80.

10 Zum Khirbet-Qeiyafa-Projekt siehe die Website <http://qeiyafa.huji.ac.il/index.asp>.

11 Hierzu verständlich und mit zahlreichen Abbildungen: Wolfgang Zwickel, *Der salomonische Tempel*, Mainz 1999.

12 Die vier Buchstaben identifizieren den Eigennamen des jüdischen Gottes und wurden sehr wahrscheinlich „Jahwe“ ausgesprochen. Aus Respekt für jüdische Gläubige sollte man diese Aussprache dennoch vermeiden. Der Name Gottes ist so heilig, dass er nicht genannt werden darf. Stattdessen wird JHWH entweder *Adonai* (Herr) oder *haSchem* (der Name) gelesen.

verloren. Nach dem Wiederaufbau etwa ein halbes Jahrhundert später stand das Allerheiligste schlicht leer. In der Zwischenzeit ereignete sich jedoch etwas äußerst Interessantes: Die Priester, die nach der Eroberung Jerusalems durch Nebukadnezar II. nach Babylon verschleppt worden waren, entwickelten eine ganz neue Form der Religion. Das Volk Israel, oder zumindest ein Teil davon, betete nicht mehr El als Hauptgott an, sondern JHWH. Die priesterliche jüdische Oberschicht distanzierte sich vehement von einer polytheistischen Einstellung, um nunmehr eine einzige Gottheit zu verehren: Der erste sicher belegte Monotheismus der Religionsgeschichte war geboren.¹³

Im Vorhof des neuen Tempels stand der Opferaltar aus unbehauenen Stein, der sich heute innerhalb des Felsendoms befindet. Vermutlich war er bereits den ersten Bewohnern von Ruschallimum heilig – so wie später auch den Juden, Muslimen und Christen, die den Felsendom während der Kreuzfahrerzeit als Kirche verwendeten. Jedenfalls entwickelte sich dieser Tempel, der um 515 v. Chr. wieder eingeweiht wurde, zum wichtigsten und zentralen Sakralbau des antiken Judentums. Dort wurden nicht nur die täglichen Opfergaben dargebracht, sondern auch Steuern eingesammelt, Recht gesprochen und die meisten Schriften der hebräischen Bibel verfasst. Jerusalem entwickelte sich so nicht nur in emotionaler Hinsicht, sondern auch in der Literatur des jüdischen Volkes, das mittlerweile im ganzen alten Orient und im mediterranen Raum zerstreut war, allmählich zu *der* heiligen Stadt an sich. Und wenn ein Ort einmal heilig ist, bleibt er grundsätzlich für immer heilig.

Dieser Umstand war auch König Herodes bewusst, der 40 v. Chr. von den Römern zum König von Judäa ernannt wurde. Da er selbst keiner reinen jüdischen Familie entstammte, war er für gläubige Juden inakzeptabel. Um dem aufkommenden Widerstand seitens der mächtigen Jerusalemer Priesterklasse entgegenzuwirken, startete er 20 v. Chr. eine gewaltige Renovierungsaktion des Tempels.¹⁴ Wieder einmal stand Religion im Dienste des politischen Kalküls. Die gewaltige

Stützmauer, die Herodes errichten ließ, um die Tempelplattform zu vergrößern, ist heute noch sichtbar. Die Westmauer, heute auch als „Klagemauer“ bekannt, ist ein Teil davon. Dieser zweite Tempel wurde im Jahr 70 n. Chr. von der Zehnten Römischen Legion zerstört, und der heilige antike Berg Zion blieb sehr wahrscheinlich bis zur arabischen Eroberung 638 Brachland.

HEILIGE STADT DER JUDEN

Während der römisch-byzantinischen Herrschaft, zumindest ab dem Jahr 135, und unter den Kreuzrittern ab 1099 war es Juden verboten, Jerusalem zu betreten. Unter arabischer Verwaltung ging es den Juden erheblich besser. Sowohl nach der ersten kampflosen Eroberung der Stadt im Jahr 638 als auch nach 1260, als die Mamluken die Stadt wieder unter ihrer Kontrolle hatten, durften sie sich in Jerusalem niederlassen und auch religiöse Praktiken ausleben. Doch erst unter osmanischer Herrschaft ab 1516 bestand eine rechtliche Ordnung, die den Juden eine sichere Ansiedlung und ein langsames, aber kontinuierliches demografisches Wachstum erlaubte.

Für die Zeit nach 638 sind Dokumente gefunden worden, die belegen, dass jüdische Gemeinden in Syrien, Ägypten und Sizilien Geldspenden zugunsten einer ärmeren, in der Nähe der Westmauer gelegenen Synagoge organisierten. Auch trotz oder gerade aufgrund kurzzeitiger Unterbrechungen der jüdischen Präsenz ist die Stadt für das Judentum stets ein zentraler symbolischer Ort geblieben. In Jerusalem hatte sich der Tempel befunden, der nach jüdischer Tradition vom einzigen wahren Gott zu seinem Wohnsitz auf Erden bestimmt worden war. Gleichzeitig war Jerusalem – zumindest nach dem biblischen Bericht – die Hauptstadt des einst vereinten Königreiches Israel und Juda. Wenn Juden beten, beten sie in Richtung Jerusalem. Wenn sie sterben, werden ihre Gräber nach Jerusalem hin ausgerichtet. Jerusalem gilt als die endgültige eschatologische Sehnsucht aller Juden. „Nächstes Jahr in Jerusalem“ ist der traditionelle Wunsch am Ende des rituellen Pessach-Mahls.

Ein Teil der jüdischen Theologie unterscheidet allerdings zwischen dem himmlischen und dem irdischen Jerusalem. Die Stadt zu verehren, sie zu rühmen und sie zu beklagen, hat wenig mit dem politischen, ideologischen Wunsch zu

13 Zur Entwicklung der Gottesvorstellungen vgl. Michael Tilly/Wolfgang Zwickel, Religionsgeschichte Israels. Von der Vorzeit bis zu den Anfängen des Christentums, Darmstadt 2011.

14 Vgl. Achim Lichtenberger, Die Baupolitik Herodes des Großen, Wiesbaden 1999.

tun, die Stadt als Hauptstadt eines irdischen Reiches zurückzugewinnen. Das war auch der ursprünglichen zionistischen Bewegung bewusst, wenngleich Jerusalem als nationales und kulturelles Zentrum nie infrage stand. Zumindest bis zur Shoah war für das ultraorthodoxe Judentum die Vorstellung von Jerusalem als Hauptstadt eines jüdischen Staats problematisch, war das doch allein eine Angelegenheit Gottes, in die sich die Menschen nicht einmischen dürften. Und dennoch, gerade die Tatsache, dass auf dem Tempelplatz derzeit islamische Bauten stehen und Juden dort offiziell nicht einmal beten dürfen, wird von vielen als Problem angesehen. Gleichzeitig lehnen viele religiöse Juden das Betreten des ehemaligen Tempelgeländes ab, aus Ehrfurcht, den Ort der göttlichen Präsenz unabsichtlich zu verunreinigen.

Nach dem Sechstagekrieg 1967 – nachdem ein Teil des muslimischen Viertels abgerissen worden war – wurde der so entstandene Platz vor der Westmauer zu einem nationalreligiösen Denkmal ausgebaut. Dennoch ließ die israelische Regierung die muslimische Hoheit über den Tempelberg selbst unangetastet. Auch wenn von einer ahistorischen arabischen Propaganda behauptet wird, es sei eine Erfindung, dass der jüdische Tempel dort gestanden hat, wo heute der Felsendom steht, ist es doch dieser Ort, der dem heiligsten Ort des Judentums am nächsten ist.

HEILIGE STADT DER CHRISTEN

Die Sehnsucht, Gott dort anzubeten, wo er Mensch geworden war, wo er gelitten, gestorben und schließlich auch auferstanden war, ist innerhalb des Christentums erst ab dem 4. Jahrhundert belegt. Aus dieser Zeit stammen die ersten schriftlichen Berichte von Pilgern, die das Heilige Land aufsuchten. Für die Zeit davor gibt es kaum Zeugnisse einer derartigen Einstellung, geschweige denn von Pilgerfahrten oder christlichen Bauten. Die Heiligkeit Jerusalems gründet für das Christentum zunächst darauf, dass die letzten Tage Jesu und die ersten Tage der frühen Kirche untrennbar mit der Stadt verbunden sind – und ferner darauf, dass die Kirche sich als das „neue Israel“ verstand.

Die Frage nach der Relevanz Jerusalems wurde innerhalb des Christentums vor allem durch eine rein politische Entscheidung des Kaisers Konstantin aufgeworfen. Vor der bedeuten-

den Schlacht an der Milvischen Brücke im Jahr 312 hatte er angeordnet, statt Jupiter oder Herkules ein Opfer darzubringen, auf den Schilden seiner Soldaten die griechischen Buchstaben Chi (X) und Rho (P) anmalen zu lassen, das Zeichen der Christusverehrung. Natürlich mischen sich in dieser Erzählung Geschichte und Legende, dennoch bleibt dieses Ereignis eines der wichtigsten in der Geschichte der westlichen Welt. Konstantins Sieg legte den Grundstein dafür, dass das Christentum im Verlauf der nächsten Jahrzehnte zur einzigen offiziell erlaubten Religion des Römischen Imperiums wurde.

Im Haus des Kaisers, der bis kurz vor seinem Tod die Taufe verweigerte, war seine Mutter Helena die fromme Christin. Der Legende nach machte sie sich als fast 80-Jährige auf den Weg nach Jerusalem, um dort die Stätten der Kreuzigung und Auferstehung Jesu zu finden. 335 ließ sie die Grabeskirche auf den Ruinen eines römischen Heiligtums bauen, nachdem sie dort auf wundersame Weise die Überreste des Kreuzes Jesu gefunden hatte. Der Bericht ist selbstredend nicht historisch, er belegt aber, dass der religiöse Kampf damals nicht zwischen Judentum und Christentum – zu dieser Zeit gab es vermutlich keine jüdische Gemeinde mehr in Jerusalem –, sondern zwischen Christentum und Heidentum ausgetragen wurde.

Jerusalem hieß in der Phase der römischen Herrschaft Aelia Capitolina. Aelius war der Beiname des Kaisers Hadrian, der ab 135 die Stadt hatte wiederaufbauen lassen, nachdem er die jüdische Revolte unter der Führung von Simon bar Kochba niedergeschlagen und alle Juden verbannt hatte. Die Hauptgottheit der Stadt war Jupiter beziehungsweise Zeus, in der Gestalt, in der er auch in Rom auf dem Hügel des Kapitols verehrt wurde (deswegen „Capitolina“). Der Tempelberg war für die Christen völlig uninteressant geworden. Sie hatten nunmehr einen anderen heiligen Hügel: Golgota, wo Jesus gekreuzigt worden war. Hadrian hatte zwar versucht, die Heiligkeit dieser Stätte zu beseitigen und dort einen Tempel für Zeus, Minerva und Aphrodite errichten lassen. Die Bemühungen, einen Ort der frühen Christusverehrung durch einen heidnischen Tempel zu ersetzen, gilt heute jedoch als eines der Hauptargumente für die genaue Lokalisierung der Kreuzigungsstelle Jesu – ansonsten wäre ein Tempel in einer aufgelassenen Steingrube ziemlich sinnlos gewesen. Ob die frühen Christen das Grab Jesu verehrten und

den Ort bewahrten, wo sie eigentlich täglich mit seiner Wiederkunft und dem Beginn des Reiches Gottes rechneten, ist allerdings umstritten.

In die Kämpfe zwischen Byzantinern und Persern, die zu dieser Zeit Sasaniden hießen, mischten sich ab dem 7. Jahrhundert die ersten Muslime. 638 übernahmen sie nach längerer Belagerung kampflos die Kontrolle über Jerusalem. Der zweite Kalif, Umar ibn al-Khattab, sicherte den Juden und Christen in einem Brief die Ausübung ihrer Religion sowie den Schutz ihrer Gotteshäuser und Eigentum zu. Jerusalem war inzwischen Sitz eines christlichen Patriarchen – eines hohen kirchlichen Würdenträgers im Rang eines Bischofs – geworden. Am Weihnachtstag des Jahres 800, als Jerusalem seit mehr als 150 Jahren eine arabische Stadt war, konnte der Patriarch von Jerusalem dem neuen Kaiser, Karl dem Großen, der gerade in Rom vom Papst gekrönt worden war, die Fahne der Stadt Jerusalem überreichen, ohne dass die arabische Verwaltung etwas dagegen unternahm. Kaiser Karl hatte zehn Jahre zuvor einen neuen Thronstuhl bauen lassen und dabei einen Stein aus dem vermeintlichen Grab Jesu verwendet. Man versuchte somit, die Heiligkeit Jerusalems nach Aachen zu verlegen, und die mehr als 30 Könige des römisch-deutschen Reiches wurden auch damit in ihrem Machtanspruch legitimiert.

Die Eroberung Jerusalems durch die Kreuzfahrer um Gottfried von Bouillon am 15. Juli 1099 war der Beginn einer Welle der Verfolgung von Muslimen und Juden, die entweder getötet oder verbannt wurden. Die muslimischen Bauten am Tempelareal wurden in Kirchen umfunktioniert. 1244 eroberten die Muslime die Stadt jedoch endgültig zurück. Die Christen waren inzwischen damit beschäftigt, untereinander Krieg zu führen. Das spitzte sich beim Vierten Kreuzzug ab 1202 derartig zu, dass nicht Jerusalem zurückerobert, sondern die christliche Stadt Konstantinopel belagert und geplündert wurde.

Der Kampf innerhalb der Christenheit erstreckte sich aber bis nach Jerusalem, wo die verschiedenen christlichen Gruppen einen regelrechten Streit um die Kontrolle der Heiligtümer begannen. Bei der Verwaltung der Grabeskirche eskalierte die Situation sogar so sehr, dass gegen Ende des 13. Jahrhunderts die muslimischen Behörden intervenieren mussten. Seitdem wird der Kirchenschlüssel zwei muslimischen Familien anvertraut. Die eine bewahrt den Schlüssel auf, die

andere hat die Aufgabe, die Grabeskirche vor dem Morgengrauen aufzuschließen und eine Viertelstunde nach Einbruch der Dunkelheit abzuschließen. Die Regelung hat bis heute Bestand. Insgesamt teilen sich sechs christliche Konfessionen die heutige Grabeskirche, und unter ihnen gibt es immer wieder Reibereien. Bilder von um sich schlagenden Mönchen sind keine Seltenheit. Als Christ in Jerusalem zu leben, ist alles anderes als einfach; selten herrscht unter den verschiedenen christlichen Konfessionen Harmonie. Israel ist dennoch der einzige Staat im gesamten Nahen Osten, in dem Christen und ihre Heiligtümer nicht Ziele von systematischen Angriffen und Verfolgungen sind.

HEILIGE STADT DER MUSLIME

Muslime begründen die Heiligkeit Jerusalems mit einer Stelle aus dem Koran (Sure 17,1), in der die Rede davon ist, dass der Prophet Mohammed bei einer nächtlichen Reise auf einem geflügelten Reittier zu einer weiteren fernen Moschee (*al madschid al aqsa*) geflogen ist, die mit Jerusalem identifiziert wird. Von dieser Stelle sei er dann in den Himmel aufgestiegen. Gläubige Muslime erkennen auf der Oberfläche des heute im Felsendom eingeschlossenen Felsens (der Gipfel des antiken Berges Zion) den Fußabdruck des Propheten. Religionsgeschichtlich sind die Quellen des Islam im Judentum und Christentum zu finden. So besteht der Bezug zu Jerusalem quasi obligatorisch. Vor 624, als die Gebetsrichtung Mekka wurde, war selbstredend Jerusalem die erste *qibla* (Ausrichtung).

Die Rolle Jerusalems als heilige Stadt und Ziel von Pilgerfahrten entwickelte sich erst relativ spät, nach der Zeit der ersten islamischen Dynastie (Umayyaden, 661–750), während der die heiligen Stätten des Islam auf dem Haram al-Sharif errichtet wurden. Der Felsendom wurde zwischen 687 und 691 unter dem Kalifen Abd al-Malik erbaut. Tatsächlich handelt es sich bei ihm aber nicht um eine Moschee, sondern um ein religiöses Siegesdenkmal. Die Prachtarchitektur, die kunstvolle Verzierung und die Inschriften deuten darauf hin, dass der Felsendom den Triumph des Islam über das Christentum symbolisieren soll. Dieses gewaltige Bauwerk wurde allerdings nicht (nur) gebaut, um den Islam zu rühmen, sondern auch um die Übermacht von al-Malik gegenüber seinem erbitterten Feind, dem Gegenkalifen Ab-

dallah ibn az-Zubair, der seinen Sitz in Mekka hatte, zu demonstrieren. So wurde auch hier Religion instrumentalisiert, um politische Ansprüche innerhalb der gleichen Religionszugehörigkeit geltend zu machen.

Neben dem Felsendom steht auf der südlichen Seite der herodianischen Plattform außerdem die al-Aqsa-Moschee. Sie wurde zwischen 707 und 715 vom Kalifen al-Walid, dem Sohn des Erbauers des Felsendoms, auf den Ruinen einer byzantinischen Marienkirche erbaut. Der Bau wirkt zwar nicht so auffällig wie der Felsendom, die al-Aqsa ist jedoch nach der al-Haram-Moschee in Mekka und der Prophetenmoschee in Medina die dritt wichtigste Moschee des Islam.

Die Namen Aelia Capitolina und Jerusalem blieben auch unter den Arabern lange Zeit erhalten. Die arabische Bezeichnung al-Quds („die Heilige“) kommt erst gegen Ende des 10. Jahrhunderts zum ersten Mal vor. Jerusalem war in der Zeit nicht so wichtig wie andere islamische Zentren. Natürlich wurde der Verlust der Stadt an die Kreuzritter als Niederlage empfunden. Die arabische Welt bemühte sich jedoch lange nicht um die Rückeroberung, obwohl die Kreuzfahrer 1099 ein regelrechtes Massaker unter der muslimischen (und jüdischen) Bevölkerung angerichtet hatten. Erst als Saladin im 12. Jahrhundert den Kampf gegen die Kreuzfahrerstaaten ausrief – zunächst wohl, um den Händlerkarawanen freies Geleit zu sichern –, wurde die Heiligkeit der Stadt plötzlich zu einem wichtigen Faktor. Jerusalem wurde 1187 wieder al-Quds. Als 1229 Kaiser Friedrich II. am Verhandlungstisch die Stadt wieder für die Christenheit zurückerlangte – die heiligen Stätten der Muslime blieben in deren Verwaltung –, wurden die Mauern geschliffen, damit Jerusalem nicht mehr als Festung dienen konnte. Die Folge war, dass die Stadt 30 Jahre lang von Überfällen, Plünderungen und Gewalt gezeichnet war.

Erst nach 1260 konnte die mamlukische Herrschaft die Ordnung in Jerusalem wieder garantieren. Die Stadt wurde in Viertel unterteilt: Die Genden im Westen und Norden des Haram al-Sharif gingen an die Muslime; die Armenier bekamen den Teil im Südwesten, in der Nähe ihrer Kathedrale; die Juden erhielten ebenfalls einen südwestlichen Teil der Stadt, unmittelbar angrenzend an die Westmauer; und die übrigen Christen siedelten sich im Nordwesten um die Grabeskirche an. Die Stadt wurde deutlich muslimischer. In den folgenden Zeiten wechselten tolerantere Pha-

sen mit Perioden der Gewalt und Verfolgung von Christen und Juden.

EIN HOFFUNGSBILD ALS AUSBLICK

Religiöse Gefühle lassen sich selten rationalisieren, und Jerusalem ist – wie vielleicht keine andere Stadt der Welt – Gegenstand von häufig undifferenzierten religiösen Emotionen. Die Stadt ist seit mehr als vier Jahrtausenden immer wieder Schauplatz und Symbol der Rivalität religiöser Vorstellungen: zunächst zwischen den Göttern des antiken Vorderen Orients, dann zwischen Judentum und altorientalischen Naturreligionen, später zwischen Judentum und römisch-hellenistischen Religionen und in der Folge zwischen Christentum und Heidentum. Anschließend blieb die Auseinandersetzung lange Zeit eine Angelegenheit zwischen Christentum und Islam, bevor es in jüngster Zeit auch zwischen dem Judentum und dem Islam zum Konflikt kam.

Die Geschichte zeigt aber auch, dass religiöser Eifer sehr häufig Hand in Hand mit politischem Kalkül geht. Innerhalb des Judentums, des Christentums und des Islam war und ist die Rolle Jerusalems als heilige Stadt nicht von vorneherein klar definiert gewesen. Vor allem realpolitische Erwägungen haben sehr stark dazu beigetragen. Man wird erst damit beginnen können, die bestehenden Probleme zu lösen, wenn es eine echte Anerkennung der religiösen, demografischen, sozialen und politischen Pluralität der Stadt gibt – die jedem Anspruch auf alleinigen Besitz entgegensteht. Pluralistischer Dialog bedeutet, miteinander und nicht aneinander vorbei zu reden. Dies war und bleibt die Herausforderung für Jerusalem als heilige Stadt dreier Religionen.

Ich danke Marcel Serr, Hans Moser, Idris Malik, Thomas Elijah Lipschütz und Ruprecht van de Weyer für zahlreiche hilfreiche Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge.

SIMONE PAGANINI

ist Professor für Biblische Theologie an der RWTH Aachen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Rechtsgeschichte der biblischen und der altorientalischen Welt, die Prophetenbücher der hebräischen Bibel, Qumran und die Zeit des „Second Temple Judaism“.

simone.paganini@kt.rwth-aachen.de

IRDISCHE GESCHICHTE EINER HEILIGEN STADT

Gil Yaron

Knapp tausend Jahre nachdem der Papst mit dem Schlachtruf „Deus lo vult“ („Gott will es“) Massen aus Europa in den Kreuzzug gen Osten schickte, um Jerusalem zu befreien, stand die Stadt im Winter 2017/18 wieder im Mittelpunkt des Weltgeschehens. Als US-Präsident Donald Trump am 6. Dezember 2017 Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannte, weckte er Ängste vor einem neuen Religionskrieg um die Heilige Stadt. Die palästinensische Autonomiebehörde brach ihre Kontakte zu den USA ab, einem ihrer wichtigsten Geldgeber. Die radikalislamische Hamas rief zu einer neuen Intifada auf. Auch die übrige islamische Welt reagierte mit Empörung, denn für sie gilt Jerusalem als einziger Ort, der ob seiner Vergangenheit als Hauptstadt eines Palästinenserstaates fungieren kann.

Aber auch Israel verweist auf historische Wurzeln in der Stadt und bezeichnet Jerusalem als „einzige, ewige und unteilbare Hauptstadt des jüdischen Volkes“. Kein Wunder also, dass Unterhändler beider Seiten sich oft in vielen Punkten näherkamen, außer in der Frage Jerusalems. Viele betrachten sie deshalb als heikelstes und „größtes Hindernis“ auf einem Weg zu einer friedlichen Einigung. Wer diesen Konflikt ergründen will, muss also die Bedeutung dieser Stadt kennen. Und das geht nicht ohne ein klares Verständnis ihrer komplexen Geschichte.

STEINZEIT UND ISRAELITISCHE KÖNIGREICHE

Jerusalem gilt als eine der ältesten Städte der Welt. Überreste imposanter Bauten belegen eine erste Besiedlung des heutigen Stadtgebietes in der Kupferzeit vor etwa 7000 Jahren.⁰¹ Archäologen datierten Tonscherben aus der Umgebung der Gihon-Quelle auf das Jahr 4500 bis 3500 v. Chr. und fanden so Anzeichen der ersten Besiedlung des heutigen Stadtkerns.⁰² Überreste einer 3700 Jahre alten, bis zu acht Meter hohen Steinmauer aus

vier bis fünf Tonnen schweren Quadern belegen die Existenz einer bewehrten kanaanäischen Stadt nahe der Quelle.⁰³

Im zweiten Jahrtausend v. Chr. dehnte Ägyptens Einfluss sich bis Kanaan aus. Tontafeln aus dem ägyptischen Tel el-Amarna belegen, dass Jerusalem in dieser Zeit von ägyptischen Vasallen regiert wurde, wie dem Statthalter Abdi-Chepa, dessen Briefe an Pharao Amenhotep III. und dessen Sohn Echnaton erhalten blieben. Eine fatale Kombination von Klimawandel, Misswirtschaft und Völkerwanderung führte ab 1200 v. Chr. jedoch zum Zusammenbruch der damals herrschenden Weltordnung. Ägypten zog sich zurück, andere Imperien zerfielen.⁰⁴

Im darauf folgenden Chaos wurde Jerusalem wiederholt belagert, erobert und geplündert. Das Machtvakuum ließ Raum für die Entstehung neuer politischer Strukturen und Kulturen wie die der Israeliten. Laut der hebräischen Bibel, deren Historizität umstritten ist, einte König David etwa 1000 v. Chr. zwölf israelitische Stämme unter seiner Herrschaft, eroberte Jerusalem vom kanaanäischen Stamm der Jebusiter und machte die Stadt zum politischen Zentrum seines Reiches. Sein Nachfolger Salomon machte sie zum spirituellen Zentrum des Stammesbundes und errichtete hier einen Tempel.

Keine archäologischen Funde beweisen die Existenz Davids oder seines Nachfolgers Salomon direkt, obgleich eine Stele aus Tel Dan nahelegt, dass ein Königshaus David mit Sitz in Jerusalem im 8. Jahrhundert v. Chr. tatsächlich existierte. Manche Forscher halten David und Salomon deshalb für später geschaffene Mythen und glauben, das Jerusalem des 10. Jahrhunderts v. Chr. sei ein unbedeutendes Dorf am Rande der Weltgeschichte gewesen.⁰⁵ Andere sehen in Überresten bedeutender Bauten aus dieser Zeit Beweise für die Existenz eines mächtigen, zentral von Jerusalem aus regierten Königreiches.⁰⁶

Unumstritten ist, dass im 9. Jahrhundert v. Chr. zwei israelitische Königreiche existier-

ten: das reiche, mächtige Israel im Norden und das ärmere Judäa im Süden. Erst die Zerstörung des Nordreiches im Jahr 722 v. Chr. durch die Assyrer machte Jerusalem zur Hauptstadt aller israelitischen Stämme. Eine Flüchtlingswelle aus dem Norden bescherte der Stadt einen massiven Aufschwung. Es war das einzige Mal in der Geschichte, dass die israelitische Gemeinde in Jerusalem die größte der Welt war.⁰⁷ Von Juden zu sprechen, wäre aber noch falsch: Ein großer Teil der Bevölkerung praktizierte heidnische polytheistische Riten.⁰⁸

BEGINN DES JUDENTUMS, EXIL UND RÖMISCHE PROVINZ

Die Grundlagen für das Judentum als abstrakte monotheistische Staatsreligion wurden von König Josiah im 7. Jahrhundert v. Chr. mit Tempelreformen gelegt. Seine Priester begannen, die Bibel zu redigieren und etablierten die Überzeugung, Jerusalem sei einziger Sitz des einen Gottes, der das Königshaus David und das Volk der Juden auserkoren habe. Jerusalem wurde national-religiöser Fixpunkt und Wallfahrtsort.⁰⁹

Doch als die damaligen Großmächte wieder erstarkten, war es mit Jerusalems Unabhängigkeit vorbei. Im Jahr 586 v. Chr. eroberten die Babylonier die Stadt, zerstörten den ersten Tempel und verschleppten die Elite ins Exil. Die persischen Achämeniden besiegten Babylon 50 Jahre später, und ihr Schah Kyros gestattete einer jüdischen Gesandtschaft 539 v. Chr., nach Jerusalem

zurückzukehren. Bis zur Neuerrichtung des Tempels dauerte es aber wahrscheinlich, bis der Exilarch Serubbabel, der Anführer der jüdischen Diaspora in Babylon, 520 v. Chr. zu diesem Zweck nach Jerusalem entsandt wurde. Zu diesem Zeitpunkt war Jerusalem wohl ein unbefestigtes Dorf mit bloß 1000 Einwohnern. Das änderte sich erst, als der persische Großkönig Artaxerxes I. 445 v. Chr. seinen jüdischen Vertrauensmann Nehemia damit beauftragte, die Südwestflanke seines Reiches gegen Ägypten zu sichern und die Stadt aufzubauen. Nehemia baute eine Stadtmauer und siedelte Teile der Landbevölkerung in die Stadt um.

In der Schlacht von Gaugamela 331 v. Chr. zerstörte Alexander der Große schließlich das persische Reich; doch nach seinem Tod 323 v. Chr. zerfiel auch seines. Anschließend kämpften Ptolemäer und Seleukiden um die Vormacht. Zugleich wurden immer größere Teile der jüdischen Bevölkerung hellenisiert. Als der Seleukidenherrscher Antiochus IV. Epiphanes sich anschickte, den Tempel in Jerusalem zu entweihen, starteten die Makkabäer 167 v. Chr. eine Revolte, an deren Ende Judäa 164 v. Chr. unabhängig wurde. Nun herrschten die Hasmonäer in Jerusalem. Doch ihre Herrschaft war von ständigem Erbstreit gekennzeichnet, der das Land schwächte und letztlich dazu führte, dass es zu einer römischen Provinz wurde.

Der römische Senat ernannte den Idumäer Herodes zum König Judäas. Um seine Unbeliebtheit im Volk wettzumachen, erwies er sich während seiner Herrschaft bis zum Jahre 4 v. Chr. als einer der größten Bauherren in der Geschichte Jerusalems.¹⁰ Seine gigantischen Bauwerke machten es laut Plinius dem Älteren zur „berühmtesten Stadt im Morgenland“, vor allem dank des erweiterten zweiten Tempels, auf dessen Vorhof 300000 Menschen Platz fanden. Die Stützmauer dieses Vorhofs steht bis heute. Der südliche Teil der Westmauer ist als „Klagemauer“ bekannt und gilt Juden als heiliger Ort.

Im Jahr 66 n. Chr. erhoben die Juden sich gegen Rom. Der Kampf mündete in einer Niederlage und der Zerstörung des zweiten Tempels im Jahr 70. Als Kaiser Hadrian später die Stadt Aelia Capitolina an der Stelle Jerusalems errichtete und auf dem Tempelberg einen heidnischen Tempel errichten wollte, rebellierten die Juden unter Simon bar Kochba ab dem Jahr 132 erneut. Im

01 Vgl. Nir Hasson/Ruth Schuster, Jerusalem Even Older Than Thought: Archaeologists Find 7,000-year-old Houses, 17.2.2016, www.haaretz.com/1.5405607 (mit Paywall).

02 Vgl. Pottery Shards from the Chalcolithic Period, o.D., www.cityof-david.org.il/en/archeology/finds/pottery-shards-chalcolithic-period.

03 Vgl. „Massive“ Ancient Wall Uncovered in Jerusalem, 7.9.2009, <http://edition.cnn.com/2009/WORLD/meast/09/04/israel.wall.discovered/index.html#cnnSTCVideo>.

04 Vgl. Eric H. Cline, 1177 B.C.: The Year Civilization Collapsed, Princeton 2014.

05 Vgl. z.B. Neil Asher Silberman/Israel Finkelstein, The Bible Unearthed: Archaeology's New Vision of Ancient Israel and the Origin of Its Sacred Texts, New York 2001.

06 Vgl. z.B. Philippe Bohstrom, Did David and Solomon's United Monarchy Exist? Vast Ancient Mining Operation May Hold Answers, 21.11.2017, www.haaretz.com/1.5466612.

07 Vgl. Gil Yaron, Jerusalem: Ein historisch-politischer Stadtführer, München 2013, S. 22.

08 Vgl. z.B. Daniel McClellan, Josiah's Reforms: The Archaeological Evidence, o.D., www.academia.edu/396916.

09 Vgl. Yaron (Anm. 7), S. 24.

10 Vgl. Jürgen K. Zangenberg (Hrsg.), Herodes: König von Judäa, Darmstadt 2016.

darauf folgenden Krieg wurde fast die gesamte jüdische Gemeinde Judäas ausgelöscht. Römische Kartografen nannten Judäa fortan Palästina, um jedes Andenken an Juden auszumerzen.¹¹

Die Ausmaße Aelia Capitolinas sind umstritten. Einst wurde angenommen, dass es sich um eine kleine, unbedeutende Kolonie mit maximal 10000 Einwohnern handelte. Neuere Ausgrabungen deuten indes auf eine größere Stadt hin, die dem Grundriss der heutigen Altstadt entsprach. Juden durften hier nicht mehr leben. Auch Christen war dies eine Zeit lang verboten.

KONSTANTINISCHE WENDE UND ISLAMISCHES JERUSALEM

Globale Bedeutung erhielt Jerusalem wieder mit der „konstantinischen Wende“, die dem Christentum den Weg bahnte. Kaiser Konstantins Toleranzedikt von Mailand im Jahr 313 und der Besuch der Kaisermutter Helena 326 etablierten das Christentum als dominante Religion der Stadt.¹² Konstantin verschönerte sie mit gewaltigen Bauprojekten, allen voran der Grabeskirche, eines der größten Bauwerke ihrer Zeit.¹³ Genau wie Josiah den Tempelkult als identitätsstiftendes Element instrumentalisiert hatte, nutzte Konstantin den neuen Glauben, um sich an die Spitze einer neuen religiös-politischen Hierarchie zu stellen.

Dies bedeutete für Jerusalem einen Boom. Die nach Jerusalem verbannte oströmische Kaiserin Eudokia friedete die Stadt im 5. Jahrhundert mit einer neuen Mauer ein, und unter der Herrschaft des letzten Latein sprechenden Kaisers Justinian wurde sie im 6. Jahrhundert auch zu einem wichtigen religiösen Zentrum. Unter den vielen Gotteshäusern, die Justinian errichten ließ, war auch die Nea Kirche, die den Tempelberg überragen sollte. Jerusalem hatte zur Blütezeit der byzantinischen Herrschaft wohl 100000 Einwohner. Im Umkreis von Kilometern entstanden Klöster und Dörfer auf terrassierten Hügeln, um jährlich Zehntausende Pilger zu ernähren. Doch Byzanz konnte Jerusalem auf Dauer nicht halten. In den Jahren 614 bis 629 eroberten die Sasaniden aus Persien die Stadt, brannten die Grabeskirche

nieder, stahlen das heilige Kreuz und ließen dort kurzzeitig Juden herrschen.

Zwar eroberte der byzantinische Kaiser Herakleios die Stadt 629 erneut und brachte das heilige Kreuz zurück, doch sein Sieg war von kurzer Dauer. Schon bald überrollten die Muslime Asien, Afrika und Teile Europas. Jerusalem wurde 637 vom Kalifen Umar ibn al-Khattab erobert. Ein neues, islamisches Zeitalter hatte begonnen. Nach der Ermordung des dritten Kalifen, Uthman ibn Affan, wurde Ali ibn Abi Talib, Cousin und Schwiegersohn des Propheten Mohammed, zum Führer der Gläubigen. Eine Gruppe um den Gouverneur von Syrien und Ägypten, Muawiyah, forderte von Ali, Rache zu üben. Als der sich weigerte, rebellierte Muawiyah. 661 wurde Ali während des Morgengebets in einer Moschee in Kufa (heute Irak) ermordet. Muawiyah ergriff die Macht als Kalif. Er versammelte muslimische Adlige in Jerusalem, wo sie ihm die Treue schworen.

So wurde der Islam auf dem Tempelberg gespalten: Die Anhänger Alis glauben bis heute, dass nur seine Nachkommen Mohammed vertreten dürfen. Sie sind die „Partei Alis“ – Schi'at Ali, oder kurz: Schiiten. Die Mehrheit der Muslime hingegen folgte der Partei Muawiyahs und ist heute als Sunniten bekannt. Muawiyah verwandelte Jerusalem in ein Zentrum seines Reiches, wohl auch, weil er aufgrund des innerislamischen Bürgerkriegs Mekka und Medina nicht beherrschte.¹⁴

Die Herrscher der von Muawiyah begründeten Umayyaden-Dynastie bauten die Stadt weiter aus. Auf dem Tempelberg entstanden zwei der wichtigsten Sakralbauten des Islam: Der Felsendom im Jahr 691 und die al-Aqsa-Moschee 717. Um dieselbe Zeit erwog Kalif Sulaiman gar, Jerusalem zu seiner Hauptstadt zu machen.¹⁵ Mit der Machtübernahme der Abbasiden-Dynastie im Jahr 750 verlor Jerusalem jedoch wieder an Bedeutung. Ihre Kalifen verlegten ihre Hauptstadt nach Bagdad und schoben Mekka und Medina wieder in den Vordergrund. Ihre zentrale Rolle im Islam erhielt Jerusalem wohl erst infolge der Kreuzzüge.

Diese waren wohl, ähnlich wie der Kollaps der Bronzezeit, unter anderem eine Folge globalen Klimawandels. Während in Europa eine Wärmeperiode einsetzte, die ein explosionsartiges Bevölkerungswachstum zur Folge hatte, litten der

¹¹ Vgl. Martin Goodman, *Rome and Jerusalem*, London 2007.

¹² Vgl. James Carroll, *Constantine's Sword: The Church and the Jews*, New York 2002.

¹³ Vgl. Jürgen Krüger, *Die Grabeskirche zu Jerusalem: Geschichte – Gestalt – Bedeutung*, Regensburg 2000.

¹⁴ Vgl. Simon Sebag Montefiore, *Jerusalem: The Biography*, London 2011.

¹⁵ Vgl. ebd.

Nahe und Mittlere Osten unter Kälte- und Dürreperioden mit Hungerkatastrophen.¹⁶ So fiel den Kreuzrittern die Eroberung Jerusalems 1099 verhältnismäßig leicht, war die muslimische Welt doch geschwächt und gespalten. Der Fall der Stadt schlug anfangs keine hohen Wellen. Zum Politikum wurde die Stadt erst ein halbes Jahrhundert später, als die Atabegs von Aleppo eine Landverbindung zu ihrem Teilreich in Ägypten schaffen wollten. Das Königreich der Kreuzritter war dabei ein strategisches Hindernis. Also erhoben sie die Befreiung von al-Quds zur religiösen Pflicht. Jerusalem wurde zum „Nabel der Welt“.¹⁷ Es blieb indes Saladin, dem Sultan von Ägypten und Syrien, vorbehalten, Jerusalem 1187 für die Muslime zurückzuerobern.¹⁸

Die Stadt fiel bald darauf in die Hände der Mamluken – Kriegssklaven, die von den Abbasiden aus Osteuropa oder Zentralasien verschleppt worden waren. Während Jerusalem unter dem Sultan Baibars zur politischen Peripherie wurde – 1267 lebten nur noch rund 2000 Menschen dort, darunter 300 Christen und nur zwei Juden –, blieb die Stadt unter späteren Mamlukensultanen ein religiöses Zentrum, in dem prachtvolle Koranschulen, Bäder und Moscheen entstanden. Sie vergoldeten 1317 die Kuppel des Felsendoms und verschönerten das Areal mit Springbrunnen und Torbögen. Minarette sprossen in den Himmel. Trotz dieser Bauaktivität blieb die politische Bedeutung Jerusalems überschaubar. Die Stadt hatte wahrscheinlich kaum noch 10000 Einwohner, und ihre wichtigste Einnahmequelle waren christliche Pilger, die manchmal für Lösegeld entführt wurden.¹⁹

OSMANISCHES REICH

Nach seinem Sieg über die Mamluken zog 1516 Sultan Selim I. in Jerusalem ein. Bis auf kurze Ausnahmen sollten die Osmanen Jerusalem 400 Jahre lang beherrschen. Sie machten die Stadt zur Bezirkshauptstadt. Vier Jahre später, ab 1520, prägte Sulaiman der Prachtige als neu-

er Sultan das heutige Stadtbild vor allem durch die Errichtung der Stadtmauer. Trotz derartiger Investitionen diente Palästina den Osmanen hauptsächlich als Korridor für den Hadsch, die islamische Pilgerfahrt, von Damaskus nach Mekka. So verwandelte die Stadt sich in das verlassene, heruntergekommene Bergdorf, das europäische Besucher im 19. Jahrhundert mit Abscheu beschrieben. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts lebten in ganz Palästina wohl kaum mehr als 250000 Menschen. Jerusalem hatte laut einer Schätzung des englischen Malers William Turner 1815 nur 26000 Einwohner.²⁰

Der Einmarsch ägyptischer Truppen des ehemaligen osmanischen Vasallen Muhammad Ali 1831 gab den Startschuss für die Modernisierung Palästinas.²¹ Die von Ali eingeführten Reformen modernisierten nicht nur das Militär und das Steuerwesen, sondern brachten auch europäische Experten und westliche Ideen in den Nahen Osten. Die Osmanen konnten Jerusalem nur dank britischer Hilfe 1839 zurückerobern; Alis Reformen konnten sie jedoch nicht in allen Fällen wieder rückgängig machen. So wurde Jerusalem nach Istanbul wahrscheinlich zur zweiten Stadt im Osmanischen Reich, in der Vertreter verschiedener Bevölkerungsgruppen in einem gewählten Stadtrat vertreten waren.

Die Einwanderung europäischer Missionare und die osmanische Landreform 1858 trugen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Entwicklung des Landes und Jerusalems bei. Auch strömten immer mehr Pilger in das Land, nach 1870 an die 20000 pro Jahr. Für sie wurde 1868 die Bergstraße nach Jaffa, der Hafenstadt Jerusalems, befestigt; 1892 zischte die erste Eisenbahn Asiens die Bergstrecke hinauf. Vor Beginn des Ersten Weltkrieges 1914 zählte der osmanische Zensus für Palästina 722000 Einwohner, davon 83 Prozent Muslime, elf Prozent Christen und fünf Prozent Juden. In Jerusalem bildeten die Juden laut einem osmanischen Zensus 1905 mit 13300 von insgesamt 32400 Personen die größte Bevölkerungsgruppe.²²

16 Vgl. Ronnie Ellenblum, *The Collapse of the Eastern Mediterranean: Climate Change and the Decline of the East, 950–1072*, New York 2012.

17 Zu der zentralen Rolle, die religiöse Propaganda in diesem Sinneswandel spielte, vgl. Ofer Livne-Kafri, *On Jerusalem in Early Islam*, in: *Cathedra* 51/1989, S. 35–66 (Hebräisch).

18 Vgl. Amin Maalouf, *Der Heilige Krieg der Barbaren. Die Kreuzzüge aus Sicht der Araber*, München 2003.

19 Vgl. Yaron (Anm. 7), S. 155f.

20 Vgl. Ruth Kark/Michal Oren-Nordheim, *Jerusalem and Its Environs: Quarters, Neighborhoods, Villages, 1800–1948*, Detroit 2001, S. 28.

21 Vgl. Gudrun Krämer, *Geschichte Palästinas*, München 2015.

22 Vgl. Usiel Oscar Schmelz, *Population Characteristics of Jerusalem and Hebron Regions According to Ottoman Census of 1905*, in: Gad G. Gilbar (Hrsg.), *Ottoman Palestine, 1800–1914*, Leiden 1990, S. 15–68, hier S. 35.

ERSTER WELTKRIEG UND MANDATSZEIT

Der Sieg der Briten im Ersten Weltkrieg mit der Eroberung Palästinas 1917 legte den Grundstein für den israelisch-palästinensischen Konflikt. Im Laufe des Krieges machte London vielerlei Versprechungen an potenzielle Verbündete, obschon diese sich gegenseitig widersprachen. Sir Henry McMahon, britischer Oberkommissar in Kairo, versprach dem Scharifen Hussein bin Ali, Anführer des späteren arabischen Aufstands, in einer Korrespondenz 1915/16 ein haschemitisches Königreich in „Groß-Syrien“. Die Briten wollten eine Rebellion und bauten auf gute Beziehungen zum künftigen Herrscher Mekkas, um so Einfluss auf Millionen Muslime in der Kronkolonie Indien zu nehmen.

Zur selben Zeit arbeitete der britische Diplomat Mark Sykes einen Geheimvertrag mit den Franzosen aus. Gemeinsam mit François Georges-Picot, dem französischen Generalkonsul in Beirut, verfasste er 1916 das nach ihnen benannte Abkommen, das den Nahen Osten unter den Großmächten aufteilte. Ein Jahr später versprachen die Briten in der sogenannten Balfour-Deklaration der Zionistischen Weltorganisation die Errichtung einer „nationalen Heimstätte“ in Palästina. Jenseits religiöser oder romantischer Beweggründe wollten sie so ein vermeintliches „Weltjudentum“ und die machtvolle jüdische Lobby in den USA für sich gewinnen. Zudem versprach man sich von einem britischen Protektorat über ein jüdisches Palästina eine Machtbasis nahe dem Suezkanal. Indem die Briten Jerusalem sowohl den Arabern, als auch den Zionisten und zugleich sich selbst versprachen, verwandelten sie die verschlafene kleine Bergstadt in einen Brennpunkt internationaler Konflikte.²³

Im Juni 1922 erhielten die Briten vom Völkerbund das Mandat für Palästina. Ihre Herrschaft und die Zuwanderung Hunderttausender zionistischer Juden, die die Fundamente für die Gründung eines unabhängigen Staates legten, bescherten dem Land einen wirtschaftlichen Aufschwung. Das zog auch Zuwanderung aus dem arabischen Umland nach sich.²⁴

Zwar war es schon bei der ersten jüdischen Einwanderungswelle 1882 zu gewaltsamen Aus-

einandersetzungen gekommen, doch waren deren Hintergründe lokaler Natur gewesen. Mit dem britischen Mandat und dem ausdrücklichen Plan der Errichtung einer „nationalen Heimstätte“ für die Juden wuchs jedoch der Unmut der arabischen Bevölkerung. So wurden 1920 bei den Unruhen während des alljährlichen Nabi-Musa-Festes fünf Juden und vier Araber getötet, zudem wurden 216 Juden und 23 Araber verletzt. Es war der erste Zusammenstoß der nationalen Befreiungsbewegungen von Juden und Palästinensern.

Angesichts der anhaltenden Einwanderung zionistischer Juden radikalisierte sich der palästinensische Widerstand. 1929 kam es erneut zu gewaltsamen Ausschreitungen, die sich – wie schon neun Jahre zuvor – am Gerücht entzündeten, die Juden wollten den Tempelberg an sich reißen. In den einwöchigen Unruhen wurden mindestens 133 Juden von Arabern getötet, zudem verloren 116 Araber ihr Leben, ein Großteil davon durch britische Polizisten. Die 800 Jahre alte jüdische Gemeinde von Hebron, eine der ältesten im Land, wurde ausgelöscht.²⁵ Nur sieben Jahre später rief der Großmufti von Jerusalem, Hadsch Amin al-Husseini, zu einem Generalstreik auf. Dieser mündete bald in einen weiteren Aufstand gegen die Briten und die jüdische Einwanderung, der bis 1939 andauerte. Vor dem Hintergrund eines drohenden neuen Krieges gegen Nazi-Deutschland gingen die Briten mit äußerster Gewalt vor, um den Widerstand zu brechen. Insgesamt kamen in diesen Jahren Hunderte Briten und Juden und mehrere Tausend Araber ums Leben.²⁶

Der Aufstand hatte letztlich drei Folgen: *Erstens* wurde die arabische Bevölkerung radikalisiert und ihre potenzielle Führungsschicht von den Briten erheblich geschwächt, was sich im ersten arabisch-israelischen Krieg zehn Jahre später verheerend auswirkte. *Zweitens* wurde die jüdische Einwanderung drastisch eingeschränkt, was die Zionisten gegen die Briten aufbrachte. Und *drittens* richteten die Briten die sogenannte Peel-Kommission ein. Diese schlug erstmals die Teilung des Landes in einen jüdischen und einen arabischen Staat vor und entwickelte die Idee, Jerusalem keiner der beiden Streitparteien zuzuschlagen, sondern für unbegrenzte Zeit einem britischen

²³ Vgl. Yaron (Anm. 7), S. 172f.

²⁴ Vgl. Tom Segev, *Es war einmal ein Palästina: Juden und Araber vor der Staatsgründung Israels*, München 2005.

²⁵ Vgl. ebd.

²⁶ Zu den diversen Schätzungen vgl. Zionism and Israel Information Center, *Encyclopedic Dictionary*, Stichwort „Arab Revolt (in Palestine)“, o.D., www.zionism-israel.com/dic/Arab_Revolt.htm.

Mandat zu unterstellen. Die jüdische Seite sah die Vorschläge der Kommission als Verhandlungsbasis, die arabische Seite lehnte sie kategorisch ab.²⁷

STAATSGRÜNDUNG UND KRIEGE

Während des Zweiten Weltkrieges herrschte in Jerusalem gespannte Ruhe, doch nach der Kapitulation Deutschlands wurde ein Zusammenstoß zwischen Juden und Arabern unvermeidlich. Juden drängten nach dem Holocaust aus Europa nach Palästina, die Araber wollten dies verhindern. Die Spannungen nahmen zu, die Lage wurde für London untragbar. Im November 1947 beschloss die Vereinten Nationen mit der Resolution 181 die Teilung Palästinas in zwei Staaten und erklärten Jerusalem zu einem „Corpus separatum“. Die jüdische Führung akzeptierte den Plan, die arabische lehnte ihn ab. Großbritannien beendete sein Mandat am 14. Mai 1948, und Israel verkündete seine Unabhängigkeit.²⁸

Daraufhin marschierten fünf arabische Staaten ein, um den jungen Staat auszulöschen, wurden aber zurückgeschlagen. Israel machte dabei bedeutende Gebietsgewinne und kontrollierte nun 78 Prozent des Mandatsgebiets. Einzig in Jerusalem eroberte die jordanische Legion den Ostteil der Stadt, darunter die Altstadt und den Ölberg. Die Juden verloren das jüdische Viertel in der Altstadt und den Zugang zur Klagemauer.²⁹ Die arabischen Verluste waren allerdings weitaus höher: Rund 700000 Palästinenser verloren ihre Heimat, wurden entweder vertrieben oder flohen.³⁰ Jerusalem war nun für 20 Jahre eine entlang ethnischer Linien geteilte Stadt, durch die sich ein Todesstreifen zog. Israel stellte rasch klar, dass es Jerusalem als seine Hauptstadt betrachtete, und verlegte Parlament, Ministerien, den Sitz des Ministerpräsidenten, des Staatspräsidenten und des Obersten Gerichtshofes in den Westteil der Stadt. Bis zu Trumps Verkündung im Dezember 2017 wurde dies aber von keinem Staat der Welt anerkannt. Die Jordanier behandelten ihren Teil Jerusalems indes eher stiefmütterlich.

27 Vgl. Segev (Anm. 24).

28 Vgl. Friedrich Schreiber/Michael Wolffsohn, *Nahost: Geschichte und Struktur des Konflikts*, Opladen 1992³.

29 Vgl. Chaim Herzog, *The Arab-Israeli Wars*, New York 2005.

30 Eine Liste mit den unterschiedlichen Schätzungen findet sich hier: https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_estimates_of_the_Palestinian_Refugee_flight_of_1948.

Im Juni 1967 griff Israel zum Präventivschlag, um einer ägyptischen Invasion zuvorzukommen.³¹ Jordanien trat an Kairo Seite in den Krieg ein und eröffnete in Jerusalem eine zweite Front.³² Innerhalb von sechs Tagen besiegte Israel mehrere arabische Armeen und eroberte die Sinai-Halbinsel, das Westjordanland, den Gazastreifen und die Golanhöhen. Emotional am bedeutendsten war aber die Eroberung der Altstadt mit der Klagemauer.

Jerusalem wurde unter israelischer Herrschaft vereint, die Stadtgrenzen nur wenige Tage nach dem Krieg auf Kosten 28 umliegender Dörfer ausgedehnt. War Israel andernorts zu territorialen Kompromissen bereit – den Sinai räumte es für Frieden mit Ägypten, den Gazastreifen 2005 –, machte die Regierung in Jerusalem klar, dass die Stadt nie wieder geteilt werden würde. Der Ostteil wurde zwar erst 1980 förmlich annektiert, doch man begann sofort, Israelis jenseits der „grünen Linie“, die die Waffenstillstandslinie zu Jordanien markiert hatte, massiv anzusiedeln, um die Mehrheit in der Stadt zu behalten.³³ Zugleich behinderten die Behörden das Wachstum der arabischen Bevölkerung mit bürokratischen Mitteln.³⁴ Erfolgreich war diese Strategie nicht: Stellten Palästinenser 1967 rund ein Viertel der Stadtbewohner, waren 2015 bereits 37 Prozent ihrer insgesamt 865700 Einwohner arabisch.³⁵

Kurz vor dem Sechstagekrieg wurde in Jerusalem die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) gegründet. Ursprünglich als Instrument ägyptischer Außenpolitik konzipiert, führte das Trauma der arabischen Niederlage zu einem Sinneswandel. Anfangs machte sie hauptsächlich als Terrororganisation auf sich aufmerksam. Dennoch wurde die PLO unter Yassir Arafats Führung in den 1970er Jahren von immer mehr Staaten als legitime Vertreterin der Palästinenser anerkannt. Dennoch konnte sie keine diplomatischen Fortschritte vorweisen und wurde 1982 im zweiten Libanonkrieg von Israel bis nach Tu-

31 Vgl. Michael B. Oren, *Six Days of War: June 1967 and the Making of the Modern Middle East*, New York 2003.

32 Vgl. Tom Segev, *1967: Israels zweite Geburt*, München 2007.

33 Vgl. Menachem Klein, *Jerusalem: The Contested City*, London 2001.

34 Vgl. Yaron (Anm. 7), S. 230ff.

35 Vgl. Jerusalem Institute for Policy Research, *Jerusalem – Facts and Trends 2017*, Kap. 2: Population, Jerusalem 2017, <http://en.jerusalemresearch.org.il/upload/publications/Jerusalem%20Facts%20and%20Trends%20-%202017.Population.pdf>.

nis vertrieben. Die Palästinenser in den besetzten Gebieten begannen daraufhin 1987 die erste Intifada. Die ausufernde Gewalt verdeutlichte den Bewohnern Jerusalems, dass die Stadt geteilt bleiben würde: Juden mieden den arabischen Ostteil, Araber den jüdischen Westteil.

GESCHEITERTER FRIEDENSPROZESS

Doch die Intifada bereitete auch dem Friedensprozess den Weg. Sie machte Israels Führung klar, dass sie die Besatzung eines Tages beenden muss, wenn sie Israels jüdischen und demokratischen Charakter erhalten möchte. Eine massive jüdische Einwanderungswelle aus der zusammengebrochenen Sowjetunion erzeugte zugleich bei der PLO Druck, eine ausgehandelte Lösung zu finden, bevor Israel zu stark wurde. Das Resultat war der Osloer Friedensprozess.³⁶ Israel und die PLO erkannten sich 1993 gegenseitig an³⁷ und nahmen Verhandlungen über eine Endstatuslösung auf. Dabei erwies sich Jerusalem als einer der größten Stolpersteine.

Nach der Ermordung des Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin durch einen israelischen Extremisten im November 1995 führte der Kandidat des rechten Lagers, Benjamin Netanyahu, unter anderem mit der Drohung Wahlkampf, sein Kontrahent Shimon Peres werde Jerusalem teilen. Die Angst vor einer solchen Teilung, gekoppelt mit einer Reihe schwerer Attentate durch Palästinenser, entschied die Wahl schließlich zu Netanyahus Gunsten. Dieser legte daraufhin den Friedensprozess auf Eis.

36 Vgl. Yaron (Anm. 7), S. 244.

37 Es ist umstritten, ob die PLO Israels Existenzrecht tatsächlich anerkannt hat. Vgl. zu dieser Debatte Hussein Ibish, *How Many Times Must the Palestinians Recognize Israel?*, 13.3.2014, www.haaretz.com/1.5333475 (mit Paywall); Caroline Glick, *Why Make Light of PLO Non-Recognition of Israel*, 3.10.2014, <http://carolineglick.com/why-make-light-of-plo-non-recognition-of-israel/>; und seit Trumps Entscheidung, die US-Botschaft nach Jerusalem zu verlegen: Jeremy B. White, *Palestinian Leaders Call on PLO to Suspend Recognition of Israel in Latest Fallout from Trump Jerusalem Decision*, 15.1.2018, www.independent.co.uk/a8161006.html.

38 Vgl. Josef Federman, *Abbas Admits He Rejected 2008 Peace Offer from Olmert*, 19.11.2015, www.timesofisrael.com/abbas-admits-he-rejected-2008-peace-offer-from-olmert/.

39 Vgl. Gil Yaron, *Hopes for Palestinian Unity Delayed*, 3.12.2017, www.straitstimes.com/world/middle-east/hopes-for-palestinian-unity-delayed.

40 Vgl. ders., *Wie Mahmud Abbas zum Autokraten mutiert*, 30.11.2016, www.welt.de/article159850628.

Sein Nachfolger Ehud Barak versuchte im Jahr 2000, in Camp David eine Lösung mit Arafat auszuhandeln, was ihm jedoch nicht gelang. Wieder war Jerusalem, insbesondere der Tempelberg, das größte Hindernis. Als bekannt wurde, dass Barak über die Zukunft Jerusalems verhandeln wollte, zerbrach seine Regierung. Arafat selbst war zu keinerlei Zugeständnissen bereit und weigerte sich, jede jüdische Bindung an die Stadt anzuerkennen. Es folgten die zweite Intifada, eine andauernde Terrorkampagne und letztlich der komplette Zusammenbruch von Verhandlungen. Zahlreiche Attentate, vor allem in Jerusalem, führten bei Israels Premier Ariel Sharon schließlich zu der Überzeugung, dass ein Bollwerk gegen das Eindringen von Terroristen gebaut werden müsse. So entstand in Jerusalem eine Mauer.

Sharon erlitt 2006 eine Gehirnblutung, und Ehud Olmert übernahm sein Amt. Dieser belebte die Verhandlungen mit Mahmud Abbas, dem Nachfolger Arafats, und machte diesem 2008 das bislang weitreichendste Angebot: Die Räumung fast des kompletten Westjordanlands und eine Teilung Jerusalems, in deren Rahmen die Altstadt unter internationale Aufsicht kommen sollte. Abbas lehnte ab.³⁸ Kurz darauf trat Olmert wegen eines Korruptionsskandals zurück, Netanyahu gewann 2009 erneut die Wahlen. Unter ihm und Abbas endeten die Friedensgespräche.

Die Lage ist seither immer komplizierter geworden. Die palästinensische Gesellschaft ist scheinbar unwiderruflich gespalten,³⁹ seit 2006 herrscht die radikalislamische Hamas in Gaza. Sie lehnt jeden ausgehandelten Kompromiss mit Israel ab. Die Legitimität von Abbas Herrschaft ist fünf Jahre nach Ablauf seiner legalen Amtszeit indes mehr als fraglich.⁴⁰ Nur eine Konstante ist geblieben: Die Palästinenser fordern weiterhin den Ostteil der Stadt, einschließlich der Altstadt und des Tempelberges, als Hauptstadt für ihren Staat. Und Israels Regierungen unter Netanyahu bauen die jüdische Präsenz im Ostteil Jerusalems immer weiter aus. Eine Aufteilung der Stadt – und somit eine Einigung, die von beiden Seiten getragen wird – wird so immer unwahrscheinlicher.

GIL YARON

ist promovierter Arzt, Journalist und Buchautor. Seit 2014 ist er Nahost-Korrespondent der „Welt“.

DIE JERUSALEMFRAGE IM ISRAELISCH-PALÄSTINENSISCHEN KONFLIKT

Jan Busse · Stephan Stetter

Jerusalem ist einer der zentralen Streitpunkte in dem seit gut hundert Jahren andauernden israelisch-palästinensischen Konflikt. In diesem Beitrag wollen wir aufzeigen, welche Überlegungen – sei es durch lokale oder externe Akteure – angestellt wurden, um die Jerusalemfrage friedlich zu regeln. Da eine solche Konfliktlösung jedoch bisher nicht erreicht wurde, es sehr wohl aber – oft unter sehr ungleichen Machtverhältnissen – Phasen politischer Stabilität und Koexistenz in Jerusalem gab, wird zudem die Realität des Konfliktmanagements skizziert. Dabei widmen wir uns den diversen Versuchen, Jerusalem zum Ausgangs- beziehungsweise Endpunkt einer Friedensregelung zu machen, sei es durch internationale Aktivitäten oder Initiativen von Israelis und Palästinensern. Wir schließen mit einer Einordnung der jüngsten politischen Initiative der Trump-Administration mit Blick auf Jerusalem und Handlungsmöglichkeiten der EU.

HISTORISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE EINBETTUNG

Der Israel-Palästina-Konflikt ist seit vielen Jahrzehnten einer der zentralen Konflikte der internationalen Politik, der aufgrund der ihm unterstellten Bedeutung oftmals auch zum Schlüsselkonflikt des Nahen Ostens erhoben wird.⁰¹ Zwei zentrale Ausgangsprämissen sollten hierbei aber im Blick behalten werden: Erstens ist zu beachten, dass der Konflikt um Jerusalem aus historischen Konstellationen der Neuzeit entstanden ist und keineswegs eine (ungebrochene) jahrtausendealte Kontinuität hat.⁰² Zweitens sollte nicht vergessen werden, dass Jerusalem auch eine „normale“ moderne Stadt ist, in der Menschen leben, arbeiten und einem Alltag nachgehen.

Es sind insbesondere zwei große Entwicklungen des 19. Jahrhunderts, die den Jerusalemkon-

flikt geprägt haben. Das ist zum einen die Herausbildung internationaler Herrschaftsansprüche über Jerusalem in der Endphase des Osmanischen Reiches, zum anderen das Entstehen zweier nationalistischer Bewegungen – dem politischen Zionismus einerseits und dem arabischen und palästinensischen Nationalismus andererseits. Oft unter Berufung auf echte oder vermeintliche historische Fakten und religiöse Legitimierungsmuster gingen diese ebenfalls mit Herrschaftsansprüchen einher.

Noch Mitte des 19. Jahrhunderts gab es kaum internationale Presseberichterstattung über die Stadt, die sich – auch aus Sicht des Sultans in Istanbul – in einem relativ peripher gelegenen Verwaltungsteil (Sandschak) des Osmanischen Reiches befand. Jerusalem war zweifelsohne religiös bedeutsam, aber hieraus leiteten sich keine direkten politischen Machtansprüche lokaler muslimischer, christlicher oder jüdischer Akteure oder externer Mächte ab. Das himmlische Jerusalem war Bezugspunkt, nicht das irdische Jerusalem, um das es – mit Ausnahme von Napoleons kurzer und gescheiterter Nahostmission 1799 – keinen nennenswerten politischen Streit gab.

Dies änderte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts,⁰³ vor allem durch Entwicklungen auf internationaler Ebene. Man kann von einer regelrechten Entdeckung Jerusalems durch die europäischen (Groß-)Mächte sprechen, beginnend mit dem zaristischen Russland, Großbritannien, Frankreich und gefolgt vom Deutschen Reich und anderen. Jerusalem wurde in kurzer Zeit zu einer „symbolically loaded site of imperial rivalry“ – und europäische Touristen, Gläubige, Intellektuelle und Reiseschriftsteller wurden in den Sog dieser Jerusalem-Begeisterung gezogen.⁰⁴ Der Kampf um Einfluss ging der tatsächlichen Inbesitznahme der Stadt deutlich voraus – dabei wurde gar von einem „Krieg der

europäischen Konsuln“ gesprochen.⁰⁵ Diese versuchten einerseits, dem Osmanischen Reich Privilegien abzurufen, andererseits waren sie darum bemüht, ihre europäischen Kontrahenten auszustechen, zum Beispiel, indem sie sich als Schutzmächte bestimmter Bevölkerungsgruppen vor Ort inszenierten.

Ebenfalls Ende des 19. Jahrhunderts kamen weitere Machtansprüche hinzu: namentlich die Ansprüche lokaler Akteure auf kulturelle, politische und bald auch auf nationale Selbstbestimmung gegenüber dem Osmanischen Reich und später Großbritannien. Sowohl die in den 1890er Jahren in Europa entstandene zionistische Bewegung, die im historisch-biblischen Israel einen Ausweg aus den europäischen Nationalstaaten mit ihren fehlenden Integrationsmöglichkeiten für jüdische Staatsangehörige suchte, als auch der seit den 1830er Jahren in Ägypten aufgekommene arabische und dann auch palästinensische Nationalismus führten zu territorialen Machtansprüchen im Sandschak Jerusalem.⁰⁶ Allerdings stand zu diesem Zeitpunkt nicht Jerusalem im Zentrum des Interesses, sondern vielmehr das Entstehen genuiner jüdischer und arabischer Autonomie- und Unabhängigkeitsbewegungen. Dass freilich Jerusalem Teil des jeweils beanspruchten Gebietes sein sollte, stand außer Frage. Zum zentralen Konfliktthema wurde die Stadt aber erst ab den 1920er Jahren.

Hier setzt die zweite Ausgangsprämisse ein – nämlich, dass Jerusalem auch eine „normale“ Stadt mit alltäglichem Leben für ihre Bewohner ist. Zu beachten ist hier, dass die Stadt noch weit bis ins 19. Jahrhundert auf den Bereich der heutigen Altstadt begrenzt war. Arabische, jüdische und internationale Besiedlung außerhalb der Stadtmauern fand erst spät statt; aber durch den

Bau von Wohnungen, Krankenhäusern, Schulen und Universitäten, modernen Einkaufsstraßen, Theatern und Hotels ist Jerusalem zu einer modernen Großstadt geworden. Sowohl für die arabische als auch für die jüdische Bevölkerung ist die Stadt nicht mehr nur ein religiöses, sondern auch ein politisches, kulturelles, intellektuelles und wirtschaftliches Zentrum.

Dies verweist darauf, dass eine etwaige Friedensregelung nicht nur dem Bedürfnis der zwei Konfliktparteien und der internationalen Gemeinschaft nach Grenzen und territorialen Ansprüchen gerecht werden muss, sondern auch dem guten alltäglichen (Zusammen-)Leben – oder mit anderen Worten: der *human security* der vielfältigen Stadtbevölkerung – dienen sollte.

INTERNATIONALE VERSUCHE DER KONFLIKTREGELUNG

Der Israel-Palästina Konflikt und die Jerusalemfrage haben unmittelbare Auswirkungen auf das alltägliche Zusammenleben zwischen Israelis und Palästinensern in der Stadt. Seit der Eroberung und darauffolgenden De-facto-Annexion Ost-Jerusalems im Sechstagekrieg 1967 verfolgt die israelische Politik mehrheitlich das Ziel, eine erneute Teilung Jerusalems unbedingt zu verhindern, was sich in verschiedenen Maßnahmen der israelischen Behörden äußert. Neben der unilateralen Neuordnung der Stadtgrenzen, Siedlungsbau, der restriktiven Vergabe von Baugenehmigungen und daraus resultierenden Hauszerstörungen sorgt auch der Entzug von Aufenthaltsgenehmigungen nicht nur für eine geografische Fragmentierung palästinensischer Stadtviertel, sondern auch für erhebliche Einschränkungen in der individuellen Lebensführung der palästinensischen Bevölkerung Ost-Jerusalems.⁰⁷

Gewaltsame Eskalationen zwischen Israelis und Palästinensern haben zudem immer wieder ihren Ursprung in Jerusalem, und es wurden auch immer wieder israelische und palästinensische Zivilisten Opfer solcher Entwicklungen. In den vergangenen Jahren bestand eine solche Gefahr der Eskalation vor allem dann, wenn aus palästinensischer Sicht der sogenannte Status quo am

01 Vgl. Muriel Asseburg/Jan Busse, *Der Nahostkonflikt. Geschichte, Positionen, Perspektiven*, München 2016.

02 Vgl. Stephan Stetter, *World Society and the Middle East. Reconstructions in Regional Politics*, Houndmills 2008.

03 Vgl. Simon Sebag Montefiore, *Jerusalem. Die Biographie*, Frankfurt/M. 2011.

04 Jan Busse, *Deconstructing the Dynamics of World-Societal Order. The Power of Governmentality in Palestine*, London 2018, S. 26.

05 Bernhard Wasserstein, *Jerusalem. Der Kampf um die Heilige Stadt*, München 2002, S. 31.

06 Vgl. Michael Brenner, *Israel. Traum und Wirklichkeit des jüdischen Staates*, München 2016; Rashid Khalidi, *Palestinian Identity. The Construction of Modern National Consciousness*, New York 2010.

07 Vgl. UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), *East Jerusalem. Key Humanitarian Concerns*, Jerusalem 2011, www.ochaopt.org/sites/default/files/ocha_opt_jerusalem_report_2011_03_23_web_english.pdf.

Heiligen Plateau infrage gestellt wurde. Dieses informelle Arrangement umfasst die Regelung, dass grundsätzlich jeder Zugang zum Tempelberg beziehungsweise *Haram al-Sharif* (so die arabische Bezeichnung) erhält, aber nur Muslime dort beten dürfen. Da jedoch insbesondere national-religiöse Juden – darunter teilweise auch israelische Politiker – immer wieder versuchen, dort zu beten, sehen die Palästinenser diesen Status quo gefährdet, was sich in gewaltsamen Konfrontationen entlädt.⁰⁸

Internationale Versuche der Konfliktregelung in der Jerusalemfrage stehen in direktem Bezug zu den im 19. und frühen 20. Jahrhundert formulierten externen Machtansprüchen in der Levante. So betrachteten das Osmanische Reich und europäische Mächte Jerusalem als ihre Interessensphäre und versuchten, auf Grundlage imperialer Herrschaft über die Stadt und ihre Bewohner „Frieden“ herbeizuführen.

Das Entstehen einer expliziten Jerusalemfrage in dieser Zeit zeigt aber auch, wie der gleichzeitig entstehende Anspruch auf nationale Selbstbestimmung arabischer und jüdischer Akteure den Herrschaftsanspruch externer Mächte immer mehr unterminierte. Unter dem Druck zunehmender Gewalt zwischen Juden und Palästinensern einerseits und lokaler Gewaltakte gegen die Mandatsmacht andererseits setzten die Briten 1936 eine Untersuchungskommission ein, um nach Gründen für die Eskalation und Lösungsvorschlägen für die Befriedung zu suchen. Die sogenannte Peel-Kommission entwickelte die bis heute in unterschiedlichen Schattierungen dominante internationale Konfliktlösungsidee (a) einer Zweistaatenlösung, also einem grundsätzlichen Verzicht auf internationale Herrschaftsansprüche zugunsten lokaler nationaler Ansprüche und (b) einer Sonderrolle Jerusalems, für das aufgrund seiner politischen und kulturellen Bedeutung ein britisches Mandat als Überbleibsel internationaler Herrschaft erhalten bleiben sollte.

Die Ausgangslage änderte sich nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des britischen Mandats: Das Interesse der internationalen Gemeinschaft an Jerusalem hat zwar nicht nachgelassen, sich aber deutlich verschoben. Seither steht nicht mehr der Anspruch internationaler Herrschaft im Vordergrund, sondern vielmehr das Einhegen des

Nahostkonfliktes sowie das Abstecken von rechtlichen und politischen Parametern für eine grundsätzlich von den lokalen Parteien zu erreichende Lösung der Jerusalemfrage. In Anlehnung an die Peel-Kommission griff der UN-Teilungsplan von 1947 die Idee der Zweistaatenlösung auf. Zugleich enthielt er eine abgeänderte Form internationaler Herrschaft über Jerusalem: Die Stadt sollte zwar nicht mehr Herrschaftsgebiet eines externen Staates sein, aber durch das Rechtskonstrukt des „Corpus separatum“ unter internationale Kontrolle gestellt werden.⁰⁹ Aufgrund des ersten israelisch-arabischen Krieges von 1948 kam beides jedoch nicht zur Umsetzung, Israel eroberte West-Jerusalem, und jordanische Truppen brachten Ost-Jerusalem unter ihre Kontrolle. Die Idee der Internationalisierung Jerusalems fand so ihr Ende.

Eine weitere zentrale Wende war dann die israelische Eroberung Ost-Jerusalems im Kontext des Sechstage- beziehungsweise Junikrieges 1967, der 1980 die formale Annexion Ost-Jerusalems durch Israel folgte.¹⁰ Diese hatte international insoweit signifikante Folgen, als sie einen Prozess der Legalisierung des israelisch-palästinensischen Konfliktes im Allgemeinen und der Jerusalemfrage im Speziellen auf Ebene des Völkerrechts auslöste.¹¹ Seither bildete sich ein breiter internationaler rechtlicher Konsens heraus, der insbesondere durch mehrere Resolutionen des UN-Sicherheitsrates getragen wird.¹² Demnach ist Ost-Jerusalem nicht zum israelischen Hoheitsgebiet zu zählen, und die Waffenstillstandslinie von 1949, die sogenannte Grüne Linie, die quer durch Jerusalem verläuft, ist als quasi-internationale Grenze zwischen Israel und einem palästinensischen Staat normativ verankert. Zwar gibt es insbesondere in den USA gegenläufige Auffassungen, aber auf rechtlicher

09 Eine solche „multilaterale“ Lösung war bereits unter anderen Vorzeichen während des Ersten Weltkrieges im Sykes-Picot-Abkommen mit dem Konzept einer gemeinsamen alliierten Verwaltung Jerusalems durch Frankreich und Großbritannien angedacht, wurde aber aufgrund des zuerst erfolgten britischen Einmarsches im Sandschak Jerusalem nie implementiert.

10 Vgl. Jan Busse/Stephan Stetter, Das Jahr, das den Nahen Osten veränderte, in: APuZ 5–7/2017, S. 27–33.

11 Vgl. Stephan Stetter, The Legal Foundations of Normative Borders and Normative Orders. Individual and Human Rights and the Israel-Palestine-EU Triangle, in: Raffaella A. Del Sarto (Hrsg.), *Fragmented Borders, Interdependence and External Relations*, Houndmills 2015, S. 155–178.

12 Hier sind vor allem die Resolutionen 242 von 1967, 338 von 1973 und 2334 von 2016 zu nennen.

08 Vgl. International Crisis Group, *The Status of the Status Quo at Jerusalem's Holy Esplanade*, Middle East Report 159/2015.

Ebene wurde der Anspruch beider Konfliktparteien auf unterschiedliche Teile Jerusalems zunehmend kodifiziert und in den 2000er Jahren auch in der Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofes und des Europäischen Gerichtshofes höchstrichterlich bestätigt.¹³

Dies sollte aber nicht zu dem Schluss verleiten, dass die internationale Gemeinschaft diesen Konsens auch politisch durchsetzt. Hier ist eher von einer moderaten Einflussnahme zu sprechen. Die internationale Gemeinschaft folgt im Wesentlichen der Leitidee einer externen Unterstützung der Konfliktparteien, im Rahmen eines Friedensprozesses eine gemeinsame Lösung der Jerusalemfrage zu erreichen. Ein stärkeres politisches Engagement mit Blick auf Jerusalem hat sich daher auch erst ab 1993 mit dem Osloer Friedensprozess eingestellt und dies eher auf zwischenstaatlicher Ebene durch US-amerikanische Vermittlung als durch eine „Multilateralisierung“.¹⁴

Am weitesten ging bisher US-Präsident Bill Clinton, der im Dezember 2000 nach Verhandlungen in Camp David mit den sogenannten Clinton-Parametern konkrete und von der israelischen und palästinensischen Delegation grundsätzlich akzeptierte Lösungsvorschläge für eine Regelung der Jerusalemfrage vorlegte. Sie sahen vor, dass in Jerusalem – auch in der Altstadt – jüdische Gebiete israelisch und arabische Gebiete palästinensisch sein sollen. Freilich scheiterten die Friedensbemühungen, und die Parameter wurden nie umgesetzt, was durch den fortschreitenden israelischen Siedlungsbau in Ost-Jerusalem inklusive der Altstadt ohnehin erschwert gewesen wäre.

Seit dem Scheitern der Verhandlungen in Camp David und 2001 im ägyptischen Taba dominiert ein internationales, moderat intervenierendes Konfliktmanagement. So wurde als Reaktion auf die sogenannte al-Aqsa-Intifada, die im September 2000 durch einen umstrittenen Besuch des damaligen israelischen Oppositionsführers Ariel Sharon auf dem Heiligen Plateau ausgelöst wurde, das Nahost-Quartett (USA, Russland, UN, EU) gegründet. Zahlreiche Er-

klärungen des Quartetts wie insbesondere die sogenannte Roadmap von 2002 stärken die internationale Rechtsauffassung der Völkerrechtswidrigkeit der israelischen Besetzung Ost-Jerusalems und den grundsätzlichen Anspruch beider Konfliktparteien auf die Stadt.

Dies gilt auch für die in dieser Hinsicht mit einer langen Tradition antiisraelischer Politik brechende Friedensinitiative der Arabischen Liga von 2002, die sich grundsätzlich an den international anerkannten Parametern zur Konfliktregelung orientiert und somit eine Konvergenz mit der internationalen Rechtsauffassung eingeleitet hat. In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist darüber hinaus eine zunehmende Fokussierung auf die gesellschaftliche Bedeutung Jerusalems zu beobachten, die sich einerseits in Berichten von Nichtregierungsorganisationen wie der International Crisis Group (ICG) ausdrückt, die die humanitäre Situation in Ost-Jerusalem dokumentieren, oder in den jährlichen Berichten der EU-Botschafter zur Situation in Jerusalem, in der die Bedeutung alltäglicher *human security* ebenfalls verstärkte internationale Beachtung findet.¹⁵

Unbeschadet der Relevanz insbesondere der rechtlichen Kodifizierung des grundsätzlichen Anspruchs beider Konfliktparteien auf Jerusalem und moderater internationaler Vermittlung durch die USA oder das Quartett verzichtet jedoch die internationale Gemeinschaft auf umfassendere Intervention und direkten Zwang. Zwar wird die Rolle Jerusalems als global bedeutende Stadt und Zentrum dreier Weltreligionen betont, hieraus aber kein Anspruch verstärkter internationaler Einmischung abgeleitet – wenn man von immer wieder aufkeimenden Überlegungen einer internationalen Sicherheitspräsenz der USA, der NATO oder anderen Akteuren nach einer (bisher nicht erfolgten) lokalen Friedenslösung für Jerusalem absieht.

REGELUNGSANSÄTZE DER KONFLIKTPARTEIEN

Zwischen den Konfliktparteien stand ab 1967 zunächst die Realität des Konfliktmanagements im Vordergrund. Konkret hieß dies nach israelischer

¹³ Vgl. International Court of Justice, Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory, Advisory Opinion, 9.7.2004, www.icj-cij.org/files/case-related/131/131-20040709-ADV-01-00-EN.pdf; Europäischer Gerichtshof, Urteil vom 25.2.2010, Firma Brita vs. Hauptzollamt Hamburg-Hafen, www.jurion.de/urteile/eugh/2010-02-25/c-386_08-1.

¹⁴ Vgl. Asseburg/Busse (Anm. 1).

¹⁵ Die Berichte der ICG im Dossier Israel/Palästina sind zu finden unter www.crisisgroup.org/middle-east-north-africa/eastern-mediterranean/israelpalestine. Zu den Berichten der EU-Botschafter siehe etwa EU Report: Jerusalem Has Reached „Dangerous Boiling Point“, 20.3.2015, www.haaretz.com/1.5340360.

Lesart ein Leben in einer wiedervereinigten Stadt, wohingegen für die palästinensische Bevölkerung der Alltag der Besatzung im Vordergrund stand. Auf diplomatischer Ebene erheben Palästinenser Anspruch auf Ost-Jerusalem als Hauptstadt eines unabhängigen Staates, während für Israel grundsätzlich die Unteilbarkeit ihrer Hauptstadt zentral ist.

Oslo

Hinsichtlich der ausdrücklichen Thematisierung Jerusalems als Konfliktgegenstand in Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern sind die Oslo-Abkommen von 1993 beziehungsweise 1995 bemerkenswert. Denn einerseits beschränkte sich die durch die Abkommen vereinbarte palästinensische Selbstverwaltung auf den Gazastreifen und Teile des Westjordanlandes. Über Jerusalem erhielt die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) somit keinerlei Kontrolle. Palästinensische Bewohner Ost-Jerusalems erhielten durch die Abkommen einzig die Möglichkeit, an Wahlen für das palästinensische Parlament und die Präsidentschaft teilzunehmen. In der Praxis ließ Israel dies aber nur in Postämtern zu, um zu verdeutlichen, dass es sich nur um eine De-facto-Briefwahl handele und die PA keinerlei Anspruch auf Jerusalem habe. Andererseits sparten die Oslo-Abkommen die besonders strittigen Punkte bewusst aus, um sie in späteren Endstatusverhandlungen zu klären.

Neben jüdischen Siedlungen, palästinensischen Flüchtlingen und Gebiets- beziehungsweise Grenzfragen zählte hierzu auch die Jerusalemfrage, was ihren Stellenwert aus Sicht der Konfliktparteien verdeutlicht. Gerade für Israel war die Aussparung Jerusalems bei den Oslo-Verhandlungen von besonderer Bedeutung. So signalisierte Israels Ministerpräsident Yitzhak Rabin unmittelbar nach der Unterzeichnung des ersten Oslo-Abkommens im September 1993, dass er hinsichtlich Jerusalem zu keinerlei Zugeständnissen gegenüber PLO-Chef Yassir Arafat bereit sei: „Jerusalem must remain united under Israeli sovereignty and be our capital forever.“¹⁶ Für Rabin ermöglichten die Abkommen – und die Aufspaltung der Endstatusfragen – daher eine Konsolidierung der israelischen Kontrolle

über Jerusalem, wohingegen die palästinensischen Verhandler die Oslo-Abkommen als einen ersten Schritt auf dem Weg zu einem unabhängigen Staat mit Ost-Jerusalem als dessen Hauptstadt sahen.¹⁷

Camp David

Die unter US-Vermittlung geführten Verhandlungen von Camp David im Sommer 2000 zielten darauf ab, für genau diese Endstatusfragen eine Regelung zwischen den Konfliktparteien zu finden. Bezüglich Jerusalem wurde dort insofern ein Durchbruch erzielt, als Israelis und Palästinenser erstmalig auf offizieller Ebene über die tatsächliche Möglichkeit der Teilung Jerusalems verhandelten. Entsprechend schlug der israelische Premierminister Ehud Barak zunächst die Schaffung zweier Hauptstädte vor, „Jerusalem“ für Israelis und „al-Quds“ für die Palästinenser. Jedoch bezog sich Barak bei seiner Definition von al-Quds nur auf den Jerusalemer Vorort Abu Dis, was jedoch im fundamentalen Widerspruch zum palästinensischen Verständnis steht – ist al-Quds doch der arabische Name für ganz Jerusalem.

Barak beabsichtigte zudem eine Ausweitung der Stadtgrenzen, wodurch die an Jerusalem grenzenden Siedlungen im Westjordanland der Stadt einverleibt worden wären. Im Verlauf der Verhandlungen machte er jedoch einen deutlich weiter reichenden Vorschlag und bot der palästinensischen Seite nicht nur Souveränität über sieben äußere Stadtviertel in Ost-Jerusalem an, sondern auch über das muslimische und christliche Viertel der Altstadt. Für den Tempelberg/Haram al-Sharif sollte es eine Resolution des UN-Sicherheitsrates geben, die die Verwaltung (*custodianship*) unter anderem durch Palästina regeln würde. Barak veranlasste Clinton dazu, den Palästinensern seinen Vorschlag als eine amerikanische Idee zu präsentieren, die es nur als Gesamtpaket im Verbund mit Vorschlägen zur Regelung von Flüchtlings- und Territorialfragen entweder zu akzeptieren oder abzulehnen galt. Zudem ließ er gegenüber Arafat keinerlei Rückfragen zu, was genau unter *custodianship* zu verstehen sei.

Es war folglich nicht allein Arafats Unnachgiebigkeit – wie oft in der öffentlichen Debatte vor allem in Israel und den USA behauptet – an der

¹⁶ Zit. nach Charles D. Smith, *Palestine and the Arab-Israeli Conflict. A History with Documents*, Boston–New York 2010⁷, S. 438.

¹⁷ Vgl. ebd., S. 438f.

Jerusalem und Umland



- Grenze zwischen Israel und den seit 1967 besetzten Gebieten
- Waffenstillstandslinie 1949 („Green Line“)
- Stadtgrenze Jerusalems
- Altstadt Jerusalems
- israelische Sperranlage
- projektierte israelische Sperranlage
- Straßenbahnlinie mit Station
- Straßennetz

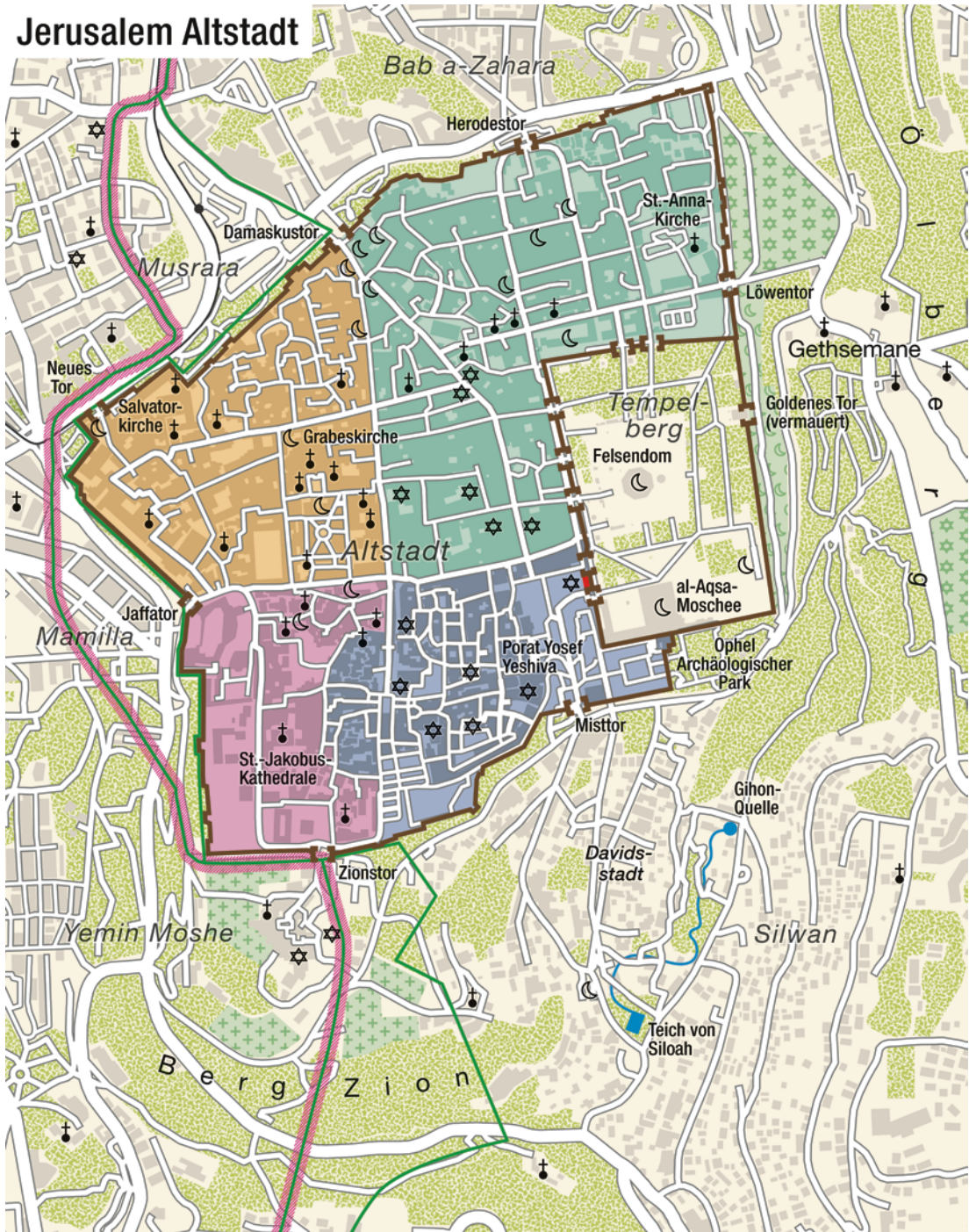
- Wohngebiete in Israel und israelische Siedlungen in Ost-Jerusalem und im Westjordanland
- palästinensische Wohngebiete in Ost-Jerusalem und im Westjordanland
- militärische Sperrgebiete
- Wald, Buschland
- Wiesen, Weiden, Grünanlagen
- sonstige Flächen

REHAVIA Stadtteil Jerusalems
 Harzan Ort außerhalb Jerusalems
 RC Flüchtlingslager

1 : 100 000
 0 2 km

© mr-kartographie, Gotha 2018

Jerusalem Altstadt



- Bebauung
- muslimischer Friedhof
- christlicher Friedhof
- jüdischer Friedhof
- Grünanlage
- Grenze zwischen Israel und den seit 1967 besetzten Gebieten
- Waffenstillstandslinie 1949 („Green Line“)

- Altstadtmauer mit Tor
- Klagemauer
- Straße
- Straßenbahn mit Station
- Religiöse Stätten**
- jüdisch
- muslimisch
- christlich

- Muslimisches Viertel
 - Christliches Viertel
 - Armenisches Viertel
 - Jüdisches Viertel
- 0 1:9 500 250 m
- © mr-kartographie, Gotha 2018

die Verhandlungen scheiterten. Vielmehr bestand ein zentrales Problem darin, dass Barak nicht bereit war, den Palästinensern seine Verhandlungspositionen schriftlich vorzulegen, sondern sie nur indirekt über die USA vorbrachte. Clinton machte sich damit die israelischen Positionen zu eigen und wich so von der Rolle des unparteiischen Maklers ab. Der Historiker Charles D. Smith hebt im Zusammenhang mit dem Scheitern der Verhandlungen hervor, dass diese zwar nicht wegen der Jerusalemfrage abgebrochen wurden, wie teilweise kolportiert wurde, ihre Lösung jedoch wesentliche Fortschritte in anderen Streitfragen ermöglicht hätte.¹⁸

Taba

Auf Grundlage der wenige Monate später vorgelegten „Clinton-Parameter“ kamen die Verhandlungsführer im Januar 2001 in Taba erneut zusammen und erzielten nun erhebliche Fortschritte in den Endstatusfragen. Anders als in Camp David verhandelten Israelis und Palästinenser ohne internationale Vermittlung in Taba direkt miteinander. Der damalige EU-Sonderbeauftragte für den Nahost-Friedensprozess, Miguel Ángel Moratinos, der als Beobachter an den Verhandlungen teilnahm, dokumentierte die Positionen beider Verhandlungsteams im Nachgang in einem „non-paper“. Demnach einigten sie sich auf Jerusalem als Hauptstadt von Israel und Palästina, inklusive palästinensischer Souveränität über die arabischen Viertel Ost-Jerusalems und Teile der Altstadt. Beachtenswert ist, dass es in Taba auch eine Abkehr vom lange dominanten Teilungsparadigma Jerusalems gab und beide Seiten grundsätzlich die Idee einer „offenen Stadt“ in Erwägung zogen. Zudem näherten sich die Konfliktparteien an Clintons Vorschlag für die heiligen Stätten an, also dass die Westmauer des Tempelplateaus (Klagemauer) unter israelischer und der Tempelberg/Haram al-Sharif ansonsten unter palästinensischer Souveränität stehen solle, ohne diesbezüglich jedoch eine Einigung zu erzielen.¹⁹

Hervorzuheben ist, dass die Teilnehmer die Taba-Verhandlungen als Grundlage für eine konstruktive Fortsetzung von Gesprächen sahen und

nicht als einmalige Gelegenheit, wie es in Camp David von Clinton vorgesehen war. Entsprechend betonten die israelischen und palästinensischen Verhandlungsführer in ihrer gemeinsamen Abschlusserklärung nicht nur die positive Atmosphäre der Gespräche, sondern auch, dass beide Seiten einer Einigung niemals so nahe gewesen seien.²⁰ Die eskalierende Al-Aqsa-Intifada und die Wahlniederlage Baraks nur einen Monat später gegen Sharon machten die Fortschritte jedoch hinfällig.

Genf

In Reaktion auf die festgefahrene Situation der diplomatischen Hauptkanäle (Track I) wurde nach informellen Verhandlungen im Rahmen sogenannter Track-II-Diplomatie im Oktober 2003 mit der Genfer Initiative ein umfassender Friedensplan vorgelegt. Unter den Initiatoren der Initiative waren mit den beiden früheren israelischen beziehungsweise palästinensischen Ministern Yossi Beilin und Yasser Abed Rabbo auch zwei Vertreter der Taba-Verhandlungen. Jerusalem wurde darin als Hauptstadt beider Staaten vorgeschlagen, mit palästinensischer Souveränität über den Tempelberg/Haram al-Sharif und israelischer Souveränität über die Westmauer. Darüber hinaus erarbeiteten die Unterhändler Detailpläne für die Umsetzung dieser Vorschläge in der Praxis, indem sie Lösungsansätze für die spezifischen Herausforderungen bezüglich Teilung und Konnektivität von israelischer und palästinensischer Hauptstadt für jedes einzelne Stadtviertel thematisierten.²¹ Die Vorschläge stießen auf erheblichen öffentlichen Widerstand, auf palästinensischer Seite vor allem seitens der Hamas, während Israels Ministerpräsident Sharon sie als „the most serious historic error made since Oslo“ bezeichnete.²²

Annapolis

Die bislang letzten direkten offiziellen Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien fanden durch Vermittlung von US-Präsident George W. Bush im November 2007 in Annapolis statt.

¹⁸ Vgl. ebd., S. 486f.

¹⁹ Vgl. The Moratinos Nonpaper on the Taba Negotiations, Summer 2001, in: *Journal of Palestine Studies* 3/2002, S. 81–89, hier S. 83ff.

²⁰ Vgl. The Israeli-Palestinian Joint Statement at Taba, 27 January 2001, in: *Journal of Palestine Studies* 3/2002, S. 80f.

²¹ Vgl. The Geneva Initiative, The Geneva Accord and Annexes – A Summary, Ramallah–Tel Aviv 2009, www.geneva-accord.org/images/PDF/Summary.pdf.

²² Zit. nach Smith (Anm. 16), S. 504.

Al Jazeera und der „Guardian“ veröffentlichten Anfang 2011 die „Palestine Papers“ genannten Geheimdokumente der in den Monaten nach der Konferenz geführten Verhandlungen. Daraus geht hervor, dass die Palästinenser zu wesentlichen Zugeständnissen in Jerusalem bereit waren und, im Gegenzug für israelische territoriale Zugeständnisse, Israel die Annexion fast aller Siedlungen in Ost-Jerusalem anboten. Der palästinensische Verhandlungsführer Saeb Erekat formulierte es demnach gegenüber den Israelis so: „We are building for you the largest Jerusalem in history.“²³

In direkten Verhandlungen mit PA-Präsident Mahmud Abbas legte der israelische Premier Ehud Olmert Ende August 2008 eine Karte vor, der zufolge er zwar Teile Ost-Jerusalems als palästinensische Hauptstadt vorsah, aber für die Annexion aller Siedlungen Ost-Jerusalems einschließlich der angrenzenden Siedlungen im Westjordanland keine wesentlichen Zugeständnisse offerierte. Die palästinensische Hauptstadt al-Quds wäre auf wenige unzusammenhängende Teile Ost-Jerusalems beschränkt gewesen, die vom Westjordanland isoliert wären.²⁴ Der weitere Verhandlungsprozess scheiterte letztlich daran, dass Olmert aufgrund von Korruptionsvorwürfen zurücktreten musste.

AUSBLICK UND EINORDNUNG

Obgleich in der Vergangenheit in offiziellen und informellen Verhandlungen erhebliche Annäherungen in der Jerusalemfrage erzielt wurden, lässt die gegenwärtige Situation wenig Grund zur Hoffnung auf eine für beide Konfliktparteien akzeptable Regelung. Vorsichtige Fortschritte wurden seit Oslo immer wieder durch innenpolitischen Widerstand gegenüber einer Verständigung sowohl in Israel als auch in Palästina verhindert. Die letzten direkten Verhandlungen liegen inzwischen fast zehn Jahre zurück, und weder Israels Ministerpräsident Benjamin Netanyahu noch PA-Präsident Abbas scheinen derzeit in der Lage zu sein, den politischen Mut beziehungsweise Willen zu erforderlichen Kom-

promissen aufzubringen. In der Jerusalemfrage haben Netanyahu und die seit rund zehn Jahren von ihm angeführten Regierungen auch keine Kompromissbereitschaft mehr erkennen lassen, es gilt wieder das Diktum der Unteilbarkeit Jerusalems.

Angesichts dieser verfahrenen Situation präsentierte US-Präsident Donald Trump im Dezember 2017 seine Entscheidung, die US-Botschaft nach Jerusalem zu verlegen und die Stadt damit als israelische Hauptstadt anzuerkennen, als einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Jerusalemfrage, da diese nun „vom Tisch“ sei. Dass dieser äußerst einseitige Regelungsversuch keine nachhaltige und für die palästinensische Seite akzeptable Lösung sein kann, steht außer Frage. Zugleich diskreditiert er die USA als Vermittler im Friedensprozess, was sich auch darin zeigt, dass die palästinensische Führung seit Trumps Entscheidung den Kontakt zu Vertretern der US-Administration ablehnt. Vor diesem Hintergrund besteht umso größere Dringlichkeit für eine aktivere europäische Einmischung in die Jerusalemfrage. Zu diesem Zweck müsste die EU ihre Politik des bloßen Konfliktmanagements zugunsten intensiverer Anstrengungen zu einem produktiven Beitrag der gesamten internationalen Gemeinschaft für eine nachhaltige Konfliktregelung verändern.

JAN BUSSE

ist promovierter Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Internationale Politik und Konfliktforschung an der Universität der Bundeswehr München. jan.busse@unibw.de

STEPHAN STETTER

ist Professor für Internationale Politik und Konfliktforschung an der Universität der Bundeswehr München und Mitherausgeber der „Zeitschrift für Internationale Beziehungen“. stephan.stetter@unibw.de

²³ Meeting Minutes on Borders, 4.5.2008, www.ajtransparency.com/files/2648.pdf, S. 7.

²⁴ Vgl. Summary of Olmert's „Package“ Offer to Abu Mazen, 31.8.2008, www.ajtransparency.com/files/4736.pdf.

ESSAY

HAUPTSTADT JERUSALEM

Eine israelische Perspektive

Gad Lior

Ich war zehn Jahre alt, damals, im Sommer 1963. Mein Vater unternahm, wie an jedem Shabbat, einen Spaziergang durch Jerusalem mit mir. Unser Ausflug an jenem Tag war in mancherlei Hinsicht ungewöhnlich. Vater bestieg mit mir ein niedriges Gebäude, das Jahre zuvor auf einem kleinen Hügel neben dem Notre Dame Komplex errichtet worden war, am Rande des Musrara Viertels. „Ich möchte dir etwas zeigen“, sagte Vater. Eine ganze Weile standen wir dort, und Vater wies auf eine hohe Mauer, die einen Teil des Blickfelds versperrte. „Ich will dir heute erzählen, dass unsere Stadt, Jerusalem, geteilt ist. Hier vor uns liegt eine hohe Mauer, welche die Grenze darstellt. Die eine Hälfte von Jerusalem liegt bei uns, auf dem Gebiet Israels, und die andere Hälfte befindet sich unter der Kontrolle Jordaniens, dort hinter der Mauer.“

Ich war ein kleiner Junge, der nur wenig über die Ereignisse der Stadt wusste, in der er wohnte. Also erklärte Vater: Mit Kriegsende im Jahre 1948 wurde bestimmt, dass Jerusalem zwischen Israel und Jordanien geteilt werden sollte. Hier, genau in der Mitte der Stadt, wurde zunächst ein Zaun errichtet und später diese Mauer gebaut. Israel und Jordanien seien keine „Freunde“, erklärte Vater, sondern zwei miteinander verfeindete Staaten. Ein Kontakt zwischen den beiden Staaten bestehe nicht. Im Gegenteil. Von Zeit zu Zeit werde hier an der Grenze geschossen, vor allem von der jordanischen Seite in Richtung der jüdisch-israelischen. Und zu beiden Seiten der Mauer stünden Soldaten. Uns sei es verboten, hinüberzuwechseln, sagte mein Vater, Arthur Lichtenstein. Ich erinnere mich noch sehr lebhaft an jenen Tag. Ich sah einen der damaligen munter rußenden Omnibusse auf der anderen Seite der Mauer fahren und begriff, dass ich mit diesem Bus niemals würde fahren dürfen.

EPISODE IM NIEMANDSLAND

Bei der Gelegenheit wurde mir auch zum ersten Mal die Geschichte über jenen sonnengefluteten Morgen in den 1950er Jahren erzählt, an dem eine alte Nonne im St. Louis Hospital des Notre Dame Komplex das nach Osten gehende Fenster ihres Zimmers öffnete, von dem aus der schmale Streifen Niemandsland zu sehen war, der zwischen dem Hospital und der Mauer der Altstadt lag. Immer hatte sie ihren Bekannten erzählt, das Niemandsland habe „unmittelbar hinter der Wand meines Zimmers begonnen“.

Denn das muss man wissen: Noch während der turbulenten Tage des Befreiungskrieges unterzeichneten Israel und Jordanien 1948 ein Abkommen über eine Feuerpause in Jerusalem. Doch erst im Jahr darauf, als ein Waffenstillstandsvertrag ausgehandelt wurde, zeichneten die Generäle mit schlecht angespitztem Bleistift auf einer staubigen Karte die neue Grenze ein, die Jerusalem fortan teilen sollte: Die Altstadt mitsamt Umgebung verblieb in den Händen der Jordanier, der Westteil Jerusalems ging an den neuen jüdischen Staat, an Israel.

Als sich dann beide Seiten daranmachten, den Grenzverlauf endgültig festzulegen, mussten die Generäle erkennen, dass der dicke Strich, den man auf der Karte gezogen hatte, in realiter ganze Straßenzüge und Häuser bedeckte. Die Meinungsverschiedenheiten darüber gerieten zum ersten Grenzstreit. Doch rasch besannen sich die Vertreter beider Staaten, und da man sich schwer tat, zu entscheiden, wem die einzelnen Häuser, Straßen und freien Flächen gehören sollten, die sich unter der groben Linie auf der Karte befanden, wurde am Ende beschlossen, diese zum „Niemandsland“ zwischen beiden Staaten zu erklären. Alles, was unter dieser Demarkationslinie lag, sollte zu keinem der beiden Staaten gehören

und zu einer Zone werden, in der sich niemand aufhalten durfte. Dies bedeutete, dass man Menschen zwang, ihre Häuser zu verlassen, Straßen unpassierbar gemacht wurden und das Gelände, das fortan keinem mehr gehören sollte, mit Stacheldrahtzäunen und Minen bestückt wurde. Große Schilder wurden aufgestellt, die in riesigen Lettern verkündeten: „Halt – Niemandland – Grenze“.

Und genau an diesen Streifen grenzte das St. Louis Hospital. Als sich die Nonne nun aus dem Fenster lehnte, um sich das Gesicht von den angenehmen Strahlen der Morgensonne bescheinen zu lassen, musste sie plötzlich husten. Und noch ehe sie dazu kam, etwas zu unternehmen, hatte sich bereits ihre Zahnprothese gelöst – und war geradewegs ins Niemandland gefallen.

Als sie dem Abt des benachbarten französischen Klosters Notre Dame von ihrem Missgeschick erzählte, verstand er wohl ihre Notlage, gab jedoch auch zu bedenken, es handle sich um eine Zone, die schon wiederholt von jordanischen Scharfschützen unter Beschuss genommen worden sei, weshalb kaum Aussicht bestünde, dass irgendjemand sich in dieses Niemandland wagen würde, um ihr ihre Zahnprothese wiederzubeschaffen. Bälle, mit denen Kinder gespielt und die sich dorthin verirrt hatten, waren dort sich selbst überlassen worden, ebenso Kleider, die es von den Wäscheleinen geweht hatte. Die Nonne brach in Tränen aus, worauf der Abt, der Mitleid mit ihr hatte, schließlich Usi Narkiss anrief, der später – Ironie der Geschichte – als Befehlshaber des Kommandoabschnitts Mitte der israelischen Streitkräfte im Sechstagekrieg 1967 zu den Kommandeuren gehören sollte, die die geteilte Stadt wieder vereinten.

Der israelische Militär wandte sich daraufhin an die Mitglieder der paritätisch besetzten UN-Waffenstillstandskommission und berichtete ihnen von der verzweifelten Ordensschwester. Auch den französischen Vertreter der Kommission, ein Offizier namens Carneau, rührte das Missgeschick der alten Dame, die ihr Gebiss verloren hatte, weshalb er noch am selben Tag Kontakt zum Vertreter der jordanischen Regierung aufnahm. Und so geschah es, dass sich am nächsten Morgen ein ungewöhnlicher Suchtrupp in das Niemandland aufmachte – bestehend aus je einem jordanischen und einem israelischen Repräsentanten sowie dem Vorsitzenden der UN-Kommission – und dabei angesichts der Minen

und Stacheldrahtrollen kein eben geringes Risiko einging. Stundenlang suchten alle nach der Prothese, bis sich diese schließlich fand, unter dem Beifall Hunderter Schaulustiger, die sich zu beiden Seiten der Grenze versammelt hatten und das sonderbare Geschehen verfolgten.

Das Drama wurde von David Rubinger, den im vergangenen Jahr im Alter von 92 Jahren verstorbenen Träger des israelischen Staatspreises für Fotografie, mit seiner Kamera für das US-amerikanische „Life“-Magazin verewigt.⁰¹ Dort unterscheidet sich die Darstellung allerdings: Tatsächlich hatte wohl keine Nonne, sondern eine Patientin des Hospitals ihre Prothese verloren, die Nonnen hatten sich jedoch für die ungewöhnliche Suchaktion eingesetzt. Aber der Kern der Geschichte, die gemeinsame Aktion der damals eigentlich verfeindeten Israelis und Jordanier im Niemandland, ist dadurch nicht weniger wahr.

Wenn man so will, ist dies die Geschichte der Stadt Jerusalem. Einer offiziell nur zwischen 1948 und 1967 geteilten Stadt, die aber auch nach ihrer Wiedervereinigung in mancher Hinsicht noch immer zwischen zwei Völkern geteilt ist, die sie beide als ihre Hauptstadt beanspruchen: das jüdische Volk, das jetzt vor genau siebzig Jahren den Staat Israel errichtete, und das palästinensische Volk, das seit Jahrzehnten verlangt, Jerusalem, diese historische Stadt, möge zur Hauptstadt seines eigenen Staates werden.

VEREINT UND DOCH GETEILT

Vier Jahre nach jenem unvergesslichen Shabatspaziergang mit meinem Vater erlebte ich ein weiteres Ereignis, das auf immer mit der Geschichte Jerusalems verbunden sein wird. Es geschah am Morgen des 5. Juni 1967. Ich verließ wie jeden Morgen unser Haus im Viertel Rehavia und machte mich auf zur Ma'ale-Schule, die ich besuchte. Ich war damals vierzehn und in der achten Klasse. Gerade, als ich die Schule erreicht hatte, ertönte Luftalarm, und überall in der Stadt explodierten Granaten. Viele Schüler brachen verängstigt in Tränen aus.

Mit meinen Klassenkameraden zählte ich zu den ältesten Schülern der Mittelschule. Der

⁰¹ Siehe „Tale of Some Teeth. Arabs and Israelis Hold Their Fire for a Lost Denture“, in: *Life*, 2.7.1956, S. 52, <https://books.google.co.il/books?id=7UgEAAAAMBAJ&pg=PA52>.

Schuldirektor kam in unsere Klasse und erklärte, es sei Krieg. Jeder der „großen“ Schüler solle zwei Sechs- oder Siebenjährige aus den unteren Klassen nach Hause begleiten. Ich nahm also zwei Kinder, die nicht weit vom Haus meiner Familie wohnten, an die Hand. Dann rannten wir, ich erinnere mich noch genau, durch die Straßen, während im Hintergrund immer wieder Schüsse ertönten. Ich brachte die „Kleinen“, die in der Bezalel und der Shmuel HaNagid wohnten, nach Hause und rannte dann atemlos zu uns in die Narkis-Straße.

Als ich etwa zwanzig, dreißig Meter vor unserem Haus angelangt war, sah ich den großen Krater in der Mitte der Straße. Eine Granate war genau vor dem Haus niedergegangen und hatte mit ihren Schrapnells auch unsere Wohnung getroffen. Glücklicherweise war niemand aus meiner Familie zuhause gewesen. Meine Mutter und meine Schwester traf ich schließlich, aufgelöst vor Sorge um mein Wohl, im Luftschutzkeller des Hauses in Rehavia, zusammen mit allen Nachbarn.

Als dieser kurze Krieg, der in Jerusalem drei Tage dauerte und im ganzen Land sechs, beendet war, hatte Israel den gesamten Ostteil der Stadt erobert. Seit dem Juni 1967 ist das vereinte Jerusalem Israels Hauptstadt, eine Hauptstadt, die von den allermeisten Staaten der Welt bis heute nicht anerkannt wird, obgleich bis zum Ende des vergangenen Jahrhunderts eine ganze Reihe von Botschaften ihren Sitz dort hatte.

Es besteht einige Ähnlichkeit zwischen Berlin, der Stadt, aus der meine Eltern 1939 flohen, und Jerusalem, der Stadt, in der ich wie meine Schwester geboren wurde und in der ich seit 65 Jahren lebe. Berlin wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in zwei Teile gerissen. Und 1961 wurde – genau wie in ihrer „Schwester“ Jerusalem – im Herzen der Stadt eine hohe Mauer errichtet, gesäumt von „Niemandland“. Bis zur Überwindung der Teilung Berlins im November 1989 sollten 28 Jahre vergehen, während Jerusalem nur 19 Jahre geteilt blieb.

STELLENWERT IN DEN SCHRIFTEN

Ich liebe Jerusalem. Für meinen Geschmack und nach Meinung vieler ist sie eine der schönsten und außergewöhnlichsten Städte auf der Welt, ganz sicher aber die frommste von allen. Im babylonischen

Talmud heißt es: „Zehn Maß Schönheit kamen auf die Erde herab. Jerusalem bekam davon neun Maß, die übrige Welt eins. Du findest keine Schönheit, welche der Jerusalems vergleichbar ist.“ Kein Zweifel, es sind die Heiligkeit dieser Stadt und ihre besondere Schönheit, derentwegen beide Völker ihre Hauptstadt dort haben wollen. Doch während Jerusalem im Tanach, der hebräischen Bibel, mit den unterschiedlichsten Namen nicht weniger als siebenhundert Mal erwähnt wird, findet sich die Stadt im Koran nicht ein einziges Mal namentlich genannt.

Ich bin vermutlich der einzige jüdische Israeli, der es jemals bis vor die Tore der heiligen Stadt Mekka in Saudi Arabien geschafft hat. Es war 1993, als ich in geheimer und inoffizieller journalistischer Mission für die Tageszeitung „Yedioth Ahronoth“, deren Redaktion in Jerusalem ich seit 24 Jahren leite, dorthin flog. Dazu schloss ich mich der Entourage des damaligen deutschen Außenministers Klaus Kinkel an. Und als ich so an einer der Zufahrtsstraßen nach Mekka stand, wo nur Muslimen der Zugang erlaubt ist, und mich – unter meiner falschen Identität als deutscher Journalist – mit einigen strenggläubigen Muslimen unterhielt, verkündeten sie allesamt und ohne Ausnahme, Mekka und Medina seien die heiligsten Städte der Muslime. Jerusalem nahm keinen Spitzenplatz auf dieser Liste ein.

Insgesamt 72 verschiedene Namen werden Jerusalem im Tanach zugeschrieben: Jerusalem, Efrata, Ariel, Armon, Bamot, Bashan, Hügel der Boswellia, Gola, Gilad, Garten Gottes, Hoher Berg, Berg der Myrrhe, Berg Moed, Berg der Heiligkeit, Berg der Höhe Israels, Chefziba, Nabel des Landes, Jebus, Yafe Nof, Braut, Vollkommene Schönheit, Stuhl Gottes, Turm der Herde, Moriah, Ruhe, Feste, Heiligtümer, Freude des ganzen Landes, Erbteil, Stadt Davids, Eden, Stadt Gottes, nimmer verlassene Stadt, Zion, Stadt des großen Königs, Große unter den Völkern, Rachel und Shalem, um nur einige zu nennen.

Zurzeit, wenige Monate nach der für heftige Kontroversen sorgenden Erklärung des US-Präsidenten Donald Trump, Jerusalem sei die Hauptstadt Israels, und da alle Kontakte zwischen Israelis und Palästinensern im Bemühen um einen Frieden in der Region festgefahren sind, hat es den Anschein, als sei der Status von Jerusalem das Hauptproblem für jeden Friedensschluss. Soll Je-

Jerusalem nur die Hauptstadt des jüdischen Volkes sein? Oder eine zwischen beiden Völkern geteilte Hauptstadt? Die Möglichkeit, Jerusalem könnte allein zur Hauptstadt Palästinas werden, existiert nicht.

Jerusalem wird, wie gesagt, im Koran nicht ein einziges Mal erwähnt. Auch in jenen Jahren, als Israel noch nicht die Kontrolle über den Ostteil der Stadt hatte, wurde dieser nicht zur Hauptstadt des palästinensischen Volkes erklärt. Aus einem einfachen Grund: Die Existenz eines palästinensischen Volkes wurde zum damaligen Zeitpunkt noch nicht propagiert, obschon Muslime seit der Gründung des Islam im Jahre 632 durch den Propheten Muhammad ibn Abdallah (Mohammed) im Lande Israel gelebt hatten.

Juden gab es in Jerusalem jedoch bereits im ersten Jahrtausend vor der christlichen Zeitrechnung. Die Stadt wurde damals zur Hauptstadt des vereinigten Königreiches Israel und später zu der des Königreiches Juda. Seitdem hat die Stadt viele Herren und Namen erlebt – so wurde sie unter den Römern in Aelia Capitolina umbenannt, war danach erst eine byzantinische und dann eine muslimische Stadt, wanderte durch die Hände der Kreuzfahrer, der Mamluken und Osmanen und stand nach dem Ersten Weltkrieg unter britischem Mandat. 1948 wurde der Westteil der Stadt durch die Juden zur Hauptstadt des Staates Israel erklärt, während der Ostteil eine jordanische Stadt wurde. Und seit 1967 ist Jerusalem wieder unter jüdisch-israelischer Vorherrschaft vereint.

Im Tanach wird die Eroberung Jerusalems durch König David im ersten Buch der Chronik geschildert: „Und David und ganz Israel zogen hin nach Jerusalem, das ist Jebus; denn die Jebusiter wohnten dort im Lande. Und die Bürger von Jebus sprachen zu David: Du wirst nicht hereinkommen. David aber eroberte die Burg Zion, das ist Davids Stadt. Und David sprach: Wer die Jebusiter zuerst schlägt, der soll Hauptmann und Oberster sein. Da stieg Joab, der Sohn des Zeruja, zuerst hinauf und wurde Hauptmann. David aber wohnte auf der Burg, daher nennt man sie ‚Stadt Davids‘. Und er baute die Stadt ringsum, vom Milo an rundumher. Joab aber stellte die übrige Stadt wieder her. Und David nahm immer mehr zu an Macht, und der HERR Zebaoth war mit ihm.“

Der jüdischen Tradition zufolge bestand der erste oder salomonische Tempel rund vierhun-

dert Jahre lang, bis er im Spätsommer des Jahres 586 v. Chr. durch den Feldherrn des babylonischen Königs Nebukadnezar II. bei der Eroberung Jerusalems gänzlich zerstört wurde. Die nachfolgenden gut sechshundert Jahre gelten als historische Epoche in der Geschichte des jüdischen Volkes und des Landes Israel, die als Zeit des zweiten Tempels bezeichnet wird. Jerusalem war Hauptstadt Judäas. Das wichtigste Bauwerk in Jerusalem in jener Epoche war der Tempel, und die Juden waren die bei Weitem dominante ethnisch-religiöse Gruppe in der Stadt. Jerusalem war das Zentrum des religiösen Lebens aller Juden, auch jener, die im Exil lebten, die ihre Hoffnungen mit der Stadt verbanden und dorthin pilgerten. Im Sommer des Jahres 70, am 9. des Monats Av, eroberte Titus den Tempelberg, steckte das Heiligtum in Brand und legte die gesamte Stadt in Schutt und Asche.

Mit Verkündigung des Christentums als offizielle römische Religion durch Kaiser Konstantin wurde Jerusalem im Jahre 313 auch für Christen zu einer heiligen Stadt, in der fortan viele Kirchenbauten errichtet wurden. Erst 638 wurde Jerusalem nach zweijähriger Belagerung durch die Muslime erobert und vom Patriarchen Sophronius an den Kalifen Umar ibn al-Khattab persönlich übergeben. Nach Einnahme der Stadt wurde der sogenannte Umariyya-Vertrag unterzeichnet, in dem im Gegenzug für die Kapitulation allen Bewohnern Jerusalems Unversehrtheit und Schutz zugesichert und den Juden gestattet wurde, in die Stadt zurückzukehren, in der ihre Vorfäter schon eintausend Jahre zuvor gelebt hatten. Der Tempelberg und die Klagemauer, die in den Tagen der christlichen Herrschaft unter Unrat und Geröll begraben gelegen hatten, wurden freigelegt und gereinigt.

Dieser kursorische historische Abriss mag dazu dienen, klarzumachen und zu beweisen, was die meisten Israelis heute sagen: Jerusalem ist seit alters her eine Stadt, in der Juden gelebt haben, und in bestimmten Epochen war sie zudem die Hauptstadt des jüdischen Volkes, da der Tempel über der Stadt thronte, der erst in Brand gesteckt und dann neu errichtet wurde, ehe er abermals angezündet wurde und den Flammen zum Opfer fiel. Seine Überreste jedoch bestehen bis heute fort.

Warum also wird überhaupt eine Kontroverse darum geführt, welchem Volk dieses schöne und außergewöhnliche Jerusalem Hauptstadt ist?

DIE HAUPTSTADTFRAGE

Ich bin als jüdischer Israeli, wie sehr viele meiner Landsleute, selbstverständlich der Meinung, dass Jerusalem auf immer die Hauptstadt des jüdischen Volkes und des Staates Israel sein wird. Doch andererseits fällt es schwer, die Tatsache zu ignorieren, dass in dieser Stadt seit nunmehr 1400 Jahren auch Muslime leben und dass heutzutage rund ein Drittel ihrer 900000 Einwohnerinnen und Einwohner keine Juden sind.

Ist es also vorstellbar, die Stadt von neuem zu teilen? Die Antwort eines jeden Israelis, ganz gleich ob politisch links oder rechts stehend, lautet unisono: entschieden nein! Und doch gibt es nicht wenige Israelis, die zu einem Kompromiss bereit wären, der vielleicht so aussehen könnte, dass es einen jüdischen Bürgermeister für den Westteil und einen arabischen für den Ostteil der Stadt gibt.

Ich habe in letzter Zeit palästinensische Freunde, darunter etliche Journalistenkollegen, gefragt, ob die Möglichkeit besteht, dass die Palästinenser im Rahmen eines Friedensabkommens Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkennen. Ihre durchgehende Antwort lautete: Nein, wenn nicht zugleich ein Teil von Jerusalem als Hauptstadt Palästinas anerkannt wird. Im Gegenzug und aus Anlass dieses Aufsatzes habe ich die Umkehrfrage auch Israelis gestellt: Wäret ihr bereit, dass ein Teil von Jerusalem zur Hauptstadt Palästinas wird? Und ich war einigermaßen überrascht von der Einheitlichkeit der Antworten. Eine absolut ablehnende Haltung gab es nicht, doch die Israelis, die seit siebzig Jahren sehnsüchtig auf Frieden und ein Ende des Konfliktes in der Region hoffen, verbanden – und zwar ausnahmslos alle – die Erhebung der arabischen Viertel in Ost-Jerusalem zur Hauptstadt Palästinas mit der Bedingung, dass nicht nur ein echter und endgültiger Friedensvertrag zwischen Israel und Palästina unterzeichnet werden müsste, sondern vor allem mit der Auflage, dass die Stadt vereint bleibt und die Gesetze des israelischen Staates für alle Teile Gültigkeit behalten. Anderenfalls werde hier das schiere Chaos ausbrechen.

Die Juden haben nur einen einzigen Staat auf der Welt – Israel. Die Muslime dagegen haben 22 Staaten. Die Juden haben nur eine einzige heilige Stadt, die Muslime aber deren drei, zählt man neben Mekka und Medina auch Jerusalem hinzu.

Und Juden lebten in Jerusalem über 1600 Jahre, bevor der Islam das Licht der Welt erblickte. All jene Staaten, die sich seit Jahren und Jahrzehnten weigern, Jerusalem als Hauptstadt des jüdischen Staates Israel anzuerkennen, existierten noch nicht einmal, als Jerusalem vor mehr als 3300 Jahren bereits das Zentrum des jüdischen Landes war. Und die Hauptstädte dieser heutigen Staaten waren damals Sumpfland, Wälder und unbebaute Berge.

Verwahren sich zum Beispiel Länder wie Frankreich, in denen es heute eine große muslimische Minderheit gibt, dagegen, Jerusalem zur Hauptstadt des jüdischen Volkes zu erklären, nur aus Furcht vor den Muslimen im eigenen Land oder weil es heute – nachdem sechs Millionen Juden im Holocaust ermordet wurden – nur mehr etwa 15 Millionen Juden auf der Welt gibt, während gleichzeitig jeder vierte Mensch auf der Welt Muslim ist?

Interessant ist auch, dass die Forderung, Jerusalem zur Hauptstadt einer muslimischen Gemeinschaft oder eines Staates zu machen – Jordanien eingeschlossen, das immerhin fast zwanzig Jahre dort herrschte –, lange gar nicht aufkam. Erst als 1968 die Palästinensische Befreiungsorganisation durch Jassir Arafat gegründet wurde, verkündete er sogleich, Jerusalem müsse die Hauptstadt des palästinensischen Volkes werden.

NUR ALLES ODER NICHTS MÖGLICH?

Die Juden werden niemals die Absicht verfolgen, in Jerusalem die Religionsausübung, welcher Glaubensgemeinschaft auch immer, einzuschränken. In der Stadt sind Hunderte von Kirchen, Moscheen und annähernd zweitausend Synagogen. Die freie Ausübung ihrer Religion ist allen, auch den kleinsten Glaubensgemeinschaften gestattet, seien es Baptisten, Katholiken, Sunniten, Schiiten, die Bratslaver Chassidim oder die Anhänger des Rabbis aus Gur. Die große Befürchtung vieler Israelis ist: Sollte auch nur ein Teil von Jerusalem zur Hauptstadt Palästinas werden, wäre es mit der Religionsfreiheit dort vorbei.

So ist es Juden etwa untersagt, zu Synagogen oder Heiligengräbern im Westjordanland zu gelangen. Um das Josephsgrab in Nablus zu besuchen, müssen zahlreiche Soldaten die jüdischen Betenden begleiten, da stets befürchtet werden

muss, dass ihnen dort etwas angetan wird. Ja, nach 1948 hatten die Muslime sogar sämtliche Synagogen in der Altstadt von Jerusalem zerstört und den jüdischen Friedhof auf dem Ölberg verwüstet. Beispiele wie diese genügen, um die überwiegende Mehrheit aller Juden in Israel davon zu überzeugen, dass man den Palästinensern keine wie auch immer geartete Kontrolle über Teile von Jerusalem ermöglichen sollte.

Es spricht vieles dafür, dass Jerusalem bislang das Hauptproblem auf dem Weg zu einem Frieden im Nahen Osten war und auch künftig sein wird. Die Frage der palästinensischen Flüchtlinge von 1948 und ihrer Nachkommen oder die des Grenzverlaufs von 1967 lassen sich eher lösen. Sicher wird ein Kompromiss gefunden werden, wie viele Flüchtlinge, wenn überhaupt, zurückkehren dürfen, und wie weit sich Israel aus dem Westjordanland zurückziehen müssen. Demgegenüber scheint sich eine Lösung in Bezug auf die Frage der Kontrolle und den Status von Jerusalem als Hauptstadt nicht in Form eines Kompromisses finden zu lassen. Daher wird diese Frage bei allen künftigen Friedensgesprächen der letzte zu lösende Punkt auf der Tagesordnung bleiben.

AUSKLANG

Man erzählt sich, Herschele Ostropolier – ein frommer jüdischer Till Eulenspiegel, der in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts auf dem Gebiet der heutigen Ukraine lebte und Held zahlloser erfundener Anekdoten ist – sei einmal mit knurrendem Magen in eine Herberge gekommen. In der Tasche hatte er nicht einen roten Heller mehr. Doch wohlgenut wandte sich Herschele an den Herbergsvater und bat um ein Abendessen. Der Wirt, der sah, mit wem er es zu tun hatte, erwiderte: „Leider ist uns für heute alles Essen ausgegangen.“ Herschele, der ein bisschen heruntergekommen und seltsam wirkte, begann, gereizt auf und ab zu gehen und dabei wütend zu brummen: „Wenn ich nicht auf der Stelle ein Abendessen bekomme – bin ich genötigt zu tun, was mein Vater seinerzeit tat.“ Dies wiederholte er mehrere Male, und seine Miene wurde zusehends finsterer, seine Augen sprühten mit jedem Schritt Funken. Der Wirt erschrak und bekam es mit der Angst zu tun, was der ungebetene Gast wohl anstellen würde. Schnell lud er ihn ein, an einem gedeckten Tisch Platz zu nehmen, und wünschte guten Appetit.

Nachdem Herschele seinen Hunger gestillt hatte und wieder freundlich dreinschaute, wagte der Herbergsvater zu fragen: „Und, was hat Ihr Herr Vater getan, wenn man ihm kein Abendessen gewährte?“ „Mein Herr Vater“, sagte Herschele, „pfl egte in solchen Fällen ins Bett zu gehen und mit leerem Magen einzuschlafen ...“

Beide Seiten – Israelis wie Palästinenser – drohen jedes Mal aufs Neue, ohne den eigenen Herrschaftsanspruch und eine Proklamation Jerusalems als die ihrige Hauptstadt werde es im Nahen Osten bitter und böse enden. Doch vielleicht sollten die Verantwortlichen beider Seiten tatsächlich einmal mit leerem Magen schlafen gehen und intensiv über eine kreative Lösung für die Zukunft dieser festgefü gten Stadt, des unteilbaren Jerusalems, nachdenken.

Übersetzung aus dem Hebräischen: Markus Lemke, Hamburg.

GAD LIOR

arbeitet in seiner Geburtsstadt Jerusalem als leitender Redakteur bei der israelischen Tageszeitung „Yedioth Ahronoth“.

gadl@yedioth.co.il

ESSAY

HAUPTSTADT JERUSALEM

Eine palästinensische Perspektive

Rami Nasrallah

Als politisch umkämpfte Stadt ist Jerusalem ein Spiegelbild des komplexen palästinensisch-israelischen Konfliktes. Obwohl sie seit dem Krieg von 1967 von einer einzigen kommunalen Regierung verwaltet wird, bleibt die Stadt räumlich geteilt: Während die Altstadt und die Ost-Jerusalem Viertel überwiegend palästinensisch sind, sind der Westteil und die jüdischen Siedlungen in Ost-Jerusalem israelisch. Die räumlichen Trennungen sind in Jerusalem deutlich sichtbar und hörbar. Architektonische Gestaltung, Sprache, Kleidung sowie die Regelung und Bereitstellung kommerzieller und kommunaler Dienstleistungen sind nur einige der Merkmale, die die Grenzen markieren und die Teilung der beiden nationalen Gruppen, Palästinenser und Israelis, vertiefen. Diese Merkmale zeigen nicht nur die Trennungen der Stadt an sich, sondern kündigen auch von den diversen politischen, religiösen, kulturellen und psychosozialen Unterschieden ihrer Bewohnerinnen und Bewohner.

TERRITORIALE VORHERRSCHAFT

Am 28. Juni 1967 verabschiedete die Knesset ein Gesetz, mit dem die israelische Gesetzgebung, Rechtsprechung und Zivilverwaltung formell auf 70 Quadratkilometer des arabischen Ost-Jerusalem sowie 28 Quadratkilometer umliegender Dörfer im Westjordanland ausgeweitet wurden. Die neuen Grenzen bescherten der Stadt an ihren nördlichen, östlichen und südlichen Randbereichen einen breiten Streifen zumeist unbewohnten Landes. Auf diesem sollten im Verlauf der folgenden 50 Jahre großflächige Siedlungsringe gebaut werden (*Karte S. 28*). Das israelische Innenministerium erließ eine Verordnung, durch die der jordanische Gemeinderat aufgelöst und die Gerichtsbarkeit der eigenen Stadtverwaltung auf das gesamte – also auch das besetzte – Stadtgebiet ausgedehnt wurde.⁰¹

Zudem gab es eine Volkszählung, nach der Palästinenser den Status ständiger Residenten des Staates Israel erhielten; arabische Jerusalemer, die im Ausland arbeiteten oder wohnten – etwa die vielen Palästinenser, die seit den 1950er Jahren in den Golfstaaten arbeiteten – wurden als Abwesende eingestuft und hatten kein Recht auf Rückkehr in ihre Stadt.

Über diese formalen politisch-rechtlichen Handlungen hinaus setzte Israel eine Reihe von Entwicklungen in Gang, die darauf abzielten, vollendete Tatsachen zu schaffen. Mit großer Geschwindigkeit und Energie wurde eine zweigleisige Strategie umgesetzt: Zum einen wurde zum Aufbau einer starken jüdischen Präsenz in ganz Ost-Jerusalem ein umfangreiches jüdisches Siedlungsprogramm jenseits der vor 1967 geltenden Grenzlinie („Grüne Linie“) auf den Weg gebracht. Zum anderen bemühten sich die israelischen Behörden, die jüdische demografische Mehrheit zu bewahren – und wenn möglich sogar zu vergrößern –, indem sie Juden dazu ermutigten, sich in Jerusalem niederzulassen. Gleichzeitig wurden die arabischen Migrationsbewegungen nach Ost-Jerusalem eingeschränkt.⁰²

Seit 1967 wurden mehr als 30 Quadratkilometer palästinensischen Landes in Ost-Jerusalem (34 Prozent der Fläche) für den Bau jüdischer Siedlungen konfisziert; in den zwölf Siedlungen, die seither entstanden sind, leben inzwischen über 200000 Menschen.⁰³ Darüber hinaus wurden rund 31 Quadratkilometer Fläche aus palästinensischem Privatbesitz mittels Bebauungsplänen als „freies öffentliches Land“ oder „Grünflächen“ ausgewiesen. In der Folge machen palästinensische Viertel – bebaute Gebiete und für zukünftige Bebauung verfügbare Fläche – nur noch etwa 14 Prozent von Ost-Jerusalem aus.

Auch in Bezug auf palästinensisches Bauwesen und wirtschaftliche Entwicklung verfolgt Israel eine restriktive Politik, was zur Abwande-

rung zahlreicher Palästinenser aus der Stadt in die angewachsenen Randbezirke führt.⁰⁴ Die palästinensischen Stadtteile Jerusalems, in denen heute insgesamt rund 318000 Menschen leben,⁰⁵ lassen sich in vier Gruppen einteilen.

Erstens: Die Altstadt, die knapp einen Quadratkilometer groß ist. *Zweitens:* Urbane Wohngegenden aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert im östlichen Teil der geteilten Stadt, etwa Sheikh Jarrah, Wadi al-Joz und Bab a-Zahara. Dabei ist erwähnenswert, dass die meisten Bewohner dieser Viertel Flüchtlinge infolge der *Nakba* (Katastrophe) von 1948 waren: palästinensische Elite, Mittelschicht und gebildete Bevölkerungsgruppen, in der Mehrzahl christlichen Glaubens, die gezwungen waren, die Stadtteile, die später zu West-Jerusalem wurden, zu verlassen. Ihre Zahl bezifferte sich auf etwa 30000; sie hatten in acht Stadtvierteln und 39 Dörfern gewohnt – die meisten dieser Dörfer wurden nach dem Krieg abgerissen.⁰⁶ *Drittens:* Viertel wie Kafr 'Aqab, Beit Hanina und 'Anata, die sich auf ländlichem Gebiet entwickelt haben und in denen der historische Dorfkern (nicht aber das ihn umgebende Land) außerhalb der Jerusalemer Gemeindegrenzen liegt. *Viertens:* Viertel, die sich aus einem eingemeindeten Dorfkern entwickelt und erweitert haben. Beispiele hierfür sind Silwan, Isawiya, as-Sawahira, Beit Safafa (von 1948 bis 1967 geteiltes Dorf) und Sur Bahir.

LANDSCHAFTSPANUNG ALS HERRSCHAFTSINSTRUMENT

Die israelische Stadtplanung ist ein wichtiges Instrument, um die politische Agenda der territorialen Vorherrschaft in Jerusalem voranzutreiben: zur Förderung eines exklusiv jüdischen Charakters der Stadt, zur Ermöglichung jüdischer Landbeteiligungen, zur Bewahrung der jüdischen Mehrheit sowie zur Zersplitterung des palästinensischen Raumes und Beschränkung seiner Entwicklung.

01 Vgl. Meron Benvenisti, *The Peace of Jerusalem*, Tel Aviv 1981.

02 Vgl. Michael Romann/Alex Weingrod, *Living Together Separately: Arabs and Jews in Contemporary Jerusalem*, Princeton 1991.

03 Vgl. Jerusalem Institute for Policy Research (JIPIR), *Statistical Yearbook of Jerusalem*, Jerusalem 2005 und 2017.

04 Vgl. Meir Margalit, *Discrimination in the Heart of the Holy City*, International Peace and Cooperation Center (IPCC), Jerusalem 2006.

05 Vgl. JIPIR, *Statistical Yearbook 2017* (Anm. 3).

06 Vgl. Moshe Amirav, *Israel's Policy in Jerusalem since 1967*, Stanford 1992.

So werden die offenen Flächen in Ost-Jerusalem, die eigentlich ein wesentlicher Bestandteil der Stadtplanung sein sollten, um auf die Bedürfnisse der dort lebenden arabischen Bevölkerung einzugehen, regelmäßig in den Dienst anderweitiger geopolitischer und nationaler Ziele gestellt. Insgesamt sind etwa 35 Prozent der Ost-Jerusalem Fläche als „Grünflächen“ ausgewiesen, auf denen jede Bautätigkeit untersagt ist. Auch die Einrichtung öffentlicher Spielplätze oder Grünanlagen ist dort nicht gestattet; die darauf stehenden Häuser sind allesamt vom Abriss bedroht.

Dabei sind diese Flächen, soweit es Palästinenser betrifft, fast das einzige Land, das ihrer Entwicklung dienen könnte. In den meisten Fällen handelt es sich um brachliegenden, sehr steinigen und landwirtschaftlich nicht nutzbaren Grund. Die israelische Stadtverwaltung hat sich nie aktiv um diese Gebiete gekümmert und weder für eine Grunderhaltung noch für eine Grundinstandhaltung gesorgt, etwa durch Maßnahmen zur Reinigung, zur Sanierung landwirtschaftlicher Terrassen oder zur Verhinderung des Abblades von Bauschutt.

Während die „Grünflächen“ um bebauten palästinensisches Gebiet somit für zukünftige Entwicklungen nicht zur Verfügung stehen, werden die Flächen um die jüdischen Siedlungen als Freiflächen ausgewiesen, was diesen eine veränderte Landnutzung ermöglicht.⁰⁷ In einem neutralen Planungssystem dienen derartige Regelungen dazu, die urbanen Freiflächen und die Begrünung zu schützen. Im Falle Ost-Jerusalems jedoch sind sie dazu bestimmt, Wachstum und Entwicklung der palästinensischen Seite einzuschränken und die israelischen Siedlungen zu „schützen“.

Die israelischen Siedlungen wiederum bilden einen Ring um die Stadt, mit der die geografische und demografische Kontinuität der palästinensischen Gebiete unterbrochen wird. Dagegen wurden palästinensische Gebiete von verzweifelten Privatinitiativen von Landbesitzern und Kleinunternehmern erschlossen – mit nur begrenzten finanziellen, technischen und administrativen Ressourcen und ohne Landschaftsplanung oder die Unterstützung nationaler oder lokaler Autoritäten.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Israelis die „Grünflächen“ in Ost-Jerusalem als „Reserve“ nutzen, die später den Expansionsinteressen jüdischer

07 Vgl. Margalit (Anm. 4).

Siedler dient. In den vergangenen zehn Jahren gab es mindestens zwei Fälle, bei denen derartige Flächen in Bauland für Siedlungen umgewandelt wurden: in Har Homa im Süden und in Ramat Shlomo im Norden – beides Siedlungen, die Mitte der 1990er Jahre gegründet wurden und ihre Bevölkerung seither auf inzwischen knapp 19000 beziehungsweise 15000 Einwohner vervielfacht haben.⁰⁸

Die überschaubare palästinensische Stadtentwicklung vollzieht sich organisch, setzt sich aus Einzelinitiativen zusammen und funktioniert meist als Überlebenstechnik innerhalb der Grenzen und Einschränkungen der von Israel ausgeübten Kontrolle. Das israelische Urbanisierungsmodell dagegen wurde vor der Gründung Israels 1948 von Zuwanderergruppen vorangetrieben und danach vom israelischen Staat. Die von Israel verfolgte Strategie fördert dauerhaft eine Erweiterung der eigenen politischen, territorialen, demografischen und wirtschaftlichen Kontrolle.⁰⁹

Die asymmetrischen Strukturen stehen nicht nur in Zusammenhang mit politischer Macht und der Fähigkeit oder Unfähigkeit, den urbanen Raum zu gestalten, sondern auch mit den gesellschaftlichen und kulturellen Mustern, die aus der israelischen Vorherrschaft und Zerstückelung von Raum sowie dem Mangel an Urbanisierung und organisierter Gemeindegemeinschaft im Dienste der breiten palästinensischen Öffentlichkeit resultieren. Die soziokulturellen Verhaltensmuster der arabischen Bevölkerung Jerusalems lassen sich als individuelles Überlebensprinzip definieren, um das Recht auf einen Wohnsitz in der Stadt und den Zugang zu ihr zu wahren sowie um die sozialen und wirtschaftlichen Bindungen an das Hinterland und das restliche Westjordanland aufrechtzuerhalten.

AUSWIRKUNGEN DER MAUER

Als die israelische Regierung im Juni 2002 beschloss, eine Sperranlage zum Westjordanland zu errichten, war das Sicherheitsargument nicht der einzige Grund hierfür: Bei der Planung des Verlaufs der Anlage, die tief in die besetzten Gebiete hineinreicht, wurde eine De-facto-Annexion sämtlicher größerer Siedlungsblöcke erwogen. Und tatsächlich wird die Barriere mit geplanten

710 Kilometern mehr als doppelt so lang sein wie die Grenze entlang der Grünen Linie. Nach Angaben des UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) sind bislang etwa 460 Kilometer davon fertiggestellt.¹⁰ Die Mauer im Regierungsbezirk Jerusalem soll insgesamt 168 Kilometer lang werden, davon sind lediglich 30 Prozent noch nicht gebaut, vor allem um die Siedlungsblöcke Ma'ale Adumim und Gush Etzion.

Der erste Mauerabschnitt in Jerusalem wurde im Juli 2003 errichtet: eine 22 Kilometer lange Betonabsperrung, die innerhalb der Stadtgrenzen das nördliche Viertel Kafr 'Aqab mit seinen rund 23500 Einwohnern mit Jerusalemer Ausweis vom übrigen Stadtgebiet isoliert. Zudem schneidet dieser Teil der Mauer auch das benachbarte Ramallah von Jerusalem ab, während ein weiterer Abschnitt im Süden Bethlehem und die in unmittelbarer Nachbarschaft liegenden palästinensischen Viertel voneinander trennt.

Das Konzept der israelischen Gebietskontrolle durch die Einverleibung von Siedlungen im Jerusalemer Großraum erfreut sich im linken wie im rechten Lager Israels breiter Zustimmung. Der mäandrierende Verlauf der Mauer in und um Jerusalem schließt dabei Gebiete mit Entwicklungspotenzial für palästinensische Wohngegenden aus und führt insgesamt dazu, dass zahlreiche Viertel und Dörfer innerhalb und außerhalb des Stadtgebietes zu nur umständlich zu erreichenden Enklaven geworden sind.

Der Bau der Mauer durch Jerusalem hat dramatische Folgen für die Stadt und ihr Umland; er ist die wichtigste Veränderung seit der Besetzung Jerusalems 1967. Die Sperranlage wirkt sich nicht nur auf die Grenzen der Stadt und des gesamten Ballungsraumes aus, sondern hat vor allem einschneidende Konsequenzen für die Mobilität und Wohnsituation der palästinensischen Bevölkerung. Darüber hinaus eliminiert sie die zentrale Bedeutung, die die Stadt zuvor für alle Palästinenser einnahm.

Die Mauer trennt rund 60000 palästinensische Jerusalemer, die innerhalb der Stadtgrenzen leben, vom Zentrum der Stadt – und damit auch von den dort angebotenen lebensnotwendigen öffentlichen und individuellen Dienstleistungen. Aber auch die Anbindung der Stadt und ihrer Vororte zum Hinterland ist damit unterbrochen: Für Jahrhunderte war Jerusalem für das gesamt-

⁰⁸ Vgl. JIPR, *Statistical Yearbook 2007 und 2017* (Anm. 3).

⁰⁹ Vgl. Oren Yiftachel/Haim Yacobi, *Planning a Bi-National Capital: Should Jerusalem Remain United?*, in: *Geoforum* 33/2002, S. 137–145, hier S. 138.

¹⁰ Vgl. OCHA, *West Bank Barrier*, o.D., www.ochaopt.org/theme/west-bank-barrier.

te Westjordanland die wichtigste palästinensische Großstadt und somit ein wichtiger Schnittpunkt und Bestimmungsort für Hunderttausende Menschen, die in diesem Gebiet leben. Diese Rolle wurde in den 1990er Jahren durch den israelischen Beschluss, Inhabern von im Westjordanland ausgestellten Ausweisen die Einreise zu verweigern, enorm erschüttert. Was mit der Errichtung von Checkpoints und Ausweisbestimmungen begann, gipfelt im Bau der Mauer um Jerusalem.

All dies untergräbt auch den Einfluss Ost-Jerusalems als palästinensische Metropole; sie ist nicht länger der zentrale Ort zum Einkaufen, Beten oder zur Inanspruchnahme grundlegender Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung und Bildung. Tatsächlich wurde der kulturelle und wirtschaftliche Rang Ost-Jerusalems und seines Umlandes extrem geschmälert.

Ost-Jerusalem erfährt dadurch nicht nur einen Niedergang, sondern wird zunehmend zersplittert. Durch die Mauer werden Tatsachen geschaffen, die die funktionale Integrität der Stadt zerstören und die städtische Kontinuität mit ihrer natürlichen Erweiterung und ihren potenziellen Entwicklungsgebieten auflösen. Sämtliche Flächen, die für palästinensische Erschließung und Bebauung in der Stadt genutzt werden können, werden letztendlich außerhalb der Mauer liegen. Dies bedeutet, dass es in Ost-Jerusalem keine neuen Viertel für die Unterbringung seiner Bewohner geben kann. Tatsächlich hat die Mauer die Entwicklung der Stadtviertel in dicht besiedelte Elendsgebiete beschleunigt, was zu einer sozioökonomischen Schwächung großer Bevölkerungsgruppen führt.

Gleichzeitig erfährt West-Jerusalem als israelische Metropole durch die Mauer eine Aufwertung. Seit Ende der 1990er Jahre intensiviert Israel diesen Prozess durch den Aufbau einer Infrastruktur, die aus Straßen, Tunnels, Brücken und Siedlungs-Umgehungsrouuten besteht, mit denen die Strecken zwischen den Siedlungen und West-Jerusalem verkürzt und die Anbindung dieser Siedlungen an die jüdische Hauptstadt verbessert werden. Deshalb gibt es inzwischen zwei parallele Straßennetze: nämlich ein modernes, entwickeltes, das zum Ausbau der jüdischen Siedlungen beigetragen hat, sowie ein altes, das durch den kurvigen Mauerverlauf zu einer unzusammenhängenden und ausschließlich von Palästinensern genutzten Ansammlung von Sackgassen geworden ist.

RELEVANZ DER HAUPTSTADTFRAGE

Die dramatischen Veränderungen, die Ost-Jerusalem in über 50 Jahren israelischer Besetzung erlebt hat, stellen die palästinensische Forderung, Jerusalem solle die zukünftige Hauptstadt eines palästinensischen Staates werden, infrage. Tatsächlich haben die Israelis klar zum Ausdruck gebracht, dass die von ihnen geschaffenen Tatsachen einer Friedenslösung (in ihrem Narrativ: einer „Teilung der Stadt“) entgegenstehen.

Auch wenn hier und da weniger bedeutende Stimmen eine Einstaatenlösung als Alternative zur gescheiterten Zweistaatenlösung ins Gespräch bringen, dominiert im palästinensischen Diskurs nach wie vor das Narrativ, Jerusalem solle eine zentrale politische Rolle einnehmen. Trotz der rasch fortschreitenden Israelisierung beziehungsweise erzwungenen Integration in Ost-Jerusalem, insbesondere nach dem Oslo-Friedensprozess und dem Bau der Mauer, ist ein Erfolg einer Einstaatenlösung ohnehin unwahrscheinlich. Nach fünf Jahrzehnten der Versuche, israelische Hoheitsgewalt auf palästinensischem Boden zu erzwingen, werden palästinensische Jerusalemer ihre nationalen Bestrebungen nicht aufgeben – schon gar nicht, wenn die angebotene Alternative institutionalisierte Diskriminierung ist. Aus pragmatischen Erwägungen heraus verschieben sich mit den Umständen natürlich auch die Prioritäten: Selbstverständlich ist den Ost-Jerusalemern Palästinensern daran gelegen, ihre Präsenz in Jerusalem beizubehalten und sich weder physisch noch administrativ aus ihrer Stadt vertreiben zu lassen. Ihre oberste Priorität liegt aber darin, ihren Wohnsitz als Privatperson zu bewahren. Dies macht sie jedoch nicht zu Israelis, und die große Mehrheit der arabischen Ost-Jerusalemern lehnt die israelische Staatsbürgerschaft nach wie vor ab.

Zugleich unterminiert die von Israel seit 1967 aufgezwungene Realität die Perspektive, dass Ost-Jerusalem jemals wieder zum palästinensischen Zentrum werden könnte, und nimmt der Stadt fast gänzlich das Potenzial, in Zukunft als Hauptstadt eines palästinensischen Staates fungieren zu können. Diese Wirklichkeit wirft die Frage auf, ob ein Friedensschluss überhaupt noch möglich ist. Nach der Anerkennung von Jerusalem als Hauptstadt Israels durch US-Präsident Donald Trump und der Behauptung, die Jerusalemfrage sei nun „vom Tisch“, hat sich die Problematik nochmals

verschärft. Denn die offizielle Position der Palästinenser sieht Ost-Jerusalem nach wie vor als integralen Bestandteil der besetzten palästinensischen Gebiete und als zukünftige Hauptstadt eines eigenen Staates an. Eine Zweistaatenlösung aber wird ohne eine Einigung über die Zukunft Jerusalems nicht möglich sein.

Um die Hürden zu überwinden, die sich als physische Tatsachen vor Ort und im derzeit fehlenden politischen Willen Israels und der USA zu Verhandlungen über die Zukunft Jerusalems manifestieren, schlage ich die folgenden Prinzipien vor, mit denen Palästinenser und Israelis zu einer einvernehmlichen Lösung der Jerusalemfrage gelangen könnten:

- Die geopolitische Lösung für die Zukunft von Jerusalem sollte auf dem Prinzip des Territoriums beruhen, also auf einer eigenstaatlichen politischen Trennung, und nicht darauf, dass Israel derzeit über Demografie und Siedlungen „Fakten schafft“ und die alleinige Kontrolle über die gesamte Stadt ausübt.
- Die politische Teilung sollte auf einer eindeutigen Grenzziehung zwischen einem zusammenhängenden Ost-Jerusalem als palästinensische (Haupt-)Stadt und einem separaten West-Jerusalem als israelische (Haupt-)Stadt basieren, nicht auf der israelischen Neudefinierung eines palästinensischen Jerusalems, die das städtische Gefüge zersplittert und aus der palästinensischen Metropole eine von Siedlungen, Mauern und Straßen zerschnittene Grenzstadt gemacht hat.
- Jerusalem sollte eine offene Stadt sein, in der ein Höchstmaß an grenzüberschreitender Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten herrscht. Die Stadt sollte politisch zwar in zwei eigenständige Hauptstädte mit jeweils eigener Stadtverwaltung geteilt werden. Wirtschaftlich aber sollte sie als eine urbane Einheit fungieren, um ihre Erfüllung als offene, gemeinsam genutzte Stadt des Friedens zu finden.
- Die Grenzen zwischen den beiden Hauptstädten sollten offen oder zumindest durchlässig sein, ohne physische Absperrungen. Eine offene Stadt wird den freien Verkehr von Menschen, Gütern, Ideen und Werten zwischen den beiden Hauptstädten ermöglichen.
- Die offene Stadt sollte sowohl die palästinensischen als auch die israelischen Gebiete umfassen; die Zufahrten in und die Ausfahrten aus der Stadt könnten über Sicherheits- und Zoll-

kontrollpunkte an den äußeren Stadtgrenzen überwacht werden. Der urbane, wirtschaftliche, soziale, religiöse und kulturelle Mehrwert, der mit diesem Status verbunden ist, könnte Jerusalem zum Durchbruch verhelfen, damit die Stadt über den Status einer doppelten Hauptstadt hinaus eine globale Stadt für die gesamte Menschheit werden kann.

- Die Jerusalemer Altstadt ist ein lebendes Museum. Zwischen den beiden Seiten muss es ein Höchstmaß an Zusammenarbeit geben, damit der Status der Altstadt und ihre pluralistische universale Rolle ausgebaut wird und religiös motivierte Zusammenstöße wie auch das Ringen um Kontrolle, Identität und Perspektiven der Stadt minimiert werden können. Die universelle Perspektive könnte das gemeinsame „Markenzeichen“ beider Seiten sein.
- Damit Ost-Jerusalem überhaupt als palästinensisches Zentrum und Hauptstadt fungieren kann, müssen territoriale Nachbarschaft, städtische Funktionen und die Erweiterung des palästinensischen Ostteils forciert und in den geopolitischen Verhandlungen über die Zukunft von Jerusalem berücksichtigt werden.
- Es ist wichtig, die internationalen Funktionen der Stadt sowie die Identität und die Art der internationalen Parteien und Akteure, die eingebunden werden sollen, zu definieren. Dabei sollte darauf geachtet werden, wie sich deren Interessen auf die Zukunft der Stadt auswirken, insbesondere mit Blick darauf, wie diese Interessen die pulsierende Stadt fördern und nachhaltige Lösungen ermöglichen könnten.

Schlussendlich könnte Jerusalem also entweder ein Zentrum der Menschlichkeit und ein Bindeglied im Netzwerk globaler Städte sein – zusätzlich zum Status als Hauptstadt zweier Staaten – oder aber eine Brutstätte für den Kampf von Kulturen, Religionen und Völkern, was unweigerlich zu einem allumfassenden Konflikt führen würde und ein unvorstellbarer Verlust wäre.

Übersetzung aus dem Englischen: Peter Beyer, Bonn.

RAMI NASRALLAH

ist promovierter Stadtplaner sowie Gründer und Vorsitzender des International Peace and Cooperation Center (IPCC) in Jerusalem, seiner Geburtsstadt.

rnasrallah@ipcc-jerusalem.org

MUNIZIPALE REALITÄTEN: WER HAT DAS SAGEN IN JERUSALEM?

Inge Günther

Politischer Anspruch und Alltagswirklichkeit klaffen in Jerusalem weit auseinander. In Festtagsreden sprechen israelische Politiker gerne von der „ewig vereinten jüdischen Kapitale“. Ein 1980 von der Knesset verabschiedetes Grundgesetz definiert Jerusalem ohne Abstriche als Israels Hauptstadt, also einschließlich des annektierten Ostteils. Tatsächlich sind die arabischen Viertel für die meisten Israelis *terra incognita*, unbekanntes Gebiet, in das sie schon wegen Sicherheitsbedenken selten einen Fuß setzen.

Die Palästinenser wiederum erheben Anspruch auf Ost-Jerusalem als ihre Hauptstadt. Die Vereinten Nationen stehen dabei mehrheitlich hinter ihnen. Die israelische Annexion hat der Weltsicherheitsrat 1980 in der Resolution 478 für null und nichtig befunden, woraufhin die 16 ausländischen Botschaften, die es bis dahin in Jerusalem gab, nach Tel Aviv zogen. Die Entscheidung des US-Präsidenten Donald Trump, die Botschaft seines Landes im Mai 2018 in umgekehrte Richtung zu verlegen, hat die Ost-Jerusalemmer zwar in helle Empörung versetzt – aber nicht wenige Palästinenser haben ihre Kompromisse mit Israel gemacht, das bessere Arbeitsplätze und eine Sozialversicherung zu bieten hat. Dennoch ist es mit der Wiedervereinigung Jerusalems nicht allzu weit her. Real besehen, leben Israelis und Palästinenser in Parallelwelten; weder politisch noch rechtlich sind sie gleichgestellt.

VEREINT UND DOCH GETEILT

Während die Israelis – rund 60 Prozent der 865000 Stadtbewohner –, selbstredend volle Staatsbürger sind, genießen die Palästinenser aus dem Ostteil – also immerhin knapp 40 Prozent –, nur ein Residenzrecht, das widerrufen werden kann. Was vor über 50 Jahren von Israels Regierung als Provisorium gedacht war, hat sich zum Dauerzustand entwickelt, mit weitreichenden Folgen für das Zusammenleben.

Die Weichen dazu wurden in der Siegerstimmung nach dem Sechstagekrieg von 1967 gestellt. Israelische Truppen hatten die Jordanier in die Flucht geschlagen. Die Altstadt mit ihren heiligen Stätten sowie der gesamte arabische Teil Jerusalems waren in israelischer Hand. Noch während die Grenzbarrieren zwischen dem bis dahin jordanisch verwalteten Ostteil und dem jüdischen Westteil fielen, kam am 11. Juni 1967 das Kabinett von Premier Levi Eshkol zusammen, um über die Zukunft der Stadt zu beraten. Einhellig stimmte die Ministerrunde für die Wiedervereinigung. Entschieden wurde ebenso, die israelische Souveränität auf ganz Jerusalem auszudehnen, eine faktische Annexion.

Die israelische Regierung war sich zunächst jedoch unschlüssig darüber, was man mit den arabischen Jerusalemern anfangen sollte. Ein Vertreter von Mapam, dem linken Vorläufer der Arbeitspartei, vertrat die Auffassung, man müsse sie zu israelischen Staatsbürgern machen, alles andere sei Diskriminierung. „Nicht unbedingt“, hielt Menachem Begin vom Likud, der zehn Jahre später Premierminister werden sollte, dagegen. Sein Konzept, den Arabern in Jerusalem zunächst lediglich Residenzrechte einzuräumen, setzte sich schließlich durch.⁰¹ Der demografische Faktor gab den Ausschlag: Die Regierung wollte die bereits in Israel lebende arabische Minderheit nicht noch vergrößern – zumal Ende Juni 1967 das Jerusalemer Stadtgebiet erweitert wurde. Der bis zum Sechstagekrieg jordanisch verwaltete Ostteil wuchs dadurch um das Zehnfache auf 72 Quadratkilometer. Insgesamt 28 palästinensische Dörfer wurden eingemeindet, die bis dahin zum Jerusalemer Umland gehört hatten. Auch dabei ließen sich die israelischen Stadtplaner von demografischen Gesichtspunkten leiten. Es ging ihnen darum, möglichst viel Umland, aber möglichst wenig arabische Bewohner in die Jerusalemer Stadtgrenzen zu holen. „Man könnte sagen“, bemerkt dazu der Politikwissenschaftler und Jerusalem-Experte Amnon Ramon, „dass Israels Annexion von Ost-Jerusa-

lem ‚hohl‘ ist: Sie bezieht sich vor allem auf Territorium und nicht auf die Leute, die dort leben.“⁰²

Für die Palästinenser hatte das tief greifende Folgen. Außerhalb liegende Dörfer wie Anata und Hisma, aber auch die Stadt Abu Dis verloren viele Ländereien. Dörfer, die sich plötzlich innerhalb Jerusalems wiederfanden, urbanisierten sich hingegen und verwandelten sich in städtische Viertel. In diesem Prozess fehlte es ihnen an politischer Vertretung. Mughtars, eine Art Ortsvorsteher, gab es zwar noch, doch besaßen sie wenig Befugnisse. Israel hatte die arabische Stadtverwaltung unter jordanischer Herrschaft gleich nach dem Sechstagekrieg annulliert. Ihre Aktivitäten wurden untersagt, ihr Grund und Boden in die öffentliche Hand der israelischen Verwaltung überführt.⁰³

Die Iriya, das seinerzeit von Bürgermeister Teddy Kollek regierte Rathaus in West-Jerusalem, widmete wiederum in Absprache mit der israelischen Regierung ein Drittel der 72 annektierten Quadratkilometer in Baugebiete für jüdische Siedlungen im Ostteil um. Fast ein Viertel wurde als „Grüne Zone“ deklariert – Erholungsgebiet, für das keine Baugenehmigung erteilt wird. Am Ende ließen die Stadtplaner den Palästinensern neun Quadratkilometer, also rund 13 Prozent, als mögliches Bauland übrig. „Und vieles davon“, so das United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), „ist bereits bebaut“.⁰⁴

WOHNUNGSBAU OHNE LIZENZ

Nicht nur Bauland ist in Ost-Jerusalem rar. Weil sie schwer oder gar nicht an die nötigen Baugenehmigungen herankommen, bauen palästinensische Jerusalemer oft ohne Lizenz. Gerade an jüdischen Feiertagen, wenn die israelische Bauaufsicht nicht arbeitet, rotieren in den arabischen Vierteln die Zementmischer. Mal wird ein Zimmer angebaut, mal ein zusätzliches Stockwerk aufs Dach

gesetzt, bisweilen wird auch ein großes Mehrfamilienhaus blitzschnell im Rohbau hochgezogen. Wenn die Außenwände stehen, ist der erste riskante Teil geschafft. Der Innenausbau fällt den städtischen Inspektoren weniger leicht auf.

Experten im Jerusalemer Rathaus schätzen bereits um die Millenniumswende, dass rund 40 Prozent der Häuser in Ost-Jerusalem unerlaubt errichtet wurden.⁰⁵ Sowohl Stadtverwaltung als auch Innenministerium gehen dagegen mit Abrissbefehlen vor. 2017 haben die Behörden laut OCHA 142 Gebäude in den palästinensischen Stadtbezirken abgerissen, 2016 waren es 190.⁰⁶ Die Angst vor den oft im Morgengrauen anrückenden Bulldozern treibt viele Ost-Jerusalemer um. Das hält sie allerdings nicht davon ab, sich mangels besserer Alternativen ungenehmigten Wohnraum zu verschaffen. Die Faustregel besagt, dass Israel allenfalls in der Lage ist, etwa jeden zehnten illegalen Bau zu zerstören.

Laut dem früheren Stadtverordneten Meir Margalit hat sich die Verwaltung bis 2001 meist damit begnügt, in solchen Fällen Bußgelder zu verhängen. In West-Jerusalem sei dies noch heute so, zitiert er den früheren Stadtplaner David Kroyanker: „Im jüdischen Sektor bekommt jeder, der ein Baudelikt begeht, nach drei Jahren ein 300-Schekel-Ticket und macht mit seinem nächsten unautorisierten Projekt weiter.“⁰⁷ Dass die Bauinspektoren offensichtlich in manchen Fällen bewusst wegschauen, zeigt auch das Beispiel eines siebengeschossigen Wohnhauses im Besitz der ultrarechten Siedlerorganisation Ateret Cohanim: Eine Baugenehmigung besitzt es nicht, aber es steht seit Jahren unübersehbar, drapiert mit riesiger israelischer Flagge, im arabischen Viertel Silwan, das von nationalreligiösen Juden als „Ir David“ – Stadt Davids – beansprucht wird.

Für Unmut auf palästinensischer Seite sorgt auch, dass nach herrschender Rechtslage Israelis Häuser in Ost-Jerusalem zurückfordern können, die vor der Staatsgründung 1948 in jüdischem Besitz waren. Umgekehrt können Palästinenser aber nicht auf Rückgabe vormaligen Eigentums in West-Jerusalem klagen. Gerade die ideologischen jüdischen Siedler nutzen dies und andere zweifelhafte Methoden, um wie zuletzt im Sommer 2017 im Viertel Sheikh Jarrah palästinensisch

01 Vgl. Amnon Ramon, *Residents, Not Citizens. Israeli Policy Towards Arabs in East Jerusalem, 1967–2017*, Jerusalem Institute for Policy Research (JIPR), Mai 2017 (Summary), <https://en.jerusalem-institute.org.il/upload/Amnon%20Ramon%20-%20Residents%20Not%20Citizens%20-%20Abstract%20-%20English.pdf>.

02 Ebd., S. 9.

03 Vgl. Omar Yousef, *Ethnography of a Holy City*, in: *International Peace and Cooperation Center (IPCC) (Hrsg.), Jerusalem and its Hinterland, Jerusalem 2008*, S. 21–44, hier S. 27.

04 OCHA, *Humanitarian Bulletin*, Dezember 2017, www.ochaopt.org/sites/default/files/hummonitor_december_2017.pdf, S. 9.

05 Vgl. Meir Margalit, *Discrimination in the Heart of the Holy City*, IPCC, Jerusalem 2006, S. 27.

06 Vgl. OCHA (Anm. 4).

07 Vgl. Margalit (Anm. 5), S. 29, Zitat S. 24.

sche Wohnungen zu übernehmen. Der Anführer der siedlernahen Organisation Israel Land Fund, der Stadtverordnete Arieh King, wirbt offen für eine „Judaisierung“ der arabischen Stadtteile, um „ganz Jerusalem zu erlösen“.⁰⁸ Diversen Angaben zufolge leben zwischen 1000 und 2000 dieser Siedler-Hardliner verschanzi hinter Gittern und Überwachungskameras in palästinensischen Vierteln.

In größerem Maßstab verstellen die Siedlungsprojekte, die Israel seit 1967 auf annektiertem Land in Ost-Jerusalem gebaut hat, eine politische Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes. Der rapide gewachsene Siedlungsgürtel mit über 210000 Menschen schnürt die arabischen Viertel zunehmend ein. Allerdings haben sich einige Palästinenser inzwischen selbst in ältere, schlechter ausgestattete Siedlerwohnungen eingekauft.

BÜRGER ZWEITER KLASSE

Zwar ist es den arabischen Bewohnern Ost-Jerusalems gemäß Artikel 5 des israelischen Nationalitätsgesetzes von 1952 unter gewissen Bedingungen möglich, die israelische Staatsbürgerschaft anzunehmen,⁰⁹ jedoch haben bis heute nur etwa 20000 (rund sechs Prozent) einen entsprechenden Antrag gestellt.¹⁰

Das Residenzrecht entpuppte mit den Jahren freilich seine Tücken. Volle Bürgerrechte wie das Wahlrecht zur Knesset sind für die palästinensischen Bewohner Ost-Jerusalems damit nicht verbunden. Als „ständige Residenten“ dürfen sie zwar an Kommunalwahlen teilnehmen, was sie aber in der Regel nicht tun, damit ihnen keiner vorwerfen kann, sie hätten sich mit der israelischen Besatzung abgefunden. Die Folge: Der Stadtrat muss auf ihre Stimmen nicht zählen und sich um ihre Belange wenig kümmern. So fließt nur etwa ein Zehntel des städtischen Budgets in die palästinensischen Viertel,¹¹ die Lebensqualität im jüdischen Westteil und dem arabischen Ostteil klappt weit auseinander.

Erkennen lässt sich das bereits am Gefälle in der Infrastruktur. In den arabischen Vierteln

quellen die Abfallcontainer über, weil die Müllabfuhr zu selten kommt. Viele Straßen sind kaputt. Post wird so gut wie gar nicht ausgetragen. Einige Gebiete haben nicht mal ein Abwassersystem. Auch mangelt es im Gegensatz zu West-Jerusalem an Parks und Spielplätzen. Die städtischen Schulen für palästinensische Kinder sind, von ein paar Vorzeigeeinrichtungen abgesehen, heruntergekommen, vielerorts fehlt es an Klassenzimmern. „Wir können keine Loblieder auf das vereinte Jerusalem singen“, dämpfte auch Israels Staatspräsident Reuven Rivlin die Jubelstimmung anlässlich des 50. Jahrestages der Wiedervereinigung Jerusalems im Mai 2017, „solange der Ostteil das ärmste urbane Gebiet in Israel ist“.¹²

Dennoch sind Palästinenser in Ost-Jerusalem im Vergleich zu jenen im Westjordanland bessergestellt. Wer als Resident eine „blaue ID“, eine israelische Identitätskarte, besitzt, hat Anspruch auf die Kupat Cholim, die staatliche Krankenversicherung, sowie auf Kindergeld. Zudem brauchen palästinensische Stadtbewohner, anders als ihre Verwandten aus den besetzten Gebieten keine Sondererlaubnis, um sich innerhalb Israels frei zu bewegen. Dies ist vor allem ein Vorteil bei der Jobsuche. Ob in Jerusalemer Hotels und Restaurantküchen, im Straßenbau, in Kfz-Werkstätten, auf dem Mahane Yehuda Markt oder auch bei der Busgesellschaft Egged: Überall sind Araber beschäftigt. Fielen die rund 35000 Arbeitskräfte aus dem Ostteil plötzlich aus, wäre West-Jerusalem praktisch lahmgelegt. Aber da letztlich beide Seiten profitieren – die gezahlten Löhne sind für die israelischen Betriebe recht günstig, und für die palästinensischen Arbeitnehmer bedeuten sie zumindest ein geregeltes Einkommen –, bleibt der politische Konflikt in diesem Verhältnis für gewöhnlich außen vor.

Allerdings kann Israel das Residenzrecht auch wieder entziehen, zum Beispiel wenn Palästinensern Nachweise fehlen, dass Jerusalem ihr Lebensmittelpunkt ist. Wer sieben Jahre im Ausland gearbeitet hat oder der billigeren Mieten halber jenseits der Stadtgrenzen wohnt, verwirkt seinen Status als Resident. Auch ein Zweitpass ist ein Risiko, denn nach israelischer Auslegung können Palästinenser mit einem Zweitpass genauso gut woanders leben. Dass ihre Familien womöglich seit Generationen zu den alteingesessenen Jerusalemern ge-

08 Vgl. Irene Prusher, „Judaizing Jerusalem“: The Man Behind the Plan, 9.10.2013, www.haaretz.com/1.5347556 (mit Paywall).

09 Zu den Bedingungen gehören etwa der Nachweis hebräischer Sprachkenntnisse sowie eine Loyalitätserklärung zum Staat Israel. Vgl. Entry into Israel Law, Principal Legislation, 5712–1952, S. 354.

10 Vgl. Ramon (Anm. 1), S. 7.

11 Vgl. Ir Armin, Jerusalem Municipality Budget Analysis for 2013, 30.12.2014, www.ir-amim.org.il/en/policy_papers/jerusalem-municipality-budget-analysis-2013-share-investment-east-jerusalem.

12 Zit. nach Jonathan Lis, Netanyahu: Not Jerusalem but Refusal to Recognize Jewish State Delays Peace, 24.5.2017, www.haaretz.com/1.5476583.

hören, zählt nicht. Von israelischen Staatsbürgern verlangt das Innenministerium keine Belege, dass ihr Lebensmittelpunkt Jerusalem ist.

Darüber hinaus besteht Israel auf „eine minimale Loyalitätspflicht zum Staat Israel“. In einem Präzedenzfall wurden vier Ost-Jerusalem-Mitglieder der radikalislamischen Hamas, die 2006 in den Palästinensischen Legislativrat gewählt worden waren, aus der Stadt verbannt. Im September 2017 kippte Israels Oberstes Gericht die Entscheidung jedoch, weil höchstens Zugezogenen wegen mangelnder Loyalität der Aufenthalt in der Stadt verwehrt werden könne, nicht aber Einheimischen. Die Richter räumten der Regierung aber eine Frist ein, die Rechtslücke mit einer Gesetzesnovelle zu schließen, die die Knesset im März 2018 verabschiedet hat. Demnach ist der israelische Innenminister nun befugt, Palästinensern, die sich strafbar gemacht oder einen „Loyalitätsbruch“ begangen haben, das Residenzrecht zu entziehen.

In der Praxis nutzt Israel den Residenzrechtsentzug bereits seit Längerem auch als Strafmaßnahme nach Anschlägen. Als im Herbst 2015 eine palästinensische Gewaltwelle mit Messerattacken und Fahrzeugrammen losbrach, erließ die Regierung von Ministerpräsident Benjamin Netanyahu ein Dekret, Angreifer aus Ost-Jerusalem samt ihrer Familien auszuweisen. Bürgerrechtler kritisierten dies als unzulässige Kollektivstrafe. Insgesamt hat das israelische Innenministerium seit 1967 über 14500 Palästinensern das Residenzrecht aberkannt. In etwa 80 Prozent der Fälle geschah dies nach 1995.¹³ Die Betroffenen können dagegen Rechtsmittel einlegen und bis zur Entscheidung der Klage einen temporären Aufenthaltstitel erhalten, vorausgesetzt, sie bringen die nötigen Anwaltskosten auf. Umso akribischer werden in palästinensischen Haushalten stapelweise Stromrechnungen und Quittungen über die gezahlte Arnona, die jährliche Stadtsteuer, sowie Schulzeugnisse der Kinder gesammelt, um ja keine Zweifel daran aufkommen zu lassen, dass ihr Lebensmittelpunkt in Jerusalem ist.

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG

Real besehen hat sich Israels rigider Umgang mit den Arabern in Ost-Jerusalem im Hinblick auf das

13 Vgl. Human Rights Watch, *Israel: Jerusalem Palestinians Stripped of Status*, 8.8.2017, www.hrw.org/news/2017/08/08/israel-jerusalem-palestinians-stripped-status.

Ziel, ihre Zahl zu begrenzen, als kontraproduktiv entpuppt. 1967 stellten die Palästinenser nur etwa 25 Prozent der Stadtbevölkerung. Ein Anteil von 30 Prozent sollte nicht überschritten werden, empfahl ein Regierungskomitee noch 1973. Inzwischen nähert sich der Anteil der palästinensischen Bewohner der 40-Prozent-Marke (derzeit 37 Prozent).¹⁴ Das liegt nicht allein an ihrer höheren Geburtenrate, die nur von der Geburtenrate ultraorthodoxer Jüdinnen übertroffen wird. Gerade weil sie den Verlust ihres Status als Jerusalemer fürchteten, sind viele Palästinenser in die Stadt zurückgezogen. Sie ziehen beengte Wohnverhältnisse in einem winzigen, feuchten Apartment in der Altstadt immer noch einem Dasein im Westjordanland ohne soziale Absicherung vor.

Die Tendenz, unbedingt Jerusalemer bleiben zu wollen, hat sich durch die seit 2003 von Israel errichtete Sperranlage verstärkt. Der sechs bis acht Meter hohe Betonwall, der als Reaktion auf zahlreiche Anschläge von Attentätern aus dem Westjordanland gebaut wurde, schneidet nicht nur Ost-Jerusalem vom traditionellen Einzugsgebiet im Westjordanland ab, er verläuft teils mitten durch arabische Wohngebiete. Jeder vierte Palästinenser wohnt nun hinter der Mauer, von wo aus man nur über kilometerlange Umwege und Checkpoints in die Stadt gelangt. Für diese Außenbezirke, die formell noch auf Stadtgebiet liegen, gibt es nicht mal mehr eine minimale kommunale Versorgung. Abgeschnitten vom Hinterland, mit dem Ost-Jerusalem früher engen Handel betrieb, hat sich aber auch die soziale Lage in Vierteln innerhalb der Mauer verschlechtert. Arbeitslosigkeit, Drogen- und Eigentumsdelikte sind entsprechend gestiegen. Offiziellen Zahlen zufolge, auf die sich das Jerusalem Institute for Policy Research (JIPR) beruft, fallen 77 Prozent der palästinensischen Familien und sogar 83 Prozent ihrer Kinder unter die Armutsgrenze.¹⁵ Zum Vergleich: Die Armutsrate unter israelischen Kindern liegt bei 21 Prozent.

Tatsächlich ist Jerusalem nicht nur die größte, sondern auch die einkommensschwächste Stadt Israels. Das liegt nicht zuletzt an der wachsenden

14 Vgl. Ir Amim, *Destructive Unilateral Measures to Redraw the Borders of Jerusalem*, Januar 2018, www.ir-amim.org.il/en/node/2131, S. 3.

15 Vgl. Amnon Ramon/Lior Lehrs, *East Jerusalem: Explosive Reality and Proposals for De-escalation*, JIPR, September 2015, http://en.jerusalem-institute.org.il/upload/East%20Jerusalem%20summary_Sept24_2015_Final.pdf.

Zahl ultraorthodoxer Juden, zu denen sich nach Angaben des zentralen israelischen Statistikbüros 36 Prozent der jüdischen Stadtbevölkerung rechnen. Von den Männern der strengfrommen Haredim – die hebräische Bezeichnung der schläfen-geockten Gottesfürchtigen – geht nur etwa jeder Zweite einer geregelten Arbeit nach. Die andere Hälfte widmet sich dem Torah-Studium in den Yeshivot, den Religionsschulen, und lebt von Sozialhilfe.

Gesunken ist indessen der säkulare Anteil an der jüdischen Bevölkerung. Aber nicht nur junge, moderne Israelis haben in den vergangenen Jahren Jerusalem vermehrt den Rücken gekehrt. Auch viele Familien, die einen traditionell-religiösen, aber eben nicht strikt frommen Lebensstil pflegen, zieht es weg, weil ihnen West-Jerusalem zu teuer geworden ist. Einer Studie des JIPR zufolge leidet die Stadt seit Jahren an einem negativen Wachstum von fast zehn Prozent. Die Zahl der jährlich Wegziehenden übertrifft die Zahl der Zuziehenden um etwa 7000.¹⁶

Um diese Entwicklung zu stoppen, wird in Israel seit geraumer Zeit über ein „Groß-Jerusalem“-Gesetz diskutiert. Es sieht den Anschluss von israelischen Siedlungsblöcken im Westjordanland wie Ma'ale Adumim, Gush Etzion und Giv'at Ze'ev vor, die um die 20 Autominuten von der Stadtgrenze entfernt liegen. Diese Gebiete sollen nicht komplett eingemeindet, sondern lediglich als „Tochter-Behörden“ unter das Dach der Jerusalemer Stadtverwaltung gestellt werden. Dies käme einer Annexion nahe, wäre offiziell aber noch keine. Käme der Gesetzesvorstoß durch, könnten über 100000 Siedler bei Kommunalwahlen mit über den Bürgermeister und den Stadtrat von Jerusalem abstimmen. Allerdings hat Netanyahu die Vorlage vorerst zurückgestellt, da Washington Bedenken anmeldete.

Gleichzeitig laufen Überlegungen, drei arabische Stadtteile, die östlich der Sperrmauer liegen, darunter das überfüllte Flüchtlingslager Shu'afat, auszugrenzen. Das Ziel davon sei, bekannte Transportminister Yisrael Katz freimütig, Tausende jüdische Bewohner nach Jerusalem zu holen und die arabische Präsenz in der Stadt zu schwächen.¹⁷ Bei den palästinensischen Stadtbewohnern zeichnet sich derweil ein Meinungs-

umschwung ab, künftig israelische Kommunalwahlen nicht mehr zu boykottieren. Laut einer Erhebung der Hebräischen Universität sprachen sich jüngst 58 Prozent der Ost-Jerusalemer für eine Teilnahme aus, um die ungleichen Verhältnisse in der Stadt zu verbessern.¹⁸

STREIT UM DEN TEMPELBERG

Im hebräischen Namen für Jerusalem – Yerushalayim – steckt zwar das Wort Frieden, *shalom*, was als göttliche Verheißung verstanden wird, und auch im arabischen Namen al-Quds, wörtlich übersetzt mit „die Heilige“, spiegelt sich der religiöse Charakter der Stadt wider. Doch gerade die heiligen Stätten geraten immer wieder in den Brennpunkt des Konfliktes zwischen Juden und Muslimen. Nichts hat so oft für politischen Zündstoff, für Gewaltausbrüche und harte Konfrontationen gesorgt, wie der Streit um jenes Areal in der Altstadt, auf dem zu biblischen Zeiten ein jüdischer Tempel stand, aber wo sich heute seit 1300 Jahren Felsendom und al-Aqsa-Moschee befinden. Erinnert sei nur an die Zweite Intifada ab September 2000, die geprägt war von Selbstmordattentaten und Militäroffensiven, die nahezu 1000 Israelis und 3000 Palästinenser das Leben kosteten. Der Auslöser war eine Visite des damaligen israelischen Oppositionschefs Ariel Sharon, der mit massivem Begleittross den Tempelberg besucht hatte.

Auf diesem Felsplateau, von dem aus Prophet Mohammed seine nächtliche Himmelsreise angetreten haben soll, genießen muslimische Gläubige religiöse Vorrechte. Aus Respekt vor ihrem dritt-wichtigsten Heiligtum nach Mekka und Medina hatte der israelische Verteidigungsminister Moshe Dayan nach dem Sechstagekrieg 1967 der islamischen Waqf-Behörde zugestanden, das Moscheegelände, genannt *Haram al-Sharif* („erhabenes Heiligtum“), weiter zu verwalten. Nicht-Muslimen sind zwar Besuche erlaubt, aber keine Gottesdienste oder Gebete. Das Oberrabbinat untersagt frommen Juden sogar grundsätzlich ein Betreten des Tempelberges. Da niemand genau wisse, wo einst das Allerheiligste mit der Bundeslade und den auf Steintafeln eingravierten zehn

¹⁶ Vgl. Maya Choshen/Michal Korach, Jerusalem Facts and Trends, JIPR, Jerusalem 2017.

¹⁷ Vgl. Ir Amim (Anm. 14), S. 10.

¹⁸ Vgl. Nir Hasson, Despite Official Boycott, Over Half of East Jerusalem's Palestinians Want to Vote in City Elections, 15.2.2018, www.haaretz.com/1.5823058 (mit Paywall).

Geboten lag, wäre es ein Frevel, auf diese göttliche Stelle versehentlich einen Fuß zu setzen. Dieses Verbot hat die Ultraorthodoxie 2013 erneut bekräftigt. Die heiligste Stätte des Judentums ist daher die Kotel, die westliche äußere Mauer des Tempelplateaus, die von dem im Jahr 70 zerstörten Herodes-Tempel erhalten blieb. Der Platz vor der „Klagemauer“ ist einer Synagoge gleichgestellt, in der Juden beten oder Bar-Mitzvah-Feiern ausrichten.

Dieses Arrangement gilt seit 1967 als der „Status quo“ Jerusalems, der anlässlich des Friedensvertrages von 1994 zwischen Israel und Jordanien noch einmal bekräftigt wurde. Als oberster Hüter des Moscheegeländes fungiert nominell der Hasmemitische König. Für die Sicherheit sind indes die Israelis zuständig. Die näheren Details sind nicht schriftlich fixiert und daher Auslegungssache. Zehn der elf offenen, jahrhundertealten Tore zum Moscheegelände kontrollieren die Waqf-Wächter, die penibel darauf achten, dass nur Muslime passieren. Aber an vielen Ecken der Altstadt stehen israelische Einsatzkräfte bereit, um gegebenenfalls einzugreifen. Zudem öffnet Israel seit 2003 wochentags für vier Stunden einen Zugang für Tempelberg-Touristen. Bis zur Zweiten Intifada ab Herbst 2000 verfügte die Waqf-Behörde noch allein über die Ausgabe der Besuchertickets.

Eintrittsrechte und Sicherheitsfragen bieten immer wieder Konfliktstoff, etwa wenn Israel mit Verweis auf die Sicherheitslage Altersbeschränkungen für die Teilnahme am Freitagsgebet in der al-Aqsa-Moschee festsetzt. Wie weit die Wahrnehmung beider Seiten auseinanderklafft, zeigt exemplarisch der Streit um die Metalldetektoren, die Netanyahu im Juli 2017 nach einem tödlichen Schusswaffenangriff auf zwei Polizisten an den Zugängen zum Tempelberg aufstellen ließ. Aus Protest rief der Mufti zum Boykott von al-Aqsa auf, woraufhin Tausende Ost-Jerusalemmer sich zu Sitzstreiks und Massengebeten außerhalb der Altstadt versammelten. „Was für Israelis nichts weiter als eine übliche Sicherheitsmaßnahme ist, wird von Palästinensern als Expansion israelischer Kontrolle über das (Moschee-)Gelände und Abweichung vom Status quo gesehen“, konstatierte die Bürgerrechtsgruppe Ir Amim.¹⁹ Schließ-

lich ordnete der Premierminister auf jordanischen Druck hin den Abbau der Detektoren an.

Netanyahu selbst hat zwar vielfach betont, den Status quo zu respektieren, aber genau diesen stellen jüdische Nationalisten infrage. Ihr Fernziel ist der Wiederaufbau des Tempels, was erheblich zu den Spannungen zwischen den Religionen beiträgt. Früher galten die Tempelberg-Getreuen in Israel als „exotische Spinner“. Inzwischen haben ihre Verfechter Anhänger bis in die Regierungspartei Likud hinein. Ihr gehört zum Beispiel auch der Knesset-Abgeordnete Yehuda Glick an, der prominenteste Vorstreiter der Tempelberg-Bewegung. Jahrelang führte der in New York geborene Rabbi nationalreligiöse Juden persönlich auf den Haram al-Sharif, um dort in einem von ihm propagierten „Akt des zivilen Ungehorsams“ zu beten – in muslimischen Augen eine Provokation. Nachdem Glick im Oktober 2014 das Attentat eines fanatisierten Arabers aus Ost-Jerusalem, der ihn mit vier Kugeln niederschoss, nur knapp überlebte, hat er seine Aktivitäten ins Parlament verlegt. Auf Weisung des Regierungschefs musste er zunächst zwar wie alle Minister und Abgeordneten zwei Jahre lang von Besuchen auf dem Tempelberg Abstand nehmen. Doch Glicks Anhänger pilgern weiter zum Tempelberg, begleitet von israelischer Polizei und argwöhnischem Waqf-Personal, die vereint aufpassen, dass keine unerlaubten religiösen Zeremonien begangen werden.

Zum „Ritual“ gehören ebenso islamische Frauengruppen, Murabitat genannt, die ganze Tage auf dem Moscheeplateau verbringen, um nach Leibeskräften „Allahu Akbar“ zu skandieren, sobald jüdische Siedler und andere Nationalreligiöse in Sicht sind. Israel verbietet den Palästinensern in Jerusalem zwar politische Aktivitäten. Doch der Tempelberg alias Haram al-Sharif ist ihre letzte Trumpfkarte. Der Ruf al-Aqsa sei in Gefahr, kann die gesamte arabische und islamische Welt alarmieren. Und das kann auch Israel unter Druck bringen. Gerade weil es das Sagen in Jerusalem hat.

INGE GÜNTHER

ist freie Journalistin. Bis Ende 2017 berichtete sie für mehrere deutsche Zeitungen, unter anderem die „Frankfurter Rundschau“, als Nahost-Korrespondentin aus Jerusalem.

¹⁹ Vgl. Ir Amim, Everything You Need to Know About Tensions at Jerusalem's Holiest Site, 20.7.2017, www.972mag.com/everything-you-need-to-know-about-tensions-at-jerusalem-holiest-site/128799.

AUSGRABUNGEN ALS POLITIKUM

Biblische Archäologie und das Davidsstadt-Projekt

Joseph Croitoru

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts, nachdem sich die Archäologie längst als anerkannte wissenschaftliche Disziplin etabliert hatte, entwickelte sich auch die Biblische Archäologie zu einer systematischen Ausgrabungswissenschaft. Westliche Archäologen förderten im damals von den Osmanen beherrschten Palästina wie auch in anderen Ländern der Region neben den Überresten altorientalischer Kulturen nun auch Funde aus biblischer und vorbiblischer Zeit zutage. Die zionistische Bewegung erkannte bereits in ihrer frühen Phase zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Bedeutung der Archäologie als Instrument, mit dem der biblisch begründete Anspruch der Juden auf das Heilige Land legitimiert werden könnte.

1913 riefen die Zionisten, die an den biblisch-archäologischen Forschungen in Palästina bis dahin nicht beteiligt waren, dort die Gesellschaft für die Erforschung von Eretz Israel und seinen Altertümern ins Leben. Mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges musste sie zwar ihre Aktivitäten unterbrechen. Insgesamt aber hatte der Krieg, in dem die Briten die jahrhundertelange osmanische Herrschaft in Palästina beendeten, für das zionistische Siedlungswerk und die mit ihm verbundenen Altertumsforscher auch positive Folgen. Da sich unter der Ägide des britischen Palestine Exploration Fund englische Archäologen schon seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in der Region engagiert hatten, war es nur konsequent, dass die britische Mandatsregierung schon 1920 in Palästina eine eigene Archäologie-Behörde schuf. Für die zionistische Archäologie markierte dies einen Neuanfang, zumal ein Teil der jüdischen Forscher dort angestellt wurde und die Briten dem Zionismus ohnehin wohlwollend gegenüberstanden.

FRÜHE GRABUNGEN

Unter der britischen Mandats Herrschaft konnte die von den Zionisten vor dem Krieg gegründete

archäologische Gesellschaft, die im Ausland unter dem Namen Jewish Palestine Exploration Society bekannt wurde, ihre Aktivitäten nun weiter entfalten. Obgleich sie wegen knapper finanzieller Ressourcen nur wenige Ausgrabungen realisieren konnte, richtete sich schon damals ihr forschendes Augenmerk auch auf Jerusalem. Zwei der ersten zionistischen Altertumsforscher, Eliezer Sukenik (1889–1953) und Leo Mayer (1895–1959), gruben in den 1920er Jahren nördlich der Jerusalemer Altstadtmauer, wo sie auf antike Mauerreste stießen, von denen sie überzeugt waren, dass es sich um Überreste jener „dritten Mauer“ handelt, die der römisch-jüdische Historiker Flavius Josephus in seiner „Geschichte des jüdischen Krieges“ erwähnt hatte – eindeutig bewiesen werden konnte dies allerdings bis heute nicht.

Im zionistischen Kontext blieb diese Grabung lange ein Einzelfall. Denn der Ostteil von Jerusalem sollte, nachdem er im israelisch-arabischen Krieg von 1948 von Jordanien besetzt worden war, für israelische Forscher in den nächsten Jahrzehnten unzugänglich bleiben. Mit dem Sieg im Sechstagekrieg 1967 brach für die zionistische Biblische Archäologie eine neue Ära an. Nun konnte man sich in und um die Jerusalemer Altstadt auf die Suche nach Spuren jüdischer Vergangenheit begeben. Kaum zufällig wurde die erste Grabung im eroberten östlichen Teil, an der Südwestecke des Tempelberges, von Benjamin Mazar (1906–1995) geleitet, einem der älteren prominenten Mitglieder der Jewish Palestine Exploration Society und Mitbegründer der sogenannten Jerusalemer Schule, die besonders eifrig das biblische Narrativ durch die Archäologie zu bestätigen suchte. Mazars Grabungen in den Jahren 1967 bis 1978 brachten allerdings, anders als erhofft, hauptsächlich Reste aus römisch-herodianischer und byzantinischer Zeit zutage und nur wenige Spuren jüdischer Besiedlung aus der frühislamischen Epoche.

Die Erwartungen der zionistisch ausgerichteten israelischen Archäologen und Öffentlichkeit wurden zwar enttäuscht. Doch kam der durch Mazar erbrachte archäologische Beleg für den einstigen monumentalen Charakter der herodianischen Tempelanlage ausgesprochen gelegen, da er zum Image des neuen „vereinten Jerusalem“ passte, das die israelische Regierung und Jerusalems Oberbürgermeister Teddy Kollek damals für die Stadt aufbauten und das bis heute gepflegt wird. In diesen Zusammenhang gehört auch der Abriss der Überreste des einstigen jüdischen Altstadtviertels, das im Krieg von 1948 massiv zerstört worden war. Dessen bald zügig vorangetriebener Wiederaufbau, der als Symbol der Erneuerung jüdischen Lebens in Jerusalem propagiert wurde, war von Rettungsgrabungen begleitet, die von dem israelischen Archäologen Nahman Avigad (1905–1992) geleitet wurden – auf Funde aus biblischer Zeit stieß man jedoch auch hier kaum.

KONTROVERSEN IN DEN 1980ER UND 1990ER JAHREN

Als wenig erfolgreich erwiesen sich in den frühen 1980er Jahren auch die von dem damals für die Klagemauer zuständigen Rabbiner Yehuda Meir Getz (1924–1995) unternommenen Versuche, in den Bereich unter dem Moscheenareal des Tempelberges unterirdisch vorzudringen, wo man die Überreste des ersten, des salomonischen, Tempels vermutet. Der Versuch in diese Tabuzone vorzustoßen, wurde von palästinensischer Seite zum Teil auch mit Gewalt abgewehrt. Bei dem späteren sukzessiven Ausbau des Tunnelsystems unterhalb der Klagemauer ab den 1990er Jahren verzichteten die Israelis auf weitere derartige Abenteuer. Aber den Palästinensern lieferten sie damit dennoch genug Munition für die besonders in islamistischen Kreisen verbreitete Verschwörungstheorie, dass Israel die Tempelbergmoscheen vom Berginneren aus zu zerstören trachte. Rabbiner Getz' Unternehmungen wurden zudem als Teil einer umfassenden Siedlungs- und Grabungspolitik gedeutet, die darauf abzielte, den islamischen Charakter der Stadt auszulöschen und sie jüdisch zu vereinnahmen.

Infolge dieser Verwicklungen verlor die Biblische Archäologie in den 1990er Jahren nicht nur an Ansehen, sondern allmählich auch an Bedeutung. Auch begann eine neue Generation israeli-

scher Archäologen die historische Zuverlässigkeit der biblischen Überlieferung zunehmend infrage zu stellen. Es ging dabei besonders um die Frage, wie die Stadt Jerusalem zur Zeit Davids und Salomons tatsächlich aussah. Die jüngeren Forscher wandten sich gegen Benjamin Mazar und seinen Kollegen Yigal Shiloh (1937–1987) – Letzterer hatte zwischen 1978 und 1985 in der sogenannten Davidsstadt südlich des Tempelberges gegraben –, die behaupteten, dass Jerusalem im zehnten Jahrhundert v. Chr., wie in der Bibel beschrieben, eine große Stadt mit mächtigen Bauten war. Am heftigsten wurde diese These von dem Tel Aviver Altertumsforscher Israel Finkelstein bestritten, der die Auffassung vertrat, dass jenes biblische Jerusalem nicht viel größer als ein Dorf war.

Diesem Expertenstreit schenkte die israelische Öffentlichkeit zunächst kaum Aufmerksamkeit. Ihr Interesse an der zionistischen Bibelarchäologie hatte mit der Zeit auch deshalb nachgelassen, weil seit den 1980er Jahren kaum noch sensationelle Funde gemacht wurden. Hinzu kam, dass die neuen archäologischen Befunde die biblische Erzählung nicht selten widerlegten oder auch widersprüchlich waren, sodass ihre wissenschaftliche Bedeutung dem allgemeinen Publikum nur schwer zu vermitteln war. Vor allem im nationalreligiösen Lager in Israel wurden die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse ignoriert – hier wollte man nach wie vor nur das biblische Narrativ durch die Archäologie bestätigt sehen. Als jedoch im Oktober 1999 der Tel Aviver Archäologe Ze'ev Herzog in einem mit „Für die biblische Überlieferung finden sich vor Ort keine Beweise“⁰¹ überschriebenen Zeitungsartikel auf den schon länger in der Fachwelt herrschenden Streit aufmerksam machte, entbrannte eine vehemente öffentliche Debatte.

DAVIDSSTADT-Projekt

Wissenschaftler wie Herzog und vor allem Finkelstein, die die Bibel nur mit Einschränkungen als verlässliche historische Quelle betrachten, gerieten unter Beschuss, am heftigsten vonseiten der rechtsgerichteten Nationalreligiösen. Und genau sie sind es, die im Verbund mit Ultraorthodoxen seit gut zwei Jahrzehnten versuchen, unter der

⁰¹ Ze'ev Herzog, Für die biblische Überlieferung finden sich vor Ort keine Beweise, in: Haaretz, 29.10.1999 (Hebräisch). Für eine englische Version siehe „Deconstructing the Walls of Jericho“, o.D., www.truthbeknown.com/biblemyth.htm.

Klagemauer und auf dem Areal der im Gebiet des palästinensischen Dorfes Silwan gelegenen sogenannten Davidsstadt südwestlich der Altstadt-mauer Fakten im Sinne der zionistischen Bibelarchäologie zu schaffen.

Hier tut sich besonders die 1986 gegründete israelische Stiftung Elad hervor, die Siedlerkreisen nahesteht und die Grabungsstätte in Silwan seit 1997 verwaltet. Elad steht im Hebräischen für *el Ir David* („Zur Davidsstadt“). Die Organisation, die das Grabungsprojekt konsequent zu einer touristischen Stätte ausgebaut hat, verfolgt zudem das Ziel, die jüdische Präsenz in Ost-Jerusalem zu verstärken. Zunächst finanziert durch Spendengelder, erhielt sie mit der Zeit auch Zuschüsse vom israelischen Staat, der den gesamten Bezirk zu einem nationalen Archäologiepark erklärt und der Stiftung 2002 offiziell die Zuständigkeit für die Anlage übertragen hat. Kritiker des Projekts klagten wiederholt dagegen – zuletzt 2012 vor dem Obersten Gericht –, konnten aber letztlich nichts ausrichten. So lässt Elad seit Jahren in einer rechtlichen Grauzone weiter graben. Die Grabungsarbeiten gefährden immer wieder die Bausubstanz der Häuser der palästinensischen Anwohner, die man mit umstrittenen Methoden zum Verkauf ihrer Grundstücke und Häuser zu bewegen versucht.⁰²

Die touristengerechte Vermittlung bibelfixierter Geschichtsinhalte ist in der Davidsstadt-Anlage Programm. Nicht zufällig zog sie anfangs vor allem Besucher aus nationalreligiösen und Siedlerkreisen an sowie israelische Soldaten, die das Militär im Rahmen von Erziehungskursen seit Jahren dorthin schickt. Das dort eingerichtete Besucherzentrum widmet sich hauptsächlich der biblischen und nachbiblischen jüdischen Geschichte. So ist der Rundgang, der durch verschiedene Fundstätten führt, derart gestaltet, dass die palästinensische Umgebung, in der die Grabungsstätte liegt, weitgehend ausgeblendet ist. Der Elad-Stiftung wird deshalb schon länger vorgeworfen, das ursprünglich als offener archäologischer Park konzipierte Projekt in eine jüdische Siedlung verwandelt zu haben, wo nichts anderes betrieben werde als Besatzungspolitik und Geschichtsklitterung.⁰³ Solche Kritik hat bislang kaum etwas

bewirkt. Allem Anschein nach führte sie aber dazu, dass im Sommer 2005 der Internetauftritt der Anlage überarbeitet wurde. Der Name der Stiftung tauchte von nun an nur noch im Impressum auf; 2007 verschwand er ganz. Bei dieser Gelegenheit wurde die Grabungsstätte auch in „Davidsstadt – das antike Jerusalem“ umbenannt.

DEUTUNGSARBEIT FÜR DIE MASSE

Das Davidsstadt-Projekt, das seit 2013 großzügig mit staatlichen Geldern gefördert wird, ist mit den Jahren immer weiter gewachsen. Zusätzlich richtet die Elad-Stiftung seit 2000 die jährliche Tagung „Forschungen zur Davidsstadt“ in Ost-Jerusalem aus, die inzwischen zu einem medienwirksamen Event geworden ist – ganz nach dem Vorbild der einstigen Zusammenkünfte der Jewish Palestine Exploration Society, die schon vor der Staatsgründung wichtige Treffpunkte für Archäologie und Politik waren. Organisiert werden die Tagungen von dem eigens dafür geschaffenen Megalim-Institut (City of David Institute for Jerusalem Studies). Megalim ist zum einen ein hebräisches Akronym für „Das Hohe Institut für Jerusalem-Studien“, was der Einrichtung einen akademisch-wissenschaftlichen Anstrich verleihen soll, zum anderen bedeutet Megalim auf Hebräisch „Wir entdecken“ – gemeint ist damit die Erkundung in der Bibel erwähnter Orte mit Hilfe der Archäologie.

Das Institut ist nicht nur darum bemüht, die eigene Deutung der Funde aus der Davidsstadt zu verbreiten – etwa durch die Schulung von Multiplikatoren wie Touristenführern –, sondern es scheint auch bestrebt zu sein, sich beim breiten Publikum als tonangebende Autorität in Sachen Archäologie in Jerusalem zu etablieren. Hierfür wird immer wieder der Kontakt in israelische Regierungskreise und ins akademische Establishment gesucht. So befanden sich bei den vergangenen Fachtagungen unter den Rednern sowohl Politiker als auch prominente israelische Archäologen, die das Davidsstadt-Projekt ursprünglich bewusst gemieden hatten. Sogar Israel Finkelstein folgte 2011 der Einladung, einen Vortrag zu halten – allerdings nur, wie sich dann herausstellte, um die Thesen der mit Elad assoziierten Archäologen zu widerlegen.⁰⁴ Diese nämlich versuchen,

⁰² Vgl. Ir Amim, *Shady Dealings in Silwan*, Mai 2009, www.ir-amim.org.il/sites/default/files/Silwanreporteng.pdf.

⁰³ Vgl. Tal Sagi, *Davidsstadt: Wenn sich Archäologie und Politik vermischen*, 29.2.2008, www.ynet.co.il/articles/0,7340,L-3512376,00.html (Hebräisch).

⁰⁴ Für eine Aufzeichnung des Vortrags siehe www.youtube.com/watch?v=3VfqZ8N9wqA (Hebräisch).

wo immer möglich, Funde aus der Davidsstadt mit der biblischen Erzählung oder auch mit Flavius Josephus' historischen Berichten über die jüdische Rebellion gegen die römische Präsenz in Jerusalem in Verbindung zu bringen. So verknüpfte etwa die Jerusalemer Archäologin Eilat Mazar – die Enkelin von Benjamin Mazar – den 2005 auf dem Areal der Davidsstadt von ihr freigelegten „Großen Steinbau“ mit dem biblischen Narrativ und erklärte ihn kurzerhand zum Palast König Davids.

Auch wenn Finkelstein 2011 in seinem Vortrag überzeugend darlegte, dass die archäologischen Befunde Eilat Mazars These in keiner Weise bestätigen, so suggeriert doch das Bild auf dem Einband ihrer Publikation zu der Ausgrabung, die im Onlineshop der Anlage erhältlich ist, etwas anderes: Dort ist – romantisch verklärt – eine biblisch gekleidete männliche Gestalt abgebildet, die vom Balkon eines mächtigen Palastes auf die hügelige Landschaft um das alte Jerusalem blickt. Auch der Titel des Buches lässt keinen Zweifel offen, um wen es sich hier handeln soll – er lautet: „König Davids Palast“.⁰⁵ Diese Lesart vermittelt seit 2017 auch ein Video auf der Internetseite des Megalim-Instituts.⁰⁶

Diese Art der Präsentation kommt beim breiten israelischen Publikum, das sich für die Nuancen der anhaltenden Fachdebatten zwischen nationalistischen Bibelarchäologen und ihren Widersachern kaum interessiert, gut an. Elad hat intensiv am Ausbau des Veranstaltungsangebots in und um die Davidsstadt, das längst auch familiengerechte Aktivitäten umfasst, gearbeitet. So wird systematisch versucht, Israelis aller Gesellschafts- und Altersschichten zum Besuch und zur Teilnahme an einschlägigen Einführungskursen zu animieren, zudem gibt es eine Kooperation mit dem israelischen Erziehungsministerium, das Schulen dazu anhält, Klassenfahrten nach Jerusalem zu veranstalten, bei denen ein Besuch des Davidsstadt-Parks auf dem Programm steht. Diese Strategie scheint aufzugehen, denn die Besucherzahlen, die nach den Angaben von Elad 2017 die Marke von einer halben Million überschritten haben, steigen kontinuierlich – auch dank der an das Ausland gerichteten Werbung.

05 Siehe <https://store.cityofdavid.org.il/products/king-davids-palace>.

06 Siehe das Video „King David's Palace“ auf www.megalim.org.il bzw. www.youtube.com/watch?v=K15dZJsW-Dk.

UMSTRITTENER MUSEUMSPLAN

Elad sieht sich durch solche Erfolge immer weiter gestärkt und plant, im palästinensischen Silwan direkt am Fuß des Tempelberges ein monumentales Archäologiemuseum zu errichten. Das Areal, auf dem es stehen soll, wurde lange als Parkfläche (Givati-Parkplatz) benutzt. Zwischen 2007 und 2012 gab es dort Ausgrabungen, bei denen israelische Archäologen vor allem auf Reste aus byzantinischer, römischer und frühislamischer Zeit stießen. Aus Letzterer stammt auch eine Tonscherbe mit dem Bruchstück einer hebräischen Inschrift, die nicht rekonstruiert werden und deshalb auch nicht die Theorie bestätigen konnte, dass unter der Herrschaft des Kalifen Umar ibn al-Khattab im 7. Jahrhundert in dieser Gegend Juden siedelten. Auch für die Annahme, ein Schacht aus römischer Zeit könnte jüdischen Rebellen als Versteck gedient haben, fehlt der Beweis. Unklarer Herkunft sind außerdem Baureste aus der Eisenzeit, die somit ebenfalls nicht als jüdisch klassifiziert werden können.

Wie diese Funde in dem geplanten Museum, das auch als Besucherzentrum und Verwaltungsgebäude für den Davidsstadt-Park fungieren soll, präsentiert werden, hatte die Elad-Stiftung in ihrem Entwurf nicht präzisiert. Nicht nur deshalb wurde der Plan schon kurz nach seiner Bekanntmachung Anfang 2014 von mehreren israelischen und israelisch-palästinensischen Bürgerinitiativen heftig kritisiert.⁰⁷ Beanstandet wurde auch, dass das Bauprojekt gegen eine ganze Reihe städtebaulicher Regeln verstoße. So würde der monumentale Museumsbau durch seine Größe und seinen Standort – nur 20 Meter von der Altstadtmauer entfernt – das Jerusalemer Stadtbild massiv verändern. Die Kritiker befürchten, dass dadurch das architektonische Erbe der Stadt Schaden nehmen könnte. Außerdem berge die Platzierung direkt vor dem muslimischen Teil des Tempelberges politischen Zündstoff, weil sie als bewusste Provokation verstanden werden könnte.

Darüber hinaus wurde moniert, dass die palästinensischen Bewohner von Silwan zu kei-

07 Vgl. Nir Hasson, Intellektuelle, Architekten und die Unesco gegen das Projekt eines Besucherzentrums im oberen Teil Silwans, in: Haaretz, 2.1.2014 (Hebräisch).

nem Zeitpunkt in die Planung einbezogen wurden. Dabei benötigten gerade sie, wo ihnen die Jerusalemer Stadtverwaltung kaum Baugenehmigungen erteile, viel dringender die Mittel und die Erlaubnis, längst überfällige Bildungs- und Sozialeinrichtungen zu bauen. Aus palästinensischer Sicht ist das Bauvorhaben untrennbarer Teil der expansiven israelischen Siedlungspolitik in Ost-Jerusalem, die darauf ziele, auf Kosten der Palästinenser vollendete Tatsachen zu schaffen.⁰⁸

Trotz der Proteste wurde der Museumsplan im April 2014 genehmigt, wogegen die Jerusalemer NGO Emek Shaveh und eine Gruppe von Archäologen beim zuständigen nationalen Städtebauausschuss Einspruch erhoben. Dieser führte dazu, dass Elad ein Jahr später aufgefordert wurde, die eingereichten Entwürfe zu ändern: Der Bau dürfe, hieß es nun, statt sieben nur sechs Stockwerke haben. Doch zu einer Korrektur kam es nicht. Anfang 2016 griff schließlich das israelische Justizministerium, das seit 2015 von Ayelet Shaked von der Siedlerpartei HaBajit haJehudi („Das jüdische Heim“) geleitet wird, in das Genehmigungsverfahren ein: Es forderte den nationalen Städtebauausschuss auf, über die Entwurfsänderung erneut abzustimmen, was im März 2016 geschah und damit endete, dass der Beschluss zur Korrektur des Plans revidiert wurde.⁰⁹ Die darauf folgende öffentliche Kritik am Entscheidungsprozess des Städtebauausschusses bewirkte aber nichts: Im Juli 2017 wurde Elad offiziell die Baugenehmigung nach dem ursprünglichen Plan erteilt.¹⁰

WEITERE PROJEKTE

Seitdem konnte die Elad-Stiftung weitere, für die archäologische Landschaft der Stadt möglicherweise folgenreiche Erfolge für sich ver-

08 Vgl. Ruba Anabtawi, Die angebliche Davidsstadt: Die Verwandlung der israelischen Lüge in vollendete Tatsachen, Bericht der palästinensischen NGO Ma'an Development Center, 1.12.2013, <http://bit.ly/2pvViO1> (Arabisch).

09 Vgl. Emek Shaveh, Decision to Approve Elad's „Kedem Compound“ Plan in Silwan Awakens Fear of Extreme Politicization of Planning and Building Institutions, Pressemitteilung, 30.3.2016, <http://alt-arch.org/en/press-release-kedem-decision-march-2016>.

10 Vgl. dies., Elad's Kedem Center in Silwan Was Approved by All the Planning Committees, Pressemitteilung, 19.7.2017, <http://alt-arch.org/en/kedem-center-in-silwan-was-approved-by-all-the-planning-committees>.

buchen. So wurde ihr nach einem langen Rechtsstreit und trotz öffentlicher Proteste im November 2017 das Recht eingeräumt, ihre Aktivitäten auch auf die an der Südwestecke des Tempelberges gelegene archäologische Stätte „Davidson-Park“ auszuweiten. Hier sind derzeit hauptsächlich Funde aus herodianischer Zeit zu besichtigen, aber auch solche aus der byzantinischen und der islamischen Epoche. Präsentation und Vermittlung sind dort weit neutraler als in der nationalistisch ausgerichteten Davidsstadt-Anlage. Kritiker befürchten aber, dass das nicht mehr lange so bleiben wird, wenn Elad diese Stätte wie vorgesehen ab Sommer 2018 betreibt.¹¹

Im Frühjahr 2017 hat Elad mit dem „Mikwe-Weg“ – er liegt östlich des Davidson-Parks im sogenannten Ophel an der Außenseite der Stadtmauer direkt unterhalb der al-Aqsa-Moschee – ein weiteres ihrer umstrittenen touristisch ausgerichteten Archäologieprojekte für Besucher geöffnet. Die Anlage besteht aus einem System von Brücken und Treppengängen, und der Rundgang führt über freigelegte antike Wasserbecken, die als jüdische Ritualbäder präsentiert werden. Der Mikwe-Weg beginnt nahe dem Ort, wo künftig das umstrittene Archäologiemuseum stehen soll, und endet bei der antiken Treppe, über die man nach Ansicht mancher Forscher einst zum herodianischen Tempel gelangte. Gegner des Projekts beanstanden, dass bei der Präsentation der Funde die Überreste aus islamischer und byzantinischer Zeit zu kurz kämen – es werde eine fiktive Route konstruiert, die jüdische Tempelbesucher benutzt haben sollen.

Ähnliche Bedenken werden gegen den fortschreitenden Ausbau eines Tunnels unterhalb der Davidsstadt geäußert. Er verläuft entlang der Trasse einer freigelegten römischen Straße und soll sich bis unter die Altstadt hinziehen. Das Projekt wurde Ende 2016 von der israelischen Ministerin für Kultur und Sport, Miri Regev, und dem Jerusalemer Bürgermeister Nir Barkat als „Weg der (Tempel-)Pilger“ feierlich eingeweiht. Was Elad jedoch dort sonst noch plant, blieb trotz der medialen Inszenie-

11 Vgl. dies., Israeli Government Approved the Transfer of Operational Responsibilities for the Davidson Center to the Elad Foundation, Pressemitteilung, 14.2.2018, http://alt-arch.org/en/elad-davidson_en.

rung ein streng gehütetes Geheimnis – bis die NGO Emek Shaveh im Sommer 2017 Licht ins Dunkel brachte, nachdem sie Einsicht in die Pläne von Elad und deren Briefverkehr eingeklagt hatte.

Wie sich herausstellte, ist für einen Abschnitt des Tunnels eine großräumige touristisch-kommerzielle Anlage geplant, die sich stilistisch an die römische Architektur anlehnen soll. Die von Emek Shaveh enthüllten Einzelheiten über die interne Korrespondenz zwischen Elad und israelischen Archäologen belegen, dass das Projekt bei führenden Wissenschaftlern der israelischen Antikenbehörde, die seit Jahren mit der Elad-Stiftung zusammenarbeitet, auf heftigen Widerstand stößt. Der Tunnelausbau, heißt es, der unterhalb eines palästinensischen Wohnviertels verläuft, sei ein nicht kalkulierbares Sicherheitsrisiko für die Ortsbewohner. Die Grabungen – die als „schlechte Archäologie“ kritisiert werden – würden wissenschaftlichen Kriterien nicht genügen. Überhaupt wird das Grundkonzept des Projekts infrage gestellt: Mit der Einrichtung einer touristischen Anlage wie auch der „Rekonstruktion“ eines angeblichen Weges der Tempel-Pilger würden die römischen Funde ihrer historischen Authentizität beraubt. Die komplexe Geschichte Jerusalems werde dadurch ungerechtfertigterweise „judaisiert“.¹²

Die Elad-Stiftung zeigte sich jedoch auch von dieser Kritik unbeeindruckt. Ihre Ambitionen beschränken sich neuerdings auch nicht mehr nur auf den unterirdischen Bereich, sondern streben in die Höhe. So soll die Davidsstadt eine der Stationen der für Jerusalem geplanten Seilbahn werden, deren Bau das israelische Kabinett im Mai 2017 beschlossen hat. Die Zahl der Besucher des Davidsstadt-Parks könnte dadurch nochmals kräftig steigen, so zumindest hofft dessen Leitung. Weiterhin ist Elad an den Planungen für eine 200 Meter lange Seilbrücke über das Gehinnom-Tal – einer breiten Schlucht,

die sich vom Fuß des Berges Zion in östlicher Richtung bis zum Kidrontal erstreckt und an den Ostteil von Silwan grenzt – sowie für eine 800 Meter lange Gleitseilbahn im eineinhalb Kilometer südlich gelegenen „Wald des Friedens“ beteiligt. Diese Pläne erregen den Zorn linker Aktivisten. So wirft Hagit Ofran, die bei der israelischen Friedensbewegung Peace Now die Aktivitäten der Siedlerbewegung beobachtet, der Stiftung vor, das historische Juwel des Landes, die Jerusalemer Altstadt und ihre Umgebung, in „einen billigen Vergnügungspark mit touristischen Attraktionen von der Art Disneyland“ zu verwandeln.¹³

Dass Elad ungeachtet aller Kritik es immer wieder vermag, ihre Pläne in die Tat umzusetzen, verdankt die Stiftung ihren guten Beziehungen sowohl zur Jerusalemer Stadtverwaltung als auch zur Politik. Ein Beleg dafür, dass dieses Band immer fester wird, ist auch die Verleihung des angesehenen staatlichen Israel-Preises 2017 an David Be’eri, den Gründer und Chef von Elad, der – trotz vehementer öffentlicher Proteste – für sein „Lebenswerk“ ausgezeichnet wurde. Der für die Verleihung dieser Auszeichnung zuständige Bildungsminister, Naftali Bennett von HaBajit haJehudi, pries Be’eri als „einen der größten Erbauer Jerusalems in der modernen Zeit“. „Viele Jahre“, so Bennett, „haben wir davon geträumt, dafür gebetet und uns danach gesehen, in die Stadt, in der sich David einst niedergelassen hatte, zurückzukehren, um sie wieder aufzubauen.“ Be’eri verwirklichte diesen Traum: „Sein Lebenswerk ist auch unser Lebenswerk.“ Aus der „Initiative eines Einzelnen“, heißt es entsprechend in der Begründung der Jury, sei ein „nationales Werk“ geworden.¹⁴ Dass Preisträger Be’eri ein Jahr später selbst zum Juror im betreffenden Ausschuss des Israel-Preises avanciert ist, lässt keinen Zweifel daran, dass die Elad-Stiftung auch künftig von der Regierung volle Rückendeckung erhalten wird.

12 Nir Hasson, Führende Angehörige der Antikenbehörde: Die Ausgrabung der Elad-Stiftung in der Davidsstadt – schlechte Archäologie, in: Haaretz, 17.2.2017 (Hebräisch).

13 Nir Hasson, Nicht nur Seilbahn: Elad wird in Ost-Jerusalem die längste Gleitseilbahn Israels bauen, in: Haaretz, 27.2.2018 (Hebräisch).

14 Zitate von Bennet nach Sue Surkes, Controversial „Builder“ of Jewish East Jerusalem Awarded Israel Prize, 16.3.2017, www.timesofisrael.com/builder-of-jewish-east-jerusalem-awarded-israel-prize.

JOSEPH CROITORU

ist promovierter Historiker und arbeitet als Journalist unter anderem für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und die „Neue Zürcher Zeitung“.

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 29. März 2018

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel
Christina Lotter (Volontärin)
Johannes Piepenbrink (verantwortlich für diese Ausgabe)
Anne Seibring
Livianne Smukalla (Praktikantin)
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80Euro; ermäßigt 13,80Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
fazit-com@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar;
sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter
einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine
Bearbeitung 3.0 Deutschland.

APuZ
Nächste Ausgabe
17/2018, 23. April 2018
**(ANTI-)
FEMINISMUS**



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz